



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Abschlussdiskussion beim Kommunalforum Alpenraum (v. l.): Georg Keuschnigg, Forum Land; Andreas Schatzer, Präsident Südtiroler Gemeindenverband und Bürgermeister von Vahrn; Mag. Johannes Tratter, Landesrat für Gemeindeangelegenheiten Tirol; Moderator Alois Vahrner, Chefredakteur der Tiroler Tageszeitung; DI Elisabeth Blank, Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin von Lienz; Helmut Mödlhammer, Präsident Österreichischer Gemeindebund und Bürgermeister in Hallwang; Ing. Rainer Siegele, Bürgermeister von Mäder und Obmann Umweltverband.

Kommunalforum Alpenraum 2014:

Mehr Energie für die Gemeinden

Das neue Technologiezentrum des Traktorenwerks Lindner in Kundl (Tirol) war heuer Treffpunkt für über 100 Bürgermeister und Gemeinderäte aus Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Südtirol und Bayern. Bei der 2. Auflage des Kommunalforums Alpenraum stand die Energiezukunft der Gemeinden im Zentrum der Diskussion. Vernetzung und Wissenstransfer unter den Teilnehmern wurden dabei groß geschrieben. Als Kooperationspartner fungierten der Bayerische Gemeindeforum, der Österreichische Gemeindebund, die Gemeindeverbände von Tirol, Salzburg und Vorarlberg, der Südtiroler Gemeindenverband und Forum Land und die Bayerische Gemeindezeitung.

Das praxisorientierte Themenspektrum reichte von Kleinwasserkraftwerken und Trinkwasserkraftwerken über regionale Biomasseheizwerke bis zum Contracting. Neben Vorträgen im Plenum wurden erstmals Thementische angeboten, bei denen ein direkter Austausch mit den Referenten möglich war.

Handlungsanleitungen

„Die Bürgermeister und Gemeinderäte sollen beim Kommunalforum klare Handlungsanleitungen bekommen, wie sie die Energiezukunft in ihren Gemeinden selbst mitgestalten können“, erklärte Gastgeber Hermann Lindner in seiner Begrüßung. Mit Blick auf das erst vor kurzem eröffnete neue Innovationszen-

trum des Tiroler Familienunternehmens wies der Geschäftsführer darauf hin, dass es sich dabei um ein multifunktionales Verkaufs- und Kundencenter handle, bei dem besonderer Wert auf eine nachhaltige Bauweise gelegt worden sei. Die Baumaterialien stammten aus der Region, durch die Dreifachverglasung und die Energiesparkomponenten erreichte das Gebäude fast Passivhausstandard. Eine Photovoltaikfassade erzeuge umweltfreundlichen Strom. Die Beleuchtung erfolge durch besonders sparsame Leuchtstoffröhren und LED-Scheinwerfer. Die Nutzfläche des Innovationszentrums, in dem auch zeitgemäße Schulungsräume untergebracht sind, betrage mehr als 2.000 Quadratmeter.

Ausbau der heimischen Wasserkraft

Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler erläuterte die Energiestrategie des Landes Tirol. Bis 2050 soll dort der Energiebedarf halbiert und mit heimischen Ressourcen wie Umweltwärme aus Grundwasser, Erdwärme und Luft mit Wärmepumpentechnologie sowie Biomasse und Photovoltaik vollständig gedeckt werden. Als wesentliches Standbein der Energiestrategie nannte Geisler den Ausbau der heimischen Wasserkraft durch die Großkraftwerke des landeseigenen Energieversorgers Tiwag, aber auch durch regionale Wasserkraftwerke unter Federführung von Gemeinden. Es gelte, die bestehenden 1.000 Tiroler Kleinwasserkraftwerke zu erhalten und zu optimieren. Laut Geisler beträgt der

Anteil erneuerbarer Energie am Endverbrauch derzeit bereits mehr als 40 Prozent. Für Gemeinden werden Ressourcenbewirtschaftungskonzepte erstellt.

Kommunen als Schlüssel zur Veränderung

Die Bedeutung der Energiewende für den Alpenraum zeigte Prof. Stefan Schleicher von der

Universität Graz auf. Seiner Auffassung nach „müssen wir bereit werden für radikal neue Technologien“. Viele der derzeitigen Technologien für Gebäude und Fahrzeuge seien vergleichbar mit dem Stand der Mobiltelefonie vor dreißig Jahren. Schleicher: „Im Jahr 2050 kommen wir spielend mit der Hälfte der Energie von heute aus. Dazu braucht es aber unter anderem die Re-Regionalisierung der Wirtschaft und neue Geschäftsmodelle für die Energieerzeugung. Nur Energie zu verkaufen, ist für EVUs zukünftig zu wenig.“ Zudem müsse man auch am Land verdichtet und mit wenig Mobilitätsbedarf bauen. Gebäude würden verstärkt Teil der Energie-Infrastruktur.

Josef Burtscher, Geschäftsführer (Fortsetzung auf Seite 4)

Jahrestagung des Deutschen Landkreistags:

Reinhard Sager ist neuer Präsident

Die Delegierten der auf dem Hambacher Schloss (Rheinland-Pfalz) stattfindenden diesjährigen Jahrestagung des Deutschen Landkreistages haben Reinhard Sager einstimmig zum neuen Präsidenten des Deutschen Landkreistages gewählt. Damit übernimmt der Landrat des Kreises Ostholstein das Präsidentenamt des kommunalen Spitzenverbandes von Landrat Hans Jörg Duppré, der nun Ehrenmitglied des Deutschen Landkreistages ist. Darüber hinaus wählten die Delegierten Landrat Joachim Walter (Landkreis Tübingen) für zwei Jahre neben dem im Amt bestätigten Landräten Thomas Kubendorff (Kreis Steinfurt), Bernhard Reuter (Landkreis Göttingen) und Karl-Heinz Schröter (Landkreis Oberhavel) zum Vizepräsidenten.

Sager bedankte sich für das Vertrauen der Delegierten: „Ich freue mich auf das Amt des DLT-Präsidenten, das ich mit viel Engagement und persönlichem



Reinhard Sager.

Einsatz wahrnehmen werde. Gerade in Zeiten knapper Kassen, aufwachsender Sozialausgaben, demografischer Veränderungen und wirtschaftlichen Strukturwandels stehen die Landkreise vor großen Herausforderungen. Da ist es wichtig, dass der Deutsche Landkreistag als Interessenvertretung der 295 Landkreise in Berlin kraftvoll agiert. Aktuell zeigt dies gerade wieder die Debatte um die Einlösung der Zusagen aus dem Koalitionsvertrag zur kommunalen Entlastung“, erklärte Sager.

Dank an Duppré

Außerdem dankte er Duppré für dessen langjähriges Engagement für die Sache der Landkreise. In seiner Amtszeit habe dieser den Landkreisen eine starke Stimme verliehen. Duppré habe sich seit seinem Amtsantritt

Kommunal-Stichwahlen:

Gemischte Bilanz

Mit teils überraschenden Ergebnissen warteten die Kommunal-Stichwahlen in Bayern auf: In mehreren großen Städten mussten etablierte Oberbürgermeister von CSU und SPD ihre Sessel räumen. Insgesamt waren die Bürgerinnen und Bürger in 261 bayerischen Gemeinden, Städten und Landkreisen aufgerufen, nochmals den Gang an die Wahlurnen anzutreten.

In einigen Großstädten hat die CSU schmerzliche Niederlagen hinzunehmen. Weit aus erfreulicher stellt sich die Situation bei

den Landrats-Stichwahlen dar: Hier ging die Christlich Soziale Union in 14 von 18 Entscheidungen als Sieger hervor. „Damit stellt die Partei nunmehr 50 der 71 Landräte in Bayern“, betonte Generalsekretär Andreas Scheuer am Wahlabend und sprach von einem insgesamt erfolgreichen Abschneiden der Christlich Sozialen Union bei den Kommunalwahlen.

In München bleibt das Oberbürgermeister-Amt in SPD-Hand. Als Nachfolger von OB Ude, der aus Altersgründen nicht mehr antreten durfte, holte sein Parteikollege Dieter Reiter in der Stichwahl 56,7 Prozent der Stimmen. Sein CSU-Kontrahent Josef Schmid erreichte 43,3 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 38,5 Prozent. Eine herbe Niederlage muss die SPD allerdings verkraften: Erstmals seit fast 20



Dieter Reiter.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabina



Etwas Demut und Respekt vor der Rolle politischer Gruppen bei der Gestaltung des Gemeinwesens fordert die Vorzimmerperle. Arbeitsteilung sei in den meisten Fällen unabdingbar. Genauso wie der Bürgermeister hält sie nichts von Diven, die sich auf der schiefen Bahn zum Egotrip bewegen. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Kommunale Steuereinnahmen stiegen 2013 um 7,7 Prozent	Seite 2
Verschärfung des Abgeordnetenrechts	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Verhaltenskodex verpflichtet zu höchster Transparenz	3
Sozialausgaben auf Rekordniveau	3
Interkulturelle Öffnung in der Landkreisverwaltung	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Umwelttechnik	5 - 7
EDV · IT · Kommunikation	8 - 11
Kommunale Finanzthemen	12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Kommunale Steuereinnahmen stiegen 2013 um 7,7 Prozent

Ansehnliches Plus sowohl bei der Gewerbesteuer als auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Jahr 2013 um über eine Milliarde Euro auf knapp 15,1 Milliarden und lagen damit um 7,7 Prozent über dem Ergebnis des Jahres 2012. Maßgeblich für die Zunahme war der Anstieg bei der Gewerbesteuer um fast 608 Millionen Euro bzw. zehn Prozent auf 6,7 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von sechs Milliarden Euro übertrafen das Ergebnis aus dem Vorjahr um knapp 446 Millionen Euro bzw. acht Prozent.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, erhöhten sich im Betrachtungszeitraum zudem die kommunalen Einnahmen aus den Grundsteuern A und B um 1,3 Prozent auf über 1,7 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer verzeichneten eine Zunahme um 0,6 Prozent auf gut 615 Millionen Euro. Auch die vom Volumen her weniger bedeutenden „übrigen Gemeinde-

steuern“ stiegen um fast eine Million Euro bzw. 1,9 Prozent auf gut 50 Millionen Euro an.

10 % Gewerbesteuerplus

Nach den Ergebnissen der vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung durchgeführten kommunalen Kassenstatistik verzeichneten im Jahr 2013 die bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Steuereinnahmen ein Plus von

7,7 Prozent auf 15.095,4 Millionen Euro.

Dabei sind die Einnahmen der Kommunen aus ihrer bedeutendsten Einnahmequelle, der Gewerbesteuer, im Vorjahresvergleich um 10,0 Prozent auf 6.700,8 Millionen Euro angestiegen. Vom Gewerbesteuerertrag in Höhe von gut 8.205,2 Millionen Euro führten die Kommunen 1.504,5 Millionen Euro Gewerbesteuerumlage an das Land und den Bund ab, so dass in den Gemeindekassen netto besagte 6.700,8 Millionen Euro verblieben. Gegenüber dem Jahr 2012 ergibt das ein Plus von 607,6 Millionen Euro.

8 % Plus bei Lohn- und Einkommensteuer

Die Einnahmen aus dem Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer, der vom Volumen her zweitwichtigsten Steuerquelle der

bayerischen Städte und Gemeinden, lagen mit 6.019,9 Millionen Euro um 8,0 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ergab sich 2013 mit 615,3 Millionen Euro ein Zuwachs von 0,6 Prozent.

Zugenommen hat auch das Steueraufkommen aus den Grundsteuern. Während allerdings die kommunalen Einnahmen aus der Grundsteuer B um 1,4 Prozent auf 1.625,3 Millionen Euro anstiegen, lagen die Einnahmen aus der Grundsteuer A nur bei knapp 84,0 Millionen Euro und damit um 0,6 Prozent unter dem Vorjahresergebnis.

Die übrigen Gemeindesteuern wie Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer und sonstige Steuern erhöhten sich im Vorjahresvergleich um knapp 1,0 Millionen Euro bzw. 1,9 Prozent auf gut 50,2 Millionen Euro.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Gemeindefinanzen und Realsteuervergleich in Bayern 2013“ (Bestellnummer: L22003 201344, Preis: 13,70 Euro).

Unter www.statistik.bayern.de/ veröffentlichen kann der Bericht als Datei kostenlos heruntergeladen werden. □

Knapp 60 Millionen Euro für kommunale Rückhaltebecken

Huber: Freistaat und Kommunen ziehen an einem Strang

Für einen umfassenden Hochwasserschutz arbeiten der Freistaat und die Kommunen eng zusammen, betonte der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber in München: „Hochwasserschutz ist Menschenschutz – in allen Regionen Bayerns.“

Seit 1999 wurden in Bayern auch Dank des großen Einsatzes der Kommunen insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert. Durch die neuen Maßnahmen werden rund 11.000 Hektar bebaute Fläche vor einem Hochwasser geschützt werden.“ Um Hochwässern möglichst bereits unmittelbar am Ort der Entstehung entgegen zu wirken, setzt die Staatsregierung auch auf natürlichen Rückhalt in der Fläche. Seit 2001 wurden bayernweit rund 764 km Gewässer mit 1883 ha Uferfläche renaturiert und 230 Hektar Aue aufgeforstet. Daneben wurden insgesamt 55 km Deiche zurückverlegt und 24 Millionen Kubikmeter Retentionsraum aktiviert. Außerdem wurden seit 2001 insgesamt rund 28 km Flutmulden und Hochwasserrückhaltebecken mit einem Volumen von etwa 8,6 Millionen Kubikmetern errichtet.

Zur Verbesserung des technischen Rückhalts in der Fläche setzt der Freistaat insbesondere auf gesteuerte Flutpolder. Huber: „Für einen landesweiten Hoch-

wasserschutz bauen wir ein bayernweites System von Flutpoldern auf. Denn Flutpolder sind hocheffektive Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Insbesondere bei Extremereignissen helfen sie, die Hochwasserspitzen zu reduzieren.“ Speziell entlang großer Gewässer wie der Donau ist eine Kombination mehrerer gesteuerter Flutpolder besonders wirksam. Kommunale Hochwasserrückhaltebecken können daneben einen wichtigen Beitrag zum lokalen Hochwasserschutz leisten. Für einen bestmöglichen Schutz der Bevölkerung engagiert sich der Freistaat auch in diesem Bereich: Seit 2001 wurden rund 130 kommunale Vorhaben abgeschlossen oder befinden sich noch im Bau. Die abgeschlossenen Projekte wurden vom Freistaat bereits mit 42 Millionen Euro gefördert, für die im Bau oder in der Planung befindlichen Projekte stehen weitere 16 Millionen Euro zur Verfügung.

Bis zum Jahr 2020 investiert Bayern insgesamt 3,4 Milliarden Euro für den Ausbau des Hochwasserschutzes.

Info: www.wasser.bayern.de □

Hier bekommt man das Rüstzeug zum Bürgermeister!

Bayerischer Gemeindegtag hilft neu gewählten Rathaushäuptern beim Einstieg ins Amt

Zum kommunalen Profi in drei Tagen – so sehen es begeistert die Teilnehmer des ersten von mehreren Seminaren des Bayerischen Gemeindegtags für neu gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. „Hier bekommt man das Rüstzeug zum Bürgermeister“, meinte ein frischgebackener Mandatsträger. Dr. Uwe Brandl, der Präsident des Bayerischen Gemeindegtags ist zufrieden: „Sämtliche Seminare sind bereits ausgebucht.“

Das Interesse der neu gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an unserem Fortbildungsangebot ist groß. Ich freue mich sehr über die hervorragende Resonanz.“

Am 1. Mai treten die bei den Kommunalwahlen erfolgreichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihr neues Amt an. In der Zwischenzeit informieren sie sich in Seminaren des Bayerischen Gemeindegtags über grundlegende, organisatorische und personelle Fragen. Grundlagenkenntnisse erwerben die Teilnehmer u.a. in folgenden Fachgebieten:

- ▶ Kommunalfinanzen (Steuern, Finanzausgleich, Umlagen, Haushalt),
- ▶ Planen und Bauen in der Gemeinde (Bebauungsplan, Flächennutzungsplan, Baugenehmigung),
- ▶ Personalrecht (Dienstbezüge, Entschädigungen, Dienstvergehen und Haftung, Versicherungsschutz),
- ▶ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde,
- ▶ Kinder, Bildung und Betreuung,
- ▶ Sitzungsleitung, Ausschüsse, Rechtsstellung des 1. Bürgermeisters,
- ▶ Mitarbeiterführung und Organisationsfragen

Folgende Termine sind derzeit noch vorgesehen:

- 24.03. – 26.03.2014 The Monarch Hotel, Bad Gögging
- 02.04. – 04.04.2014 Landhotel Geyer, Pfahldorf
- 07.04. – 09.04.2014 Arvena Reichstadt, Bad Windsheim
- 14.04. – 16.04.2014 Relexa Hotel, Bad Steben
- 23.04. – 25.04.2014 Hotel Franziskushöhe, Lohr am Main
- 25.04. – 30.04.2014 Hirschenhotel, Parsberg

Aufgrund der großen Anfrage sind weitere Seminare in Planung.

Taschenbuch für Gemeinde- und Stadträte in Bayern:

Grundwissen für kommunale Mandatsträger

Das handliche Taschenbuch ist für den Gebrauch in der Gemeinderatssitzung konzipiert. Das klar strukturierte Buch beinhaltet Kapitel zur Gemeinde und ihren Organen, zu den Gemeindefinanzen und dem -haushalt, zum Planen und Bauen in der Gemeinde, zum Personal in den Gemeinden sowie zu Haftungsfragen im kommunalen Bereich.

Die Autoren behandeln den Breitbandausbau und die Energiegewinnung in Bayern sowie das Thema „Kameralistik vs. Doppik“. Die Aktualisierungen des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen (KWBG) sind eingearbeitet.

In alphabetischer Reihenfolge werden wesentliche Begriffe aus dem Haushalts- sowie aus dem Bau- und Planungsrecht erläutert. Schaubilder und Schemata verdeutlichen u.a. die Prüfung der Beschlussfähigkeit im Gemeinderat, die Gesamteinnahmen und -ausgaben sowie die Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden, den kommunalen Finanzausgleich, die Aufstellung und Beauftragung eines Bebauungsplans, die Prüfung der Umweltbelange

und -auswirkungen, die Unterschiede zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten.

Dank des überarbeiteten Stichwortverzeichnisses findet sich der Benutzer rasch und sicher zu recht.

Die Geschäftsordnungsmuster für kleinere und für größere Gemeinden sowie neue Muster zur Zugangsöffnung für die elektronische Kommunikation und zur Datenschutzbelehrung „Ratsinformationssystem“ runden den Band ab.

Die renommierten Herausgeber und Autoren thematisieren Grundwissen für Mandatsträger sowie spezielle Fragen aus ihrer täglichen Beratungspraxis. Ein Nachlesen im Gesetz ist nicht erforderlich. Wichtige Entscheidungen aus der Rechtsprechung werden angeführt.

In dem handlichen Nachschlagewerk vermitteln die Verfasser das unverzichtbare Fachwissen für die kommunalen Mandatsträger in Bayern.

Hrsg. von Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayer. Gemeindegtags, und Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayer. Landkreistags, mit freundlicher Unterstützung von Dr. Andreas Gaß, Verwaltungsdirektor beim Bayer. Gemeindegtag, Barbara Gradl, Referatsdirektorin beim Bayer. Gemeindegtag, und Hans-Peter Mayer, Direktor beim Bayer. Gemeindegtag.

Erschienen im Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG; bestellung@boorberg.de; www.boorberg.de

2014, 4., überarbeitete Auflage, 392 Seiten, Euro 19,80; ab 10 Expl. Euro 19,-; ab 20 Expl. Euro 18,20; ab 40 Expl. Euro 17,-. Mengenpreise nur bei Abnahme durch einen Endabnehmer zum Eigenbedarf. ISBN 978-3-415-05208-6. □

Verschärfung des Abgeordnetenrechts

Landtag beschließt einstimmig neues Gesetz

Ein knappes Jahr nach Bekanntwerden der Abgeordnetenaffäre hat der Bayerische Landtag einstimmig ein neues Abgeordnetengesetz verabschiedet. Nachdem bereits seit Juni letzten Jahres den Abgeordneten die Kosten für Mitarbeiter bis zum 4. Verwandtschaftsgrad nicht mehr erstattet werden, ist jetzt auch die Pauschalzahlung von Parteigeschäftsstellen für Zuarbeit ausgeschlossen.

Verträge mit Firmen, die den Abgeordneten gehören oder an denen sie oder andere Abgeordnete mit mehr als 25 % beteiligt sind, sind nicht mehr erstattungsfähig. Darüber hinaus ist nun auch die Erstattung aus der Mitarbeiterpauschale verboten, sofern die Mitarbeiter zugleich im Unternehmen des Abgeordneten tätig sind.

Mehr Sicherheit und Transparenz

Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) sprach von einem guten Tag für die bayerische Volksvertretung. Besonders erfreut sei sie über die parteiübergreifende Zustimmung zu den Inhalten. Josef Zellmeier (CSU) erklärte, mit der Neuregelung habe der Landtag alle potentiell kritischen Punkte bei der Beschäftigung von Mitarbeitern abgearbeitet. Man habe jetzt mehr Sicherheit für die Abgeordneten und mehr Transparenz für die Öffent-

lichkeit. Begrüßenswert sei auch die klare Regelung des Prüfungsrechts durch den Obersten Rechnungshof (ORH). Zellmeier bedankte sich ausdrücklich für die konstruktive Mitarbeit aller Fraktionen.

Volkmar Halbleib (SPD) zeigte sich ebenfalls zufrieden mit der Neuregelung. Es gebe jedoch noch Möglichkeiten der Optimierung. Für die Freien Wähler (FW) lobte Florian Streibl das neue Abgeordnetengesetz und dankte insbesondere der Landtagspräsidentin für ihr Engagement bezüglich einer strengeren Regelung. Thomas Gehring (Grüne) bekundete Zufriedenheit über die transparente Darstellung des Gesetzes.

Darüber hinaus begrüßten alle Fraktionen die Vorteile der ebenfalls beschlossenen Indexierung der Diäten nach den Eckdaten der durchschnittlichen Lohnentwicklung. Neu berufen und umbenannt wurde auch die vormalige Diätenkommission, die künftig Abgeordnetenrechtskommission heißt. Das neue Abgeordnetengesetz tritt am 1. Mai in Kraft. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Birkle
87740 Buxheim
am 14.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Schuster
84180 Loiching
am 8.4.

Bürgermeister Alfred Wolz
91635 Windelsbach
am 10.4.

Bürgermeister Guido Belzl
90602 Pyrbaum
am 12.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Christian Bernreiter
94469 Deggendorf
am 7.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Breuer
95145 Oberkotzau
am 7.4.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Erste Lesung im Landtag:

Nachtragsetat 2014 erstmals über 50 Milliarden Euro

Bayerns Staatshaushalt steigt auf die Rekordhöhe von mehr als 50 Milliarden Euro. Der in der vergangenen Woche von Finanzminister Markus Söder in Erster Lesung im Landtag eingebrachte Nachtragshaushalt 2014 beinhaltet eine Erhöhung des Budgets durch die Staatsregierung um rund 1,2 Milliarden Euro im Vergleich zum ursprünglichen Haushaltsplan.

Der Finanzminister verteidigte die Erhöhung mit den weiterhin stark sprudelnden Steuereinnahmen. Die Opposition sieht die Finanzlage im Freistaat weit weniger rosig und übte heftige Kritik an dem rasanten Ausgabenwachstum.

„Wir haben vollen Wind in unseren Segeln und können damit zu neuen, noch besseren Ufern aufbrechen“, erklärte Söder unter Beifall seiner Fraktion. Die Erhöhung des Nachtragsetats beruhe u. a. auf den Mehrausgaben von 180 Mio. Euro für Asylbewerber, 200 Mio. Euro höhere Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, den Kosten für die Hochwasserschäden des vergangenen Jahres von 400 Mio. Euro sowie dem innerbayerischen kommunalen Finanzausgleich mit 105 Mio. Euro. Der Finanzminister betonte, die Staatsregierung bestreite sämtliche Ausgaben aus eigenen Einnahmen und nicht mit Schulden wie in anderen Bundesländern. Der SPD-Haushaltsexperte Volkmar Halbleib kündigte eine kritische Überprüfung im federführenden Haushaltsausschuss an. In diesem Sinne äußerten sich auch die haushaltspolitischen Sprecher der Freien Wähler und Grünen. **rm**

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Sozialausgaben auf Rekordniveau!

Der Deutsche Städtetag hat im Rahmen einer Präsidiumssitzung im sächsischen Plauen die Regierungskoalition im Bund aufgefordert, das geplante Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen, in dem auch die Entlastung der Kommunen durch den Bund vorgesehen sein soll, rasch auszuarbeiten und zu verwirklichen.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetages, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly ausführte, duldeten die von der Koalition angekündigten deutlichen Entlastungen der Städte von steigenden Sozialausgaben keinen Aufschub in die nächste Legislaturperiode. Die kommunalen Sozialausgaben hätten im vergangenen Jahr ein Rekordniveau von 47 Milliarden Euro erreicht. Für das von der Regierungskoalition geplante Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen und für die dabei angekündigte Entlastung der Kommunen um jährlich 5 Milliarden Euro müssten noch in dieser Legislaturperiode klare Perspektiven kommen und nicht erst im Jahr 2018. Maly: „Viele Städte können sich trotz erheblicher eigener Anstrengungen allein nicht aus ihrer schwierigen Finanzlage befreien – gleichzeitig fehlt diesen Städten das Geld für wichtige Investitionen. Für diese Städte sind die von der Koalition angekündigten Entlastungen nicht nur richtig und wichtig, sondern auch sehr dringlich.“

Armutszuwanderung

Ausdrücklich begrüßt der Verband die Pläne der Bundesregierung zum Umgang mit Armutszuwanderung in einigen Städten sowie die konkret angekündigte Unterstützung besonders betroffener Kommunen zum Beispiel durch das Programm Soziale Stadt. Die deutschen Städte schätzten die Freizügigkeit in der Europäischen Union als Errungenschaft für das Zusammenleben, stellte Ulrich Maly fest. Die meisten Menschen aus Südosteuropa seien in Deutschland gut integriert und leisteten ihren Beitrag zum Gemeinwesen. In einigen Städten jedoch konzentrierten sich Schwierigkeiten mit sozial schwer integrierbaren Familien, etwa bei der Wohnungs- und Gesundheitsversorgung.

Programm Soziale Stadt

In einem vom Bundeskabinett verabschiedeten Zwischenbericht würden bereits konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die Forderungen des Städtetages und der betroffenen Städte aufgreifen. „Wir erhoffen uns durch die vorliegenden Vorschläge spürbare Verbesserungen. Beispielsweise soll das Programm Soziale Stadt von 40 auf 150 Millionen Euro jährlich aufgestockt werden, um sozial benachteiligte Stadtteile aufzuwerten und den Bewohnern zu helfen. Etwa 10 Millionen Euro des Programms Soziale Stadt sind gezielt für Städte vorgesehen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind. Es ist gut, dass außerdem Mittel aus europäischen Programmen mit Kofinanzierung durch den Bund zielgerichtet auf die kommunalen Probleme zugeschnitten eingesetzt werden können. Um eine gute Wirkung zu erzielen, sind die Länder gefordert, die Mittel für das Programm Soziale Stadt in gleicher Höhe zu ergänzen und den Eigenanteil von Kommunen in Haushaltsnotlagen auf 10 Prozent zu reduzieren“, hob der Städtetagschef hervor.

Integrationskurse

Sinnvoll sei zudem, Integrationskurse in besonders betroffenen Städten als Projekt besser auf diesen Teil der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien auszurichten und dort eine zusätzliche

Betreuung durch Sozialpädagogen vorzusehen. Positiv beurteilt der Deutsche Städtetag die Absicht der Bundesregierung, aktiv auf die Krankenkassen zuzuge-



Dr. Ulrich Maly.

hen, um zur Klärung der Krankenversicherung von Zuwanderern beizutragen, sei doch die Rechtslage sehr kompliziert.

Missbräuche verhindern

Richtig sei ebenso der Plan, die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit zu erweitern. Auch die Berechtigung zum Kindergeldbezug solle besser geprüft werden können. Der Zwischenbericht spreche außerdem Schritte gegen einen möglichen Missbrauch des Freizügigkeitsrechts an. Dabei erschienen befristete Wiedereinreiseperrnen in eklatanten Fällen oder die grundsätzliche Befristung von Zeiten der Arbeitssuche als mögliche Instrumente.

Mit Blick auf die im Koalitionsvertrag angekündigte Wohngegendnovelle appellierten die Städte an die Bundesregierung, diese zügig auf den Weg zu bringen und die Wohngegendleistungen an die tatsächliche Miet- und Einkommensentwicklung anzupassen. Darüber hinaus sollten auch die steigenden Heizkosten berücksichtigt werden. Nach den Worten der Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, der Ludwigshafener Oberbürgermeisterin

Dr. Eva Lohse, ist das Wohngeld derzeit auf dem Stand von 2009 eingefroren. Seitdem sind die Kaltmieten durchschnittlich um 5 Prozent gestiegen, in vielen Groß- und Universitätsstädten lag die Steigerung noch deutlich darüber.

Der Deutsche Städtetag beschloss ein Positionspapier „Wohngeld und Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch II“ (Hartz IV), das eine bessere Abstimmung der staatlichen Leistungen Wohngeld und Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose und weitere Leistungsbezieher fordert. Die Unterkunftskosten nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) werden zum allergrößten Teil von den Kommunen getragen.

Kostentreiber Heizkosten

Gerade die Heizkosten haben sich Lohse zufolge in den vergangenen Jahren als Kostentreiber erwiesen. Daher sei es nicht mehr gerechtfertigt, die Heizkosten beim Wohngeld im Unterschied zu den Unterkunftskosten nach dem SGB II außen vor zu lassen. Benötigt werde eine Wohngeldreform, die die Bruttowarmmiete berücksichtigt.

„Das Sozialgesetzbuch II wurde in erster Linie dafür geschaffen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen und während dieser Zeit finanziell abzusichern. Es war nicht als Wohnkostenhilfe für einkommensschwache Familien gedacht, wird aber in erheblichem Umfang auch so genutzt, weil das Wohngeld für viele Familien derzeit nicht greift. Fast 300.000 Haushalte erhalten zurzeit ausschließlich Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem Sozialgesetzbuch II. Ein höheres Wohngeld trägt nachweislich dazu bei, solche Haushalte von Erwerbstätigen aus dem Bezug von SGB II-Leistungen herauszuholen“, erklärte Eva Lohse.

Mehr preiswerten Wohnraum schaffen

Nach der bisher letzten Novelle 2009 wechselten allein 120.000 Haushalte aus dem Bezug aufstockender Leistungen in den Wohngeldbezug. Zudem solle der Kinderzuschlag angehoben werden, um mehr einkommensarme Familien als bisher aus dem SGB II-Leistungsbezug herauszuholen. Um langfristig steigende Ko-

Neue Publikation des Deutschen Landkreistags:

Interkulturelle Öffnung in der Landkreisverwaltung

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist ein Prozess der Personal- und Organisationsentwicklung, der darauf abzielt, einen gleichberechtigten und ungehinderten Zugang aller Einwohner zu den Dienstleistungen und Angeboten eines Landkreises sicherzustellen. Sie ist wichtiger Bestandteil kommunaler Integrationspolitik auf Landkreisebene. Vor dem Hintergrund, dass auch in weiten Gebieten des ländlichen Raums der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte an der Gesamtbevölkerung eine beachtliche Größenordnung erreicht hat und weiter zunehmen wird, handelt es sich dabei um eine Herausforderung, die viele Landkreisverwaltungen unmittelbar betrifft.

Die neue Handreichung „Interkulturelle Öffnung in der Landkreisverwaltung“ des Deutschen Landkreistags möchte hierzu eine Hilfestellung bieten. Dazu werden in einem ersten Schritt Stand und Perspektiven von Integration im ländlichen Raum nachgezeichnet. Im zweiten Schritt werden wichtige Schlüsselbegriffe wie „interkulturelle Öffnung“, „interkulturelle Kompetenz“ sowie „Willkommens- und Anerkennungskultur“ näher dargelegt. Im dritten Teil werden einige derjenigen Handlungsfelder und Instrumente im Einzelnen erörtert, die sich in der Praxis für die interkulturelle Öffnung der Landkreis-

verwaltung als besonders wichtig herausgestellt haben. An der Erarbeitung der Handreichung, die auf eine Initiative des Innovationsrings des Deutschen Landkreistages zurückgeht, war auf bayerischer Seite der Landkreis Miltenberg beteiligt.

Interkulturell ausgerichtetes Personalmanagement

Ein interkulturell ausgerichtetes Personalmanagement verfolgt vor allem zwei Ziele: den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung zu erhöhen und Mitarbeiter in der Weise fortzubilden, dass dem Ziel



Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

im vergangenen Sommer hat die CSU eine Arbeitsgruppe unter Führung des Ehrenvorsitzenden Dr. Theo Waigel eingerichtet, um einen Leitfaden mit Verhaltensregeln für Mandatsträger zu erstellen. Die Arbeitsgruppe, der ich als Vertreter der kommunalen Ebene angehören durfte, hat sich eingehend mit den juristischen Aspekten des Themas und den damit implizierten Wertvorstellungen beschäftigt. Dabei haben wir auch Bezug auf die Regeln des heiligen Benedikt genommen, da die Wurzeln unseres Gemeinwesens in der christlich-abendländischen Tradition liegen. Ergebnis dieser Arbeit ist ein

Verhaltenskodex verpflichtet zu höchster Transparenz

sogenannter Verhaltenskodex, der die allgemeinen Anforderungen an einen verantwortungsvollen Umgang mit Macht darlegt und daraus konkrete Verhaltensregeln ableitet, die die Integrität von Politikern schützen und den Missbrauch ihrer Befugnisse verhindern soll.

Gerne habe ich mich in die Erstellung dieses Verhaltenskodexes eingebracht, denn für die CSU engagieren sich bayernweit über 12.000 Mandatsträger haupt- bzw. ehrenamtlich in den Kommunalparlamenten auf Gemeinde-, Stadt-, Kreis- bzw. Bezirksebene, denen eine größtmögliche Transparenz und Vertrauenswürdigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sehr am Herzen liegt. Dies gilt besonders in punkto Einkommen, Entschädigungen, Entgegennahmen von Geschenken, Einladungen und finanziellen Zuwendungen. Eine intensive Durchsicht und Prüfung der kommunalrechtlichen Bestimmungen und eine ausführliche Diskussion der Thematik hat ergeben, dass eine Änderung der vorhandenen rechtlichen Vorgaben grundsätzlich nicht erforderlich scheint. Die geltenden Regelungen haben sich bewährt und sollten ausreichend sein, um eine vertrauensbildende Basis zu schaffen.

Gleichwohl scheint es bei bestimmten Sachverhalten dringend geboten, Beschlüsse der zuständigen Gremien herbeizuführen, bei denen der persönlich Betroffene von der Beratung und Beschlussfassung ausgenommen ist. Nicht nur

bei eigenen Gehaltsfragen, sondern insbesondere bei der Beschäftigung von Angehörigen, der Entgegennahme von Geschenken, der Wahrnehmung von Einladungen mit einem gewissen Gegenwert, aber auch beim Erwerb von kommunalem Eigentum wie z. B. ausgemusterten Computern sollte sehr sensibel und verantwortungsbewusst gehandelt werden.

Wir empfehlen, dass derartige Sachverhalte generell in den dafür zuständigen Gremien diskutiert und beschlossen werden, auch wenn die dafür erlassenen Geschäftsordnungen dies in der Regel so nicht vorsehen.

Ein konkretes Beispiel hierzu: In einer Gemeinde findet sich niemand, der die Reinigung des Rathauses übernehmen würde. Lediglich die Ehefrau des 2. Bürgermeisters stellt sich zur Verfügung. Sie soll dafür eine geringfügige monatliche Entschädigung erhalten. Laut Geschäftsordnung könnte der erste Bürgermeister der Gemeinde diese Anstellung in eigener Zuständigkeit vornehmen. Dennoch empfehlen wir, bei eigener Betroffenheit von Mandatsträgern bzw. bei solchen engen Verflechtungen oder verwandtschaftlichen Beziehungen eine Behandlung und Beschlussfassung des Sachverhalts im Gemeinderat unter Ausschluss des persönlich Beteiligten.

Die Erfahrung zeigt, dass dies in den allermeisten Fällen bereits so gehandhabt wurde, ohne dass entsprechende kommunalrechtliche Vorgaben vorhanden waren. Daher werden die Kommunalpolitiker diese Vorgehensweise aus eigener Überzeugung beherzigen und sie zukünftig sicherlich auch auf weitere Vorgänge anwenden, bei denen die Mandatsträger oder deren Angehörigen Geldleistungen bzw. anderweitige Vorteile erhalten.

Ich hoffe, dass wir mit dem Verhaltenskodex eine für alle Beteiligten gute und praktikable Handreichung erarbeitet haben, die bei der Arbeit vor Ort hilft. Speziell den kommunalen Mandatsträgern, von denen die meisten jüngst neu oder wieder gewählt wurden, wünsche ich eine erfolgreiche Amtszeit, die sich im Sinne unserer Gesamtverantwortung für die Bürgerinnen und Bürger an den erarbeiteten Grundsätzen des Ehrenkodexes ausrichtet.

Auf eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit!

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV
Landrat im Landkreis Donauwörth

sten zu vermeiden sei es notwendig, preiswerten Wohnraum zu schaffen und den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Dann müssten Sozialleistungen wegen hoher Mieten erst gar nicht beansprucht werden, machte die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetags abschließend deutlich. **DK**

len werden eigene Werbemaßnahmen der Landkreisverwaltung in der örtlichen Presse sowie im Internet und im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit.

Die Arbeitsagenturen vor Ort sollten gezielt auf das Ausbildungsplatzangebot in der Landkreisverwaltung hingewiesen werden. Außerdem sollten die Eltern der betroffenen Jugendlichen einbezogen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese mitunter über deutlich schwächere Sprachkenntnisse als ihre Kinder verfügen. Entsprechende Informationsangebote sollten daher auch in den Muttersprachen der wichtigsten Herkunftsländer der Migranten vor Ort bereit gehalten werden.

Ausbildungsmessen

In der Praxis bewährt hat sich die Teilnahme an Ausbildungsmessen. Auch beim Angebot von Praktika sollte gezielt auf junge Menschen mit Migrationshintergrund zugegangen werden.

Die vorstehend beschriebenen Maßnahmen dienen vor allem dem Ziel, die Zahl von Bewerbern mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Damit alleine ist es aber noch nicht getan. Es muss vielmehr auch sichergestellt werden, dass die jugendlichen Migranten in den anschließenden Auswahlverfahren eine faire Chance haben und eine sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Personen aus unterschiedlichen Kulturkreisen vermieden wird. Als Grundsatz gilt: Nur die für den Berufserfolg relevanten Anforderungen und die darauf bezogenen Kompetenzen des

Einzelnen sind zu berücksichtigen. Kulturelle Unterschiede zwischen den Bewerbern dürfen, soweit sie für die berufliche Tätigkeit irrelevant sind, nicht in die Ergebnisse einfließen. Andererseits müssen interkulturelle Kompetenzen, wenn sie für die berufliche Tätigkeit relevant sind, auch positiv bewertet werden.

Entsprechend einer im Nationalen Aktionsplan Integration übernommenen Selbstverpflichtung hat das Bundesministerium des Inneren eine Handreichung zur „Interkulturellen Öffnung der Personalauswahl im öffentlichen Dienst“ veröffentlicht, die grundsätzlich auch bei der Ausgestaltung von Auswahlverfahren für den öffentlichen Dienst einer Landkreisverwaltung angewendet werden können.

Neben der Gewinnung neuen Personals zählt auch die interkulturelle Weiterbildung des Personalstamms zu den zentralen Herausforderungen einer interkulturellen Öffnung der Landkreisverwaltung. Es geht darum, die Beschäftigten für Fragen der interkulturellen Vielfalt zu sensibilisieren und für den Umgang mit Migranten zu qualifizieren. Ziel ist es, den besonderen Bedürfnissen dieser Kundengruppe angemessene Rechnung zu tragen und den Mitarbeitern die Arbeit zu erleichtern, die mit Migranten Kontakt haben. Die Vermittlung von interkultureller Kompetenz kann somit einen Beitrag zur Kundenebene ebenso wie zur Mitarbeiterzufriedenheit leisten. Wichtigstes Anliegen ist es, für Menschen mit Migrationshintergrund Zugangsbarrieren zur Kreisverwaltung abzubauen. **DK**

Mehr Energie für die Gemeinden ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Der des Energieinstituts Voralberg, betonte, dass die Kommunen der Schlüssel zu Veränderung seien. „Die Gemeinden müssen Vorreiter sein – beispielsweise bei der Sanierung von Schulen.“ Eine Energieautonomie, wie sie in Tirol oder Voralberg angestrebt werde, sei ohne Gemeinden nicht möglich. „Das Angebot der konventionellen Energieträger wird abnehmen, die Kosten für die Energiebereitstellung werden steigen, die Anstrengungen zum Schutz des Klimas größer werden. Wir helfen, diese Problematik zu lösen“, so Burtcher. Ziel des Energieinstituts Voralberg sei es, die bestimmenden Faktoren für ein nachhaltiges Energiesystem kurz und langfristig positiv zu beeinflussen. Die Schwerpunkte lägen beim sinnvollen und effizienten Energieeinsatz, bei der Nutzung erneuerbarer Energieträger, dem ökologischen Bauen und im Handlungsbereich der Mobilität, wie Burtcher anhand zahlreicher Beispiele verdeutlichte.

Modernisierung von Wasserkraftanlagen

Stefan Troyer von der Sterzinger Troyer AG informierte darüber, wie Kleinwasserkraftwerke modernisiert werden können. Das Unternehmen zählt in Italien zu den führenden Lieferanten von kompletten Wasserkraftwerken und strebt seit einigen Jahren auf den internationalen Markt.

Wie Troyer darlegte, können viele Kraftwerke aus den ver-



KR. Mag. Hermann Lindner

schiedensten Gründen das vorhandene Potenzial nicht optimal nutzen. Gründe hierfür könnten von schichtweg veralteter Technik bis zu bewussten Entscheidungen oder auch Fehlern in der Planung und im Konzept zurückzuführen. Der Weg zur Optimierung reiche von einer genauen Situationsanalyse mit umfassenden historischen Produktionsdaten und einer gezielten Offerstellung oder Ausschreibung mit detaillierten Daten über eine aufwändige Angebotslegung bis hin zur konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Betreiber und Unternehmen.

Mehr als zehn Jahre Know-how als Energiedienstleistungsunternehmen, zudem ein bundesweites, erfolgreiches Betreiber-Netzwerk sowie individuelle Lösungen und Projektentwicklungen bietet die BioEnergie Tirol. Mit Blick auf die von der BioEnergie Tirol betriebenen Anlagen in Gerlos, Lermoos, Bad Häring, Rotholz, St. Ulrich am Pillersee und Krimml erläuterte Geschäftsführer Klaus Flörl, welche Chancen die Biomasseversorgung in den Gemeinden bietet.

Das Zusammenspiel von Wasserkraft und Ökologie beleuchtete Prof. Dominik Godde, Director E.ON Generation GmbH. Er verwies darauf, dass Wasserkraft einen Mehrfachnutzen für Umwelt und Gesellschaft biete – von der schadstofffreien Stromerzeugung und der Schaffung von Naturschutzgebieten mit internationaler Bedeutung an fast 100 E.ON-

Wasserkraftwerken über die Verbesserung des Hochwasserschutzes und die Schaffung bzw. Verbesserung von ökologischen Strukturen an Gewässern bis hin zu Maßnahmen für die Fischwanderung.

Als Beispiele für Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit führte Godde den Ismaninger Speichersee, den Kopfspeicher der Kraftwerkskette Mittlere-Isar-Kanal, an. Für eine nachhaltige Verbesserung der Gewässerstruktur stehe exemplarisch die Stau-



Prof. Dominik Godde

stufe Vohburg und für die Umweltverträglichkeit und Integration erneuerbarer Energien des Pumpspeicherwerks Waldeck.

Ökonomie und Ökologie am Fluss sind vereinbar

„Ökonomie und Ökologie am Fluss sind vereinbar“, stellte Godde klar und ergänzte: „Die Wasserkraft in Bayern hat Potenzial nach oben!“ Insgesamt betrage das identifizierte Ausbaupotenzial für E.ON, RMD und BEW 1.035 GWh pro Jahr. Zwar herrsche in Deutschland große Zustimmung zur Wasserkraft (91 % sind pro Wasserkraft, 80 % halten den Anteil der Wasserkraft am bayerischen Strommix für sinnvoll, 47 % sehen keine Nachteile), jedoch sinke die Pro-Stimmung im Umfeld geplanter Projekte. Aus diesem Grunde werden nach Goddes Auffassung Bürger-

beteiligung und die Einbindung lokaler Anbieter immer wichtiger.

Die Innsbrucker Vizebürgermeisterin Sonja Pitscheider stellte das EU-Projekt Sinfonia vor, das die Stadt in ihrem ambitionierten Ziel unterstützt, die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen stark zu reduzieren. Investiert wird in Innsbruck in die Optimierung der Wärme- und Kältenetze (Heizen und Kühlen z. B. von Gebäuden), in die hochwertige und kosteneffiziente Sanierung von Wohngebäuden sowie in den Aufbau von Smart Grids, eines intelligenten Energienetzes, das Stromerzeuger, Speicher, elektrische Verbraucher und Netzbetriebsmittel in Energieübertragungs- und -verteilungsnetzwerken der Elektrizitätsversorgung vernetzt und steuert.

Innsbruck zählt zu den europäischen Pionierregionen für „Smart Cities & Communities“. Bis 2018 werden technische Innovationen und Maßnahmenpakete in Teilen der Stadt um 40 % bis 50 % senken, den Anteil der erneuerbaren Energie am Gesamtbedarf um 20 % steigern, den CO₂-Ausstoß reduzieren und die Lebensqualität steigern. Die geplanten Maßnahmen zeichnen sich durch hohe Replizierbarkeit aus, d. h. andere Städte können sie leicht adaptieren und selbst umsetzen.

An fünf Thementischen bekamen die Tagungsgäste im Anschluss einen umfassenden Ein-



Das Traktoren-Innovationszentrum Tirol der Firma Lindner stellte die Räumlichkeiten für das Kommunalforum Alpenraum zur Verfügung.

Reinhard Sager ...

(Fortsetzung von Seite 1)

fordern die Bundestagsfraktionen auf, im Zuge der Haushaltsplanberatungen die kommunale Entlastung noch in diesem Jahr einzutreten zu lassen. Diese Mittel sind für dringend notwendige Investitionen bzw. zur Tilgung überbordender Verschuldung mehr als erforderlich!“ Darüber hinaus erwarten die Landkreise bezogen auf die Reform der Eingliederungshilfe eine Entlastung bereits in der laufenden Legislaturperiode.

Das Bundeskabinett hatte vor kurzem beschlossen, die Kommunen erst ab dem nächsten Jahr um 1 Mrd. Euro und erst ab 2018 im Rahmen einer Reform der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen um 5 Mrd. Euro jährlich zu entlasten.

Bedeutung der Energiewende

Im Rahmen seiner Jahrestagung hob der Deutsche Landkreistag zudem die Bedeutung der Energiewende für den ländlichen Raum hervor und forderte die Bundesregierung auf, die Interessen der Landkreise hierbei angemessen zu berücksichtigen. Wie Präsident Sager hervorhob, sei gerade bei der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Blick zu behalten, dass die richtigen Anreize zum Ausbau der erneuerbaren Energien gesetzt werden. betonte Sager: „Eine Chance besteht für den ländlichen Raum vor allem in den Wertschöpfungspotenzialen, die sich mit einer zunehmend auf erneuerbare Energien setzenden Energieversorgung verbinden.

Dies schafft und sichert bereits jetzt Arbeitsplätze gerade auch in strukturschwachen Gebieten. Ziel ist es vielfach, die Landkreise energieautonom oder sogar zu Exporteuren von erneuerbaren Energien zu machen“, betonte Sager.

Die Energiewende stelle andererseits fraglos auch eine besondere Herausforderung für den ländlichen Raum dar. „Das zeigt sich vor allem beim Ausbau des Übertragungsnetzes. Wenn die Bundesregierung nunmehr den Ausbaukorridor für die erneuerbaren Energien nach unten korrigiert, muss sehr sorgfältig geprüft werden, welche Auswirkungen sich daraus für den Netzausbau ergeben.“ Darüber hinaus sei den Landkreisen allerdings auch wichtig, dass Energie auch im ländlichen Raum bezahlbar bleibe. Vor diesem Hintergrund würden die Landkreise sehr genau verfolgen, welchen Weg die Bundesregierung im Hinblick auf die EEG-Reform einschlagen werde.

Der Präsident übte Kritik am aktuellen Referentenentwurf der Bundesregierung: „Die Einführung eines Ausbaukorridors für die Windenergie an Land halten wir für kontraproduktiv.“ Windenergie sei eine sehr kostengünstige Energiequelle, deren Potenzial bestmöglich genutzt werden sollte.

Breitbandausbau

Mit Blick auf den Breitbandausbau vertrat der Präsident die Ansicht, dass neben verbesserten gesetzlichen Rahmenbedingungen und mehr Fördermitteln insbesondere die Firmen gefordert seien, ihre Ausbaustrengungen

blick in folgende Inhalte: Bürgerkraftwerke als Chance für die Gemeinden (Mag. Marco Steiner, Eisenberger & Herzog Rechtsanwalts GmbH), E5-Gemeinden: Best Practice Virgen (Bürgermeister Dietmar Ruggenthaler, Virgen), Energie aus Trinkwasserkraftwerken – Praxis und Erfahrung (Vizebürgermeister Ing. Daniel Kostenzer, Pill), Räumliche Entwicklung und Energieeffizienz (Mag. Anja Oberlacher, Ass.-Prof. DI Dr. Wolfgang Aexlinger, Standortagentur Tirol), Energiedienstleistungen und -management der IKB AG für Gemeinden (Mag. Roland Zankl, Innsbrucker Kommunalbetriebe AG).

Talkrunde

Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine Talkrunde, moderiert von Alois Vahmer, Chefredakteur der Tiroler Tageszeitung, mit Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Andreas Schatzer (Präsident des Südtiroler Gemeindenverbands), Georg Keuschnigg (Forum Land), den Bürgermeistern Elisabeth Blanik (Lienz) und Rainer Siegele (Mäder) sowie Tirols Landesrat Johannes Tratter. Wie Mödlhammer betonte, gibt es in den Gemeinden 70.000 Gebäude. Seiner Ansicht nach wäre es eine Chance, diese zu sanieren und zu kleinen Kraftwerken weiterzuentwickeln.

Unter <http://kommunalforum-alpenraum.at/> ist die internationale Veranstaltung ausführlich dokumentiert. **DK**

zu intensivieren. „Zuallererst sind die Telekommunikationsunternehmen aufgefordert alles zu tun, damit eine hochleistungsfähige Breitbandversorgung flächendeckend auf dem Land und in den Städten gesichert ist. Hierzu müssen sie selbstverständlich einen günstigen staatlichen Rahmen vorfinden, damit sich deren Investitionen auch lohnen.“

Digitale Spaltung zwischen Stadt und Land verhindern

„Zahlreiche Landkreise unternehmen inzwischen erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Breitbandversorgung – bis hin zum Bau eigener Netze, wenn kein anderer dazu bereit ist“, erklärte der Präsident. Es habe sich gezeigt, dass im Breitbandausbau Marktchancen für neue regionale Ansätze lägen, gerade auch für mittelständische Unternehmen.

Allerdings machte er auch kein Hehl daraus, dass es nicht einfach werden wird, bis 2018 flächendeckend 50 Mbit/s zur Verfügung zu stellen: „Nach Berechnungen des TÜV Rheinland sind dafür ca. 20 Mrd. Euro erforderlich. Deshalb bleiben Bund und Länder gefordert, insbesondere mit zusätzlichen Fördermitteln zu unterstützen.“ Zur Erreichung der Ziele sei insgesamt eine stärkere Kraftanstrengung notwendig als bislang: Der Anteil der Haushalte, die bereits über Anschlüsse mit einer Übertragungsrate von mindestens 50 Mbit/s verfügen, habe Ende des vergangenen Jahres 54,8 % betragen. „Insofern liegt noch ein gutes Stück des Weges vor uns“, stellte Sager fest. Jedenfalls dürfe es in Deutschland nicht zu einer digitalen Spaltung zwischen Stadt und Land kommen. „Das können wir uns nicht leisten!“ **DK**

Gemische Bilanz ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Jahren ist sie nicht mehr stärkste Fraktion im Stadtrat. „CSU-Kandidat Schmid ist „Sieger der Herzen“ kommentierte Generalsekretär Scheuer die Niederlage der CSU bei der Münchner OB-Wahl.

Erdrutschsieg in Regensburg

Mit einem Erdrutschsieg hat sich die SPD den Oberbürgermeisterposten in Regensburg gesichert. Der Sozialdemokrat Joachim Wolberg erhielt 70,2 Prozent der Stimmen. Sein Kontrahent von der CSU, Christian Schlegl, kam auf 29,8 Prozent. Damit wird nach 18 Jahren die Domstadt wieder von einem SPD-Oberbürgermeister regiert.

Das Würzburger Rathaus wurde dagegen von der CSU zurückerobert. Stadtkämmerer Christian Schuchardt wurde zum Oberbürgermeister gewählt, der rot-grüne Bewerber Muchar Al Ghusain unterlag. Auf Schuchardt entfielen 55,73 Prozent der Stimmen, sein Konkurrent holte 44,27 Prozent der Wählerstimmen.

Machtwechsel in Erlangen

In Erlangen kommt es nach 18 Jahren zum Machtwechsel. Amtsinhaber Siegfried Balleis (CSU) erhielt nur 36,3 Prozent der Stimmen. Für den 34-jährigen Florian Janik von der SPD votierten 63,7 Prozent der Wähler.

Auch in Traunstein gibt es einen neuen Rathauschef. SPD-Bewerber Christian Kegel setzte sich knapp mit 50,75 Prozent gegen Amtsinhaber Manfred Kösterke/UW (49,25 %) durch. In Dachau unterlag der seit zwölf Jahren amtierende Oberbürgermeister Peter Bürgel (CSU) seinem SPD-Konkurrenten Florian Hartmann deutlich mit 53,69 zu 46,31 Prozent.

In Ansbach konnte Carda Seidel (parteilos) den Chefsessel im Rathaus verteidigen. Sie erhielt 60,0 Prozent der Stimmen. Ihr Herausforderer Thomas Deffner von der CSU vereinte 40,0 Prozent der Stimmen auf sich. Er war der erste eigene CSU-Kandidat in der mittelfränkischen Regierungshauptstadt seit 24 Jahren.

Oberbürgermeister in der großen Kreisstadt Kitzingen bleibt auch Siegfried Müller (USW - Unabhängige soziale Wählergruppe). In der Stichwahl bestätigten ihn die Bürger mit 52,50 Prozent der Stimmen. Sein Herausforderer Stefan Güntner (CSU) kam auf 47,50 Prozent der Stimmen.

Auch im oberfränkischen Forchheim hat Amtsinhaber Stumpf seinen Posten verteidigt. Der für die CSU und WUO angetretene Rathauschef erhielt 55,5 Prozent der Stimmen, sein SPD-Herausforderer Kirschstein 44,5 Prozent. Für den 62-jährigen Juristen Stumpf ist es die fünfte Amtsperiode.

In Neu-Ulm hat Amtsinhaber Gerold Noerenberg (CSU) die Oberbürgermeister-Stichwahl für sich entschieden. Er gewann mit 50,3 Prozent der Stimmen - der gemeinsame Kandidat von SPD, Grünen, Freien Wählern und FDP, Detlef Kröger, unterlag knapp mit 49,7 Prozent. Noerenberg führt die Stadtverwaltung von Neu-Ulm seit zehn Jahren. Bislang hatte er die Wahlen immer direkt gewonnen, nun musste er erstmals in eine Stichwahl.

In Schwandorf war es eine knappe Entscheidung: Andreas Feller (CSU) setzte sich hier mit 51,8 Prozent gegen die SPD-Kandidatin Ulrike Roidl durch. Sie erreichte 48,2 Prozent. Der bisherige OB Helmut Hey (SPD) trat nicht mehr an.

Im Landkreis Regensburg wurde Tanja Schweiger (FW) zur neuen Landrätin bestimmt. Sie

siegte mit 60,9 Prozent, Peter Aumer (CSU) kam auf 39,1 Prozent. Schweiger ist damit die erste Frau in der Geschichte dieses Landkreises.

Zwei grüne Landräte

In den Landkreisen Miesbach/Oberbayern und Miltenberg/Unterfranken sicherten sich erstmals Politiker der Grünen den Landratsposten. Wolfgang Rzehak schaffte die Sensation bei der Landratswahl in Miesbach: Er gewann die Stichwahl mit 53,46 Prozent gegen Norbert Kerkel von den Freien Wählern (46,54 Prozent). Jens Marco Scherf (SPD, Grüne, ödp) ging im Kreis Miltenberg als Sieger hervor. Er vereinte 50,05 Prozent der Wählerstimmen auf sich. Mitbewerber Michael Berninger (CSU) kam auf 49,95 Prozent der Stimmen und unterlag knapp.

Nach sechs Jahren muss die SPD das Landratsamt im Kreis Weilheim-Schongau an die CSU zurückgeben. Amtsinhaber Friedrich Zeller unterlag seiner Herausforderin Andrea Jochner-Weiß von der CSU klar mit 31,98 Prozent der Stimmen. Die Gewinnerin erreichte 68,02 Prozent.

Im Landkreis Schwandorf errang Thomas Ebeling von der CSU 51 Prozent, er war von 2002 bis 2008 Gemeinderat in Obertraubling bei Regensburg. Für Marianne Schieder von der SPD reichte es letztendlich nicht - sie kam auf 49 Prozent der Stimmen. Damit verliert die SPD den Landkreis Schwandorf nach 42 Jahren.

In der Stichwahl um den Sessel des Landrats in Hof hat sich Oliver Bär (CSU), Ehemann der CSU-Staatssekretärin Dorothee Bär, mit 52,0 Prozent der Stimmen knapp vor Alexander Eberl von der SPD durchgesetzt. Dieser war bisher stellvertretender Landrat und erhielt 48,0 Prozent. SPD-Landrat Bernd Hering (SPD) war nach drei Amtsperioden aus Altersgründen nicht mehr angetreten.

Der stark vom Münchner Flughafen geprägte Landkreis Freising wird künftig von einem CSU-Landrat regiert. Bei der Stichwahl setzte sich der bisherige Schulamtsdirektor Josef Hauner mit 53,45 Prozent der Stimmen durch. Das Nachsehen hatte FW-Kandidat Rainer Schneider mit 46,55 Prozent. Der seit 2008 amtierende Landrat Schwaiger (FW) hatte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidiert.

CSU erobert Landkreis München

Neuer Landrat im Landkreis München ist Christoph Göbel. Der CSU-Kandidat gewann mit 55,3 Prozent klar gegen Annette Ganssmüller-Maluhe. Die SPD-Politikerin erreichte 44,7 Prozent. Göbel, bisheriger Vizelandrat und Bürgermeister von Gräfelfing, war als Favorit ins Rennen gegangen. Vor sechs Jahren hatte Johanna Rumschöttel (SPD) die Landratswahl gewonnen. Sie gibt das Amt aus Altersgründen auf.

Auch der Landkreis Aichach-Friedberg wird wieder von einem CSU-Landrat regiert. Klaus Metzger siegte denkbar knapp mit 50,31 Prozent gegen Sepp Bichler von den Unabhängigen Wählern, der 49,69 Prozent erzielte. Im Ostallgäu gewann Marie Rita Zinnecker von der CSU mit 53,85 Prozent gegen den bisherigen Landrat Johann Fleischhut von den Freien Wählern, der mit 46,15 Prozent das Nachsehen hatte.

In Garmisch-Partenkirchen dagegen musste die CSU den Landratsposten an den FW-Politiker und bisherigen Vize-Landrat Anton Speer (60,1 Prozent) abgeben. CSU-Kandidat Michael Rapp unterlag mit 39,9 Prozent. **DK**

Umwelttechnologiemesse IFAT in München:

Effiziente Abfallsammlung und wertvolle Sekundärprodukte

Die bei der Umwelttechnologiemesse IFAT vom 5. bis 9. Mai 2014 auf dem Münchner Messegelände gezeigten Innovationen ziehen sich durch alle Bereiche und Teilschritte der Abfallwirtschaft. Hier einige Beispiele, die Aussteller auf der Premiere des IFAT Medien Dialogs am 7. und 8. Januar präsentiert haben.

Am Beginn vieler Sekundärrohstoffströme steht die Sammlung des Input-Materials. Auch ein technologisch scheinbar einfaches und langjährig etabliertes Produkt wie der Abfallbehälter birgt immer noch Optimierungspotenzial. Deutlich wird dies an dem, der Fachöffentlichkeit auf der IFAT 2014 erstmals vorgestellten, neuen Abfall- und Wertstoffbehälter aus dem Haus SSI Schäfer. Hergestellt mit neuer Werkzeug- und Fertigungstechnologie, zeichnet er sich laut Firmenangabe durch verringerte Wanddicke bei dennoch hoher Stabilität und Langlebigkeit aus. Durch den geringeren Kunststoffverbrauch werden nicht nur Ressourcen gespart – die leichte Bauweise schont auch die Kräfte der Müllwerker und reduziert den Energieverbrauch am Lifter des Sammelfahrzeugs.

Für Müllsammel- und anderen Kommunalfahrzeugen ist die seit dem Jahreswechsel 2013/14 geltende Abgasnorm Euro VI ein hochaktuelles Thema. Viele Unternehmen mussten bei ihren Euro VI-Fahrzeugen Lösungen für den erhöhten Platzbedarf durch die im Vergleich zu Euro V größeren Komponenten im Abgasstrang finden. Nutzfahrzeughersteller wie MAN oder Daimler haben diese Herausforderung in enger Zusammenarbeit mit den Aufbauherstellern gemeistert. Und Scania kün-

dig an, bei der kommenden IFAT das umfassendste Motorenprogramm seiner Geschichte zu präsentieren – inklusive Biodiesel- und Gasmotoren.

Der Aufbauhersteller Faun zeigt zwei neue Optionen, mit denen Entsorgungsunternehmen bei ihren Abfallsammelfahrzeugen Kraftstoff, CO₂-Emissionen und Lärm einsparen können. Bei dem von der Faun-Gruppe selbst entwickelten System Hydropower wird Bremsenergie zurück gewonnen, in einem Hydrospeicher verwahrt und für den Betrieb der Schüttung während der Sammel-tour genutzt, ohne dabei die Motordrehzahl anheben zu müssen. Die zweite umweltfreundliche Neuerung des Unternehmens ist der Nebenantrieb E-Power. Hier liefert ein Batteriepaket, das über Nacht aufgeladen werden kann, die Energie für den elektrischen Antrieb von Aufbau und Schüttung.

Pünktlich zur IFAT 2014 findet das Rollout der neuen Generation von Absetzkippern des Herstellers F.X. Meiller statt. Die Produktreihe AK 12 zeichnet sich unter anderem durch eine nochmals verbesserte Ladungssicherung aus. Der Behälter wird zum einen von der bewährten hydraulischen Containerverriegelung in und entgegen der Fahrrichtung gesichert. Bei der Neuentwicklung nehmen ihn zum

anderen zusätzlich seitlich zwei hydraulisch angetriebene Klemmbacken in die Zange. Die Zeiten, in denen der Bediener noch umständlich selbst Hand anlegen musste, sind laut Firmenangabe damit vorbei – jetzt wird per Knopfdruck gesichert.

Mietangebote für Nutzfahrzeuge

Nach Auffassung der Firma Schmidt Kommunalfahrzeuge muss eine Stadt oder Gemeinde ihre Müllwagen nicht unbedingt besitzen: Das Traditionsunternehmen präsentiert auf der IFAT neben einem neuen Kleinmüllwagen mit rund 5,5 t Nutzlast auch seine Mietangebote für Nutzfahrzeuge. Laut Schmidt Kommunalfahrzeuge erhalten die Kunden bei diesem Geschäftsmodell ein Arbeitsgerät mit neuer Technologie, haben während der Mietperiode keine Werkstattprobleme und müssen sich nach erledigtem Arbeitsauftrag auch nicht mit dem Weiterverkauf beschäftigen, sondern geben das Mietfahrzeug einfach wieder zurück.

Nach dem Sammeln und Transportieren steht für viele Abfall- und Reststoffströme eine intensive Aufbereitung auf dem Programm. Der Recycling-Spezialist BHS-Sonthofen war bislang als Anbieter von Zerkleinerungsmaschinen mit Prall- und Scheretechnik bekannt. Durch die Übernahmen von Technologien der insolventen AMNI Maschinenbau GmbH im Dezember vergangenen Jahres hat

das Unternehmen jetzt auch Aggregate im Portfolio, die beim Zerkleinern von elastischen Materialien wie Reifen oder Kabeln gebraucht werden. Auf der IFAT 2014 wird BHS erstmals die erworbenen und weiterentwickelten Rotorscheren und Granulatoren vorstellen.

Bei zahlreichen Müllbehandlungs- und Recyclinganlagen werden große Mengen brennbarer Materialien gelagert und verarbeitet. Hier ist vorbeugender Brandschutz gefragt. Um speziell große Areale effizient und sicher überwachen zu können, bietet die Firma Orglmeister das System Pyrosmart an. Es besteht aus einer Infrarot-Wärmebild- und einer Tagelichtkamera, die über eine mechanische Schwenkvorrichtung große Bereiche scannen können. Die hochempfindliche Wärmebildkamera erkennt Temperatur-Auf-fälligkeiten in Echtzeit. Eine patentierte Software setzt die Wärmebilder zu einem detailgetreuen Infrarot-Panoramabild zusammen.

Der Anwender kann Temperaturschwellen frei festlegen. Bei Überschreitung dieser Werte wird automatisch ein Alarm ausgelöst. Auf der IFAT wird Orglmeister eine Gerätekombination vorstellen, bei der direkt an das Pyrosmart ein Löschwerfer des Herstellers Rosenbauer gekoppelt ist. Damit können Brände nicht nur vollautomatisch erkannt, sondern auch selbstständig gelöscht werden.

Feuer und Hitze sind in der Abfallwirtschaft allerdings nicht nur zerstörerische Gefahren, bei vielen Anwendungen entfalten sie vielmehr hilfreiche Kräfte. So verwandelt das im Mai in München präsentierte Karbonisierungsverfahren der Pyreg GmbH feuchte Biomasse, wie zum Beispiel Klärschlamm, in ein phosphorhaltiges Düngemittel. Der Abfallstoff wird

dazu in einem Reaktor bei bis zu 800 °C nicht verbrannt, sondern verkohlt. Schadstoffe werden fast vollständig ausgeleitet und vernichtet. Was bleibt, ist ein Substrat, das die Landwirte ohne weiteres Zutun auf Äcker und Felder

ausbringen können. Die Schonung der endlichen natürlichen Ressource Phosphor zählt zu den großen Herausforderungen, um die weltweite Nahrungsmittelproduktion auch in Zukunft zu sichern. □

Vorrang für hochwertige Ersatzbrennstoffe umsetzen!

„Die Mitverbrennung ergänzt die stoffliche Verwertung und ist somit unverzichtbarer Bestandteil einer ressourcenoptimierten Rohstoffwirtschaft“, so Matthias Einsele, Vorsitzender des byse-Fachverbands Ersatzbrennstoffe, Altholz und Biogene Abfälle bei der Tagung seiner Branche in Mainz.

Für den Einsatz hochwertiger Ersatzbrennstoffe in Produktionsprozessen und Kraftwerken sprechen die hohe Umweltverträglichkeit, die hervorragende Energieeffizienz sowie die abfallwirtschaftliche Notwendigkeit.

Dies werde von der Politik jedoch viel zu wenig anerkannt, so Einsele vor rund 80 Branchenexperten: Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz habe bisher nicht zu einer Privilegierung hochwertiger Verwertungsformen geführt. Überkapazitäten bei den Müllverbrennungsanlagen sorgten weiter dafür, dass Ressourcen oftmals den vermeintlich günstigsten Entsorgungsweg gehen und einfach unvorbehandelt verbrannt werden. Dabei könnten sie recycelt oder zu hochwertigen Sekundärbrennstoffen aufbereitet werden, die in Produktionsprozessen direkt primäre Energieträger ersetzen. „Das dies oftmals unterbleibt, ist ineffizient und lässt Ressourcenschonung oder Nachhaltigkeit außer Acht. Dabei sind doch genau das die Ziele, die sich die Politik auf die Fahnen geschrieben hat“, kritisierte Einsele. Der Verbandsvorsitzende hält es deshalb für unausweichlich, energetisch wenig effektive

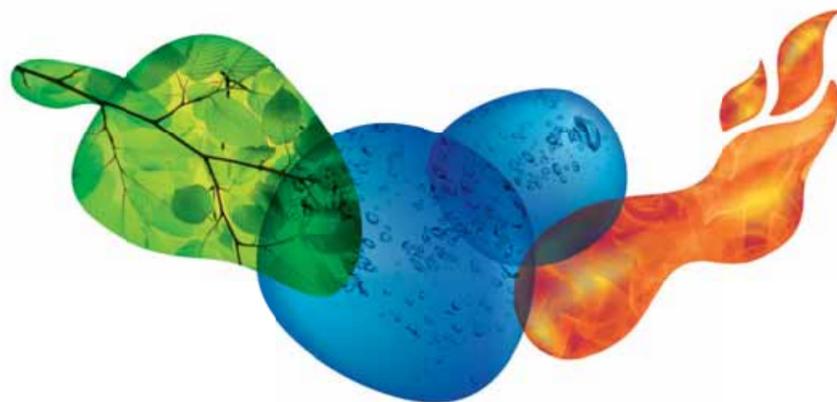
Verbrennungskapazitäten abzubauen.

„Die Aufbereitung von Abfällen muss wirtschaftlich attraktiv bleiben“, forderte Einsele. Nicht nur die geringen Verbrennungspreise und niedrigeren Aufbereitungskosten in Drittstaaten machten den Betrieben zu schaffen. Durch die energieintensiven Prozesse machten EEG-Umlage und Stromsteuer teils bereits über fünfzig Prozent der Gesamtstromkosten aus. Mehr denn je bestehe deshalb die Gefahr, dass die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßen.

Einsele forderte deshalb, die Hersteller hochwertigen Ersatzbrennstoffes ebenso von der EEG-Umlage zu befreien, wie die Produzenten fossiler Primärenergieträger: „Wir stellen ein Substitut her, das den Eigenschaften dieser Primärenergieträger entspricht und zum gleichen Zweck eingesetzt wird.“ Deshalb müssten doch gerade die Unternehmen von der Ausgleichsregelung ausgenommen sein, die dem Anliegen des EEG und des Ressourcenschutzes dienen. „Das würde der Entwicklung der Abfallwirtschaft hin zu einer Rohstoffwirtschaft endlich gerecht werden.“ □



Willkommen in der Zukunft der Umwelttechnologien



5. – 9. Mai 2014

Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- & Rohstoffwirtschaft

Seien Sie mit dabei, wenn sich auf der IFAT 2014 die gesamte Branche der Umwelttechnologien in München versammelt. Erleben Sie innovative Produkte und zukunftsweisende Strategien. Profitieren Sie von unserem exklusiven Rahmenprogramm und der Gelegenheit für internationales Networking.

Jetzt online registrieren!
Bis zu 30% sparen und schneller Messezutritt vor Ort!
www.ifat.de/tickets

Besuchen Sie auch die Auslandsmessen der IFAT

IEexp 20. – 22. Mai 2014
中国环博会
presented by IFAT CHINA | EPTEE | CWS
www.ie-expo.com

IFAT 9. – 11. Oktober 2014
India
www.ifat-india.com

MESSE MÜNCHEN | www.ifat.de | info@ifat.de
Tel. (+49) 89 949 - 11358 | Fax (+49) 89 949 - 11359



Kommunale Abfallwirtschaft:

VKU sieht Modell durch Eurostat bestätigt

bvse: Deutschland kann mehr Recycling - Eurostat-Zahlen belegen Stagnation

In der EU28 wurden 492 kg kommunaler Abfall pro Person im Jahr 2012 erzeugt, während 480 kg kommunaler Abfall pro Person behandelt wurden. Diese kommunalen Abfälle wurden auf verschiedene Weise behandelt: 34 % wurden deponiert, 24 % verbrannt, 27 % recycelt und 15 % kompostiert. Für die EU4 wurde ein deutlicher Anstieg des Anteils der recycelten oder kompostierten kommunalen Abfälle verzeichnet, von 18 % im Jahr 1995 auf 42 % in 2012. Deutschland liegt dabei deutlich über dem EU-Durchschnitt: Hier machen Recycling und Kompostierung insgesamt 65 Prozent der Abfallbehandlung aus. Dies zeigen die neuesten Zahlen von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, loben sich die kommunalen Unternehmen.

Eurostat belege es schwarz auf weiß. In Deutschland werden nur 47 Prozent der Haushaltsabfälle recycelt, bemängeln die mittelständischen Entsorger im bvse. Was sich im europäischen Vergleich gut mache, sei tatsächlich aber ein Beleg dafür, dass es seit Jahren keinen wirklichen Fortschritt beim Ausbau des Recyclings in Deutschland gibt.

Variierende Aufkommen

Das Aufkommen kommunaler Abfälle variiert deutlich zwischen den Mitgliedstaaten. Dänemark, mit 668 kg pro Person, hatte das höchste Abfallaufkommen im Jahr 2012, gefolgt von Zypern, Luxemburg und Deutschland mit geringeren Werten, jedoch mit mehr als 600 kg pro Person sowie Malta, Ir-

land, Österreich, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Finnland und Griechenland mit Werten zwischen 500 und 600 kg. Im Vereinigten Königreich, in Litauen, Spanien, Schweden, Bulgarien, Belgien, Portugal und Ungarn wurden zwischen 400 und 500 kg Abfall pro Person erzeugt, während diese Werte in Kroatien, Rumänien, Slowenien, der Slowakei, Polen, der Tschechischen Republik, Lettland und Estland unter 400 kg pro Person lagen.

Die Politik ist gefordert

bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock: „Mit dieser Bilanz können wir uns sicher nicht zufrieden geben. Die Recyclingwirtschaft in Deutschland kann erheblich mehr. Die Politik ist gefordert, den von

ihr verantwortenden Stillstand durch wirksame Impulse abzulösen.“

Stellschrauben neu justieren

Nach Auffassung des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. gibt es eine Reihe von Stellschrauben, die „neu justiert“ werden müssen. Das Elektro-Gesetz müsse jetzt zügig umgesetzt werden, nachdem der erste Entwurf mit erheblicher Verzögerung von der Bundesregierung vorgelegt wurde. Mit anspruchsvolleren Erfassungsquoten, zusätzlichen Sammelstellen und wirksamen Maßnahmen um den illegalen Export von E-Schrott zu verhindern, könnten in Zukunft deutlich mehr ausrangierte Elektrogeräte in Deutschland recycelt werden.

Auch das Kreislaufwirtschaftsgesetz bietet nach Ansicht des bvse noch Verbesserungspotenzial. So sollten nach Auffassung des Verbandes die Möglichkeiten der haushaltsnahen Sammlung durch private Unternehmen deutlich erweitert werden. Rehbock: „Es gibt zu viele Kommunen, die auf ihrem Monopol beharren. Das schadet dem Recycling und der Sekundärrohstoffgewinnung.“

Wo bleibt das neue Wertstoffgesetz?

Erhebliche Wachstumschancen ergeben sich zudem, wenn die Politik endlich ein Wertstoffgesetz auf den Weg bringt. „Seit mehr als vier Jahren geistert dieses Gesetz als Bummelzug umher. Die neue Bundesregierung ist jetzt gefordert, aus dem Bummelzug einen Schnellzug zu machen. Die Ankündigung von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks in der zweiten Jahreshälfte dieses Thema in Angriff zu nehmen begrüßen wir deshalb“, betont Rehbock. Das neue Wertstoffgesetz soll ermöglichen, dass nicht nur Verpackungen, sondern auch nicht mehr gebrauchsfähige Produkte in einer Wertstofftonne gesammelt und recycelt werden. Gleichzeitig setzt sich der Verband dafür ein, die Recyclingquoten zu erhöhen.

Plädoyer für mehr Recyclingprodukte

Einen weiteren Schub für mehr Recycling könnte auch dadurch erreicht werden, dass mehr Recyclingprodukte verwendet werden. Die Palette reiche dabei von Recyclingpapier über Kunststoffprodukte für Haushalt und Wirtschaft und Recyclingbaustoffe für Hoch-, Tief- und Straßenbau. Die öffentliche Hand sollte hier nach Auffassung des bvse ihrer Vorreiterrolle „endlich gerecht“ werden.

Vorreiterrolle

„Deutschlands Vorreiterrolle beim Thema Recycling wird damit deutlich. Das ist vor allem das Verdienst der kommunalen Abfallwirtschaft“, so Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU).

Mit 47 Prozent hat Deutschland die höchste Recyclingquote im EU-weiten Vergleich. Ein Garant für diesen Spitzenplatz sei die kommunale Abfallwirtschaft, die seit Jahrzehnten in Deutschland eine zuverlässige, stabile und flächendeckende Abfallerfassung unabhängig von marktgetriebenen Preisschwankungen gewährleistet, behauptet Reck. Auch in der Deponierung sei Deutschland vorbildlich und habe damit das seit

2005 in der EU geltende Deponierungsverbot erfolgreich umgesetzt. Jedoch ist in vielen anderen EU-Ländern der Deponierungsanteil noch sehr hoch, weshalb der VKU der EU empfiehlt, bei der Umsetzung des Deponierungsverbots nachzusteuern.

Potenziale ausschöpfen

Allerdings hat Deutschland mit 611 Kilogramm pro Person nach Dänemark, Zypern und Luxemburg das höchste kommunale Abfallaufkommen. „Zur Abfallvermeidung, die von der EU-Kommission im Abfallrecht bereits zur obersten Pflicht erklärt wurde, sind europäische und nationale Gesetze mit größerer Lenkungs-wirkung wichtig“, so Reck. Aus VKU-Sicht sind vor allem die Potenziale für Maßnahmen in der Entwicklung und Konzeption eines Produktes noch nicht hinreichend ausgeschöpft, um Abfälle zu vermeiden. Hersteller müssen verpflichtet werden, für ihre Produkte im Sinne eines umwelt- und recyclingfreundlichen Ökodesigns und einer ressourcen- und abfall-sparenden Produktionsweise Verantwortung zu übernehmen. Um ihre Wirkung zu entfalten, muss Produktverantwortung so ausgestaltet sein, dass sie konkrete Anreize für die Abfallvermeidung und das Recycling setze.

Die derzeitige Überprüfung der Abfallziele durch die EU-Kommission ist aus Sicht des VKU ein Schritt in die richtige Richtung, um die europäische Abfallpolitik hin zu einer gemeinsamen europäischen Recyclinggesellschaft weiterzuentwickeln. „Ambitionierte, aber für alle EU-Mitgliedstaaten realisierbare Ziele sind erforderlich“, so Reck. „Das Ende der Deponierung kann nur im Einklang mit der Zunahme des Recyclings und der energieeffizienten thermischen Verwertung erreicht werden, was die bewährten abfallwirtschaftlichen Strukturen in Deutschland und auch anderen Mitgliedstaaten der EU beweisen.“

Qualität und Quantität

Das stoffliche Recycling von Kunststoffabfällen muss aus Sicht des VKU immer dann Vorrang haben, wenn diese tatsächlich zu wirtschaftlichen Konditionen hochwertig recycelbar sind und für die Sekundärkunststoffe eine Nachfrage seitens der produzierenden Industrie besteht, umschreibt der Hauptgeschäftsführer die Affinität zur Müllverbrennung. Reck: „Quantitative Ziele müssen dabei mit qualitativen Zielen Hand in Hand gehen. Ansonsten kann es im Verhältnis zu anderen Verwertungsverfahren – vor allem ökologisch oder ökonomisch – zu einer nachteiligen Entscheidung kommen.“

CSU-Fraktion und VBS:

Ressourcenschutz und Sekundärrohstoffe

„Preiswert, kompetent und umweltfreundlich - die mittelständisch geprägte bayerische Abfallwirtschaft arbeitet erfolgreich und gut.“ Dies betonte der Umweltpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Dr. Otto Hünnerkopf MdL, bei einem Gespräch mit dem Vorstand des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS).

Hünnerkopf: „Besonders erfreulich ist, dass Bayern mit seiner Verwertungsquote von 73,5 Prozent Spitze im Ländervergleich ist. Damit leistet die bayerische Abfallwirtschaft einen großen Beitrag zum Klimaschutz und zur Rohstoffversorgung der heimischen Industrie.“

Übrige Potenziale

VBS-Präsident Otto Heinz erläuterte, dass durchaus noch Potenziale zur weiteren Steigerung der Verwertung in Bayern vorhanden seien. So gibt es nach ak-

Rohstoffwende in der bayerischen Bauwirtschaft

Die Rohstoffwende in der bayerischen Bauwirtschaft und die Förderung des Recyclings insbesondere im Bereich der Bau- und Abbruchabfälle stellte der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber in den Mittelpunkt bei den Recyclingtagen von Baustoff Recycling Bayern e.V. (BR Bayern) und bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.

Auch in der bayerischen Bauwirtschaft muss es gelingen, Ressourcenverbrauch und Wachstum zu entkoppeln und die vorhandenen Ressourcen so effizient wie möglich einzusetzen. Von besonderer Bedeutung ist deshalb das RECYCLING, wie Herr Staatsminister Dr. Marcel Huber betonte. Ziel muss es sein, die anfallenden Bau- und Abbruchabfälle weitestgehend aufzubereiten und möglichst hochwertig als Baustoffe wiederzuverwerten. Sekundärrohstoffe statt Primärrohstoffe lautet die Devise für die Rohstoffwende in der bayerischen Bauwirtschaft.

Recycling-Leitfaden

Grundlage für das Baustoffrecycling in Bayern ist der Recycling-Leitfaden („Anforderungen an die Verwertung von Recycling-Baustoffen in technischen Bauwerken“, 2005). Der Umweltminister unterstrich, dass dieser Leitfaden ein sehr hohes Schutzniveau für alle Beteiligten gewährleiste, weswegen der Leitfaden auch um weitere zwei Jahre, längstens bis zum Inkrafttreten einer bundeseinheitlichen Regelung, verlängert wird. Eine bundesweit einheitliche Regelung, die die Ziele der Abfallwirtschaft als auch des Grundwasser- und Bodenschutzes gleichberechtigt

und angemessen berücksichtigt, dabei den Einsatz von Recyclingbaustoffen praxisgerecht regelt und das Recycling insgesamt fördert, wird auch weiterhin von der Bayerischen Staatsregierung unterstützt.

Gezielte Förderung

Das Baustoffrecycling soll in Bayern gezielt gefördert und der Einsatz von Recyclingbaustoffen verstärkt werden. Die Politik und insbesondere die Öffentliche Hand als größter Auftraggeber der Bauwirtschaft sollen ihrer Verantwortung sowie der im bayerischen Abfallwirtschaftsgesetz geregelten Vorbildfunktion durch eine entsprechende Nachfrage und Gestaltung der öffentlichen Ausschreibungen gerecht werden. Aber auch die Industrie muss im Gegenzug bereit sein, dies mit einem entsprechenden Angebot zu begleiten und ausschließlich qualitätsgesicherte und zertifizierte Recyclingbaustoffe offerieren.

Der Minister kündigte außerdem an, durch ein IPP-Projekt im Rahmen des Umweltpaktes Bayern die Akzeptanz von Recyclingbaustoffen zu stärken. Das Umweltministerium wird dazu in den nächsten zwei Jahren insgesamt 160.000 Euro bereitstellen. □

Zu wertvoll für den Müll

Die Würzburger Umweltstation sammelt wieder Handys

Kaum noch einer, der kein Handy mit sich trägt. Kaum noch jemand, der kein Mobiltelefon nutzt. Gerne die neuesten Versionen! In Deutschland werden jährlich mehr als 35 Millionen neue Handys gekauft, während mehr als 105 Millionen (Umfrage BITCOM, 1/2014) alte Handys in den Schubladen deutscher Haushalte verstauben oder nicht umweltgerecht entsorgt werden.

Deshalb ruft die Umweltstation der Stadt Würzburg erneut zu einer Sammelaktion auf. Althandys können in der Umweltstation der Stadt Würzburg, im Bürgerbüro des Rathauses oder an den Wertstoffhöfen abgegeben werden. Dies garantiert eine umweltgerechte Wiederverwertung und unterstützt regionale Umweltbildungsprojekte.

Die 105 Millionen Altgeräte in Deutschland enthalten zusammen etwa 25 Tonnen Silber, 2,5 Tonnen Gold und fast eine

Tonne Palladium* wertvolle Metalle, die durch ein optimiertes Recycling zurückgewonnen werden können. Durch das Recycling kann der Bedarf an neu zu gewinnenden Rohstoffen deutlich verringert werden. Deren Abbau zerstört häufig den Regenwald und bedroht zahlreiche Tierarten, unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen werden dabei häufig Kinder ausgebeutet.

*Neben den wertvollen Rohstoffen enthalten Mobiltelefone auch gefährliche Schadstoffe. Deshalb gehören sie keinesfalls in die Abfalltonne sondern bitte an den Sammelstellen abgeben“, so die Abfallberater der Umweltstation. □

systeme zur Bioabfallerfassung einsetzen

Der VBS fordert ferner einen fairen Wettbewerb zwischen privater und kommunaler Entsorgungswirtschaft. So spricht sich die private Bayerische Entsorgungswirtschaft dafür aus, Unternehmen unabhängig von der Rechtsform umsatzsteuerrechtlich gleich zu behandeln.

Gegen Diskriminierung

Otto Heinz: „Ein transparenter Leistungs- und Kostenvergleich ist nur bei steuerlicher Gleichbehandlung möglich. Die umsatzsteuerliche Diskriminierung der Privatwirtschaft, die in den meisten europäischen Ländern unbekannt ist, endlich auch in Deutschland abzuschaffen, war bereits erklärtes Ziel im Koalitionsvertrag der letzten Bundesregierung.“ □

Vorrang für hochwertige Ersatzbrennstoffe umsetzen!

„Die Mitverbrennung ergänzt die stoffliche Verwertung und ist somit unverzichtbarer Bestandteil einer ressourcenoptimierten Rohstoffwirtschaft“, so Matthias Einsele, Vorsitzender des bvse-Fachverbands Ersatzbrennstoffe, Altholz und Biogene Abfälle bei der Tagung seiner Branche in Mainz. Für den Einsatz hochwertiger Ersatzbrennstoffe in Produktionsprozessen und Kraftwerken sprechen die hohe Umweltverträglichkeit, die hervorragende Energieeffizienz sowie die abfallwirtschaftliche Notwendigkeit.

Dies werde von der Politik jedoch viel zu wenig anerkannt, so Einsele vor rund 80 Branchenexperten: Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz habe bisher nicht zu einer Privilegierung hochwertiger Verwertungsformen geführt.

Überkapazitäten bei den Müllverbrennungsanlagen sorgten weiter dafür, dass Ressourcen oftmals den vermeintlich günstigsten Entsorgungsweg gehen und einfach unvorbehandelt verbrannt werden. Dabei könnten sie recycelt oder zu hochwertigen Sekundärbrennstoffen aufbereitet werden, die in Produktionsprozessen direkt primäre Energieträger ersetzen. „Dass dies oftmals unterbleibt, ist ineffizient und lässt Ressourcenschonung oder Nachhaltigkeit außer Acht. Dabei sind doch genau das die Ziele, die sich die Politik auf die Fahnen geschrieben hat“, kritisierte Einsele. Der Fachverbandsvorsitzende hält es deshalb für unausweichlich, energetisch wenig effektive Verbrennungskapazitäten abzubauen.

Ministerieller Zuspruch

Von Seiten des Bundesumweltministeriums erhielten die Branchenvertreter Zuspruch: Die möglichst effiziente Nutzung von Energieträgern aus Abfall, dessen Recycling nicht möglich ist, werde in Deutschland immer wichtiger und könne zur Erreichung umweltpolitischer Ziele beitragen, so MinR Dr. Andreas Jaron. Dies umzusetzen sei im Spannungsfeld divergierender Interessen in der Kreislaufwirtschaft jedoch eine große Herausforderung. Jaron verwies im Hinblick auf die Hochwertigkeit im Sinne der

Abfallhierarchie auf die anstehende Novelle der Gewerbeabfallverordnung. In diesem Zusammenhang werde auch eine Verwertungs- oder Sortierquote diskutiert.

Sekundärrohstoffwirtschaft braucht wirtschaftliche Grundlage

„Die Aufbereitung von Abfällen muss wirtschaftlich attraktiv bleiben“, forderte Einsele. Nicht nur die geringen Verbrennungspreise und niedrigeren Aufbereitungskosten in Drittstaaten machten den Betrieben zu schaffen. Durch die energieintensiven Prozesse machten EEG-Umlage und Stromsteuer bereits über fünfzig Prozent der Gesamtstromkosten aus. Mehr denn je bestehe deshalb die Gefahr, dass die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßen.

Unternehmen von Ausgleichsregelung befreien

Einsele forderte deshalb, die Hersteller hochwertigen Ersatzbrennstoffes ebenso von der EEG-Umlage zu befreien, wie die Produzenten fossiler Primärenergieträger: „Wir stellen ein Substitut her, das den Eigenschaften dieser Primärenergieträger entspricht und zum gleichen Zweck eingesetzt wird.“ Deshalb müssten doch gerade die Unternehmen von der Ausgleichsregelung ausgenommen sein, die dem Anliegen des EEG und des Ressourcenschutzes dienen. „Das würde der Entwicklung der Abfallwirtschaft hin zu einer Rohstoffwirtschaft endlich gerecht werden.“ □

15. Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

Wertschöpfungsketten und Qualitätsstandards

Für eine erfolgreiche Rohstoffwende in Bayern müssen wertvolle Rohstoffe in Abfällen besser verwertet und bislang ungenutzte Potentiale gehoben werden. Darauf verwies Umweltminister Dr. Marcel Huber bei der Eröffnung der diesjährigen Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg. Das Netzwerk für wachsende Umweltkompetenz (Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt e.V. gemeinsam mit den Partnern AU Consult GmbH, bifa Umweltinstitut GmbH und Bayerisches Landesamt für Umwelt) hatte bereits zum 15. Mal in Folge ins Bayerische Landesamt für Umwelt eingeladen. Begleitet wurde der zweitägige Kongress von einer Fachausstellung, auf der sich den Besuchern branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister präsentierten.

Wie Huber konstatierte, ist der bestmögliche Einsatz begrenzter Ressourcen eines der wichtigsten umweltpolitischen Handlungsfelder der Zukunft. „Wir wollen die Rohstoffproduktivität in Bayern bis zum Jahr 2020 verdoppeln. Mehr Effizienz beim Einsatz von Ressourcen und Material sowie eine intensive Wertstoffrückgewinnung schafft wirtschaftliche Unabhängigkeit und schon die Umwelt. Ziel ist ein hochwertiges Recyclingsystem im eigenen Land.“

Recycling von Elektronikgeräten

Eine aktuelle Untersuchung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt zur Trennung des häuslichen Abfalls in mittelgroßen bayerischen Städten zeigte: Die untersuchte Restabfallmenge von rund 105 Kilogramm pro Einwohner und Jahr könnte um 31 Kilogramm gesenkt werden, wenn Wertstoffe wie Verpackungen, Papier, Glas und Metall konsequenter getrennt würden. Insbesondere Fortschritte beim Recycling von Elektronikgeräten sind für eine starke Kreislaufwirtschaft von großer Bedeutung. Denn Elektrogeräte enthalten bis zu 30 unterschiedliche, oft seltene Metalle wie Gold, Silber oder Kupfer. Erforderlich sind beispielsweise eigene Sammelsysteme für Handys und Laptops: In Deutschlands Schubladen lagern allein 85 Millionen Handys.

Um die Sammelintensität in diesem Bereich zu verbessern und die Recyclingquoten spürbar zu erhöhen, werde der Freistaat in diesem Jahr eine entsprechende Initiative starten. Huber: „Gemeinsam mit den kommunalen Partnern wollen wir Trennung und Sammlung von Abfällen verbessern. Davon profitieren auch die Bürger. Eine optimale Wertstoffrückgewinnung kann helfen, vor Ort Gebühren zu senken.“ Besondere Bedeutung habe dabei der Datenschutz: „Die Sammlung muss Datensicherheit gewährleisten. Wenn Datenträger in die Abfallsammlung gegeben werden, sind verlässliche Datenlöschverfahren erforderlich. Dafür ist der Bund

verantwortlich“, machte Huber deutlich.

Am ersten Veranstaltungstag lagen die Schwerpunkte auf der Vermeidung und der stofflichen Verwertung von Abfällen. Beide Begriffe stehen in der modernen Abfallhierarchie inzwischen ganz oben. Die novelierte EU-Abfallrahmenrichtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten, konkrete Abfallvermeidungsprogramme aufzustellen. Abfälle, die vermieden werden, sind in der Regel schwer quantifizierbar bzw. konkreten Maßnahmen zuzuordnen. Die Erfolge sind deshalb schwierig messbar und so erfährt die Abfallvermeidung in der abfallwirtschaftlichen Diskussion eine stiefmütterliche Behandlung.

In den Vorträgen des ersten Nachmittagsblocks wurde ein aktueller Überblick über mögliche Potenziale gegeben. Vorgelegt wurden Maßnahmenvorschläge und konkrete Erfolgsbeispiele. Der zweite Nachmittagsblock stellte sodann die konkreten Wertschöpfungsketten einiger wichtiger Stoffströme dar.

Deponien im Fokus

Am zweiten Veranstaltungstag wurden neben den aktuellen Entwicklungen in Deponierecht und der Darstellung der Deponiesituation in Bayern die bundeseinheitlichen Qualitätsstandards für Deponieabdichtungen diskutiert. Im Fokus standen die Entgasung von Deponien, die Behandlung von Deponiegas und die Belüftung von Deponien zur Beschleunigung des Abbaus und als Klimaschutzmaßnahme. Ein Praxisbeispiel zu innovativen Sanierungsmaßnahmen und zum Bau einer Oberflächenabdichtung mit Ertüchtigung der Entgasung und Sickerwasserrückführung rundete das Kongressprogramm ab.

Mit Blick auf aktuelle Entwicklungen im Abfallrecht in der EU und in der Bundesrepublik Deutschland erklärte Dr. Frank Petersen vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, das deutsche Abfallrecht habe mit dem 2012 in Kraft ge-

tretenen Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) eine neue Grundlage erhalten, die mit den EU-rechtlichen Vorgaben überaus eng verflochten ist. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz diene jedoch nicht nur der Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie (AbfRRL), sondern ebenso der Fortentwicklung einer fortschrittlichen, an der Ressourceneffizienz orientierten Abfallpolitik.

Eine Sonderrolle nehme die Neuregelung der kommunalen Überlassungspflichten und der – im Gesetzgebungsverfahren überaus kontrovers diskutierten – Regelungen zur gewerblichen Sammlung ein. Mit der neuen Regelung des § 17 Abs. 3 KrWG würden die Interessen der kommunalen und privaten Entsorgungswirtschaft in angemessener Weise berücksichtigt, so Petersen. Gewerbliche Sammlungen sollen zukünftig auf der Grundlage eines fairen Wettbewerbs um die optimale Erfassung und Verwertung werthaltiger Haushaltsabfälle stattfinden. Dabei dürfen sie die Funktionsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nicht gefährden und auch deren Planungsicherheit und Organisationsverantwortung nicht wesentlich beeinträchtigen.

Forschungsprojekt

Prof. Dr. Axel Tuma, Uni Augsburg, ging seinerseits auf die vom Bayerischen Umweltministerium in Auftrag gegebene „Erarbeitung eines Leitfadens zur Erstellung kommunaler Abfallvermeidungskonzepte“ ein. Im Rahmen eines zweijährigen Forschungsprojektes an der Universität Augsburg soll bayerischen Kommunen eine Hilfestellung bei der Konzeption von Abfallvermeidungsstrategien geboten werden. Um diesen Leitfaden praxisnah zu gestalten, werden mit qualitativen und quantitativen Methoden empirische Daten erhoben, konsolidiert und mit Ergebnissen aus der nationalen und internationalen wissenschaftlichen Forschung ergänzt.

Mit einem Plädoyer für kommunale Abfallvermeidungskonzepte – „schon alleine zugunsten des Erhalts von Bausubstanz, um die enormen Mengen an Bauschutt aus dem Gebäudeabbruch in Deutschland reduzieren zu können“ – wartete Dr. rer. nat. Ulrich Lottner (Bayerisches Landesamt für Umwelt, Augsburg) auf. Dabei ging es in seinem Vortrag aber nicht nur um Möglichkeiten und Grenzen der Abfallvermeidung als solcher, sondern um Ressourcenschutz, um die an den Altbe-

stand gebundene Graue Energie und die zu dessen Errichtung schon einmal freigesetzten CO₂-Emissionen.

Lottner zufolge hat der Bund mit seinem „Leitfaden für Nachhaltiges Bauen“ einen Meilenstein für den Wert vorhandener Bausubstanz gesetzt. Dem Gebäudebestand komme darin neben den ökologischen Zielen eine identitätsstiftende Wirkung zu, die im Rahmen einer nachhaltigen Bestandsentwicklung ebenso zu berücksichtigen sei wie mögliche Energieeinsparpotenziale bei dessen Betrieb. Die Festlegungen im Leitfaden des Bundes könnten den Kommunen, in denen der Bauschutt bekanntermaßen generiert wird, als Beispiel dienen. Sie trügen große Verantwortung für das nationale Klimaziel, bis 2020 Treibhausgase um 40 % zu mindern, „und sollten die Chancen nutzen, die ihnen ein Ende 2015 zur Verfügung stehender Leitfaden zur Erstellung kommunaler Abfallvermeidungskonzepte bieten wird“.

Strategien für nachhaltiges Bauen

Danach seien Strategien zu entwickeln und umzusetzen, um künftig nachhaltig auch Gebäude zu bewahren und neu errichten zu können. Gute Beispiele färben auf die regionale Wirtschaft und auf Privat ab. Die Kommunen sollten in diesem Sinne aber aktiv Einfluss nehmen. Inwiefern künftig Benchmarks für den Vergleich kommunaler Erfolge bei der Vermeidung von Abfällen, hier vor allem infolge nachhaltigen Bauens als Motor dienen können, bleibe abzuwarten.

„Wertstofffassung – stoffstromspezifisch oder Wertstofftonne?“ lautete der Titel des Vortrags von Markus Hertel, bifa Umweltinstitut GmbH. Sowohl die Getrenntfassung von Wertstoffen im Bring- als auch im Holsystem bietet nach seiner Ansicht verschiedenste Möglichkeiten, das Erfassungssystem auszugestalten. Neben einer dezidierten Sammlung von beispielsweise unterschiedlichen Metallsorten („Eisen-Schrott“ und „Leichtmetalle“) im Bringsystem bis hin zur Bereitstellung einer Wertstofftonne als „Alles-Köner“ oder „Alles-Schlucker“ seien hierzulande nahezu alle Facetten der stoffstromspezifischen oder gemischten Wertstofffassung im Hol- und Bringssystem erprobt worden. „Dabei waren die Erfolgsfaktoren, aber auch die Gründe für ein Scheitern eines Systems ebenso heterogen wie die erprobten Systeme.“

Durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz habe die stoffliche Verwertung formal wieder Vorrang vor der energetischen Verwertung, fuhr Hertel fort. Abhängig von den Märkten, von Energiekosten und möglichen Erlösen für Sekundärrohstoffe werde der Preis- und Kostendruck diese Priorisierung fort-

laufend in Frage stellen. Die Gebietskörperschaften hätten dennoch Einflussmöglichkeiten: Bei der Sammlung und Verwertung von Nichtverpackungskunststoffen könne durch klare Vorgaben bei der Sammlung und mit Anleitung durch geschultes Personal eine Qualität des Sammelguts erreicht werden, die bei der stofflichen Verwertung eine hohe Ausbringung verwertbarer Kunststoffe ermöglicht.

In Ausschreibungen könne der Nachweis des stofflich verwerteten Anteils verlangt und die Quote stofflicher Verwertung als ökologisches Vergabekriterium eingesetzt werden. Ohne den hohen Aufwand für den Betrieb von Holsystemen ließen sich dergestalt nennenswerte Anteile stofflich verwerteter Kunststoffe erreichen.

„Letztendlich gibt es keine allgemeingültige Empfehlung für den effizientesten Weg der Wertstofffassung“, hob Hertel hervor. Neben den teilweise sehr spezifischen regionalen Bedingungen (gewachsene Strukturen der Abfallwirtschaft) seien auch mögliche Kooperationspartner (Duale Systeme) frühzeitig in Überlegungen mit einzubeziehen. Um eine hochwertige stoffliche Verwertung zu gewährleisten, seien die Verwertungswege genau zu betrachten. Recycling sei nicht die Sammlung und Trennung, sondern der Ersatz von Primärmaterial und Wiedereinsatz in Produkten, für die es Anwendung

gibt und ein Markt vorhanden ist.

Innovative Sanierungsmaßnahmen am Beispiel der Deponie Außernzell erläuterte Christian Pietruska (AWG Donau-Wald mbH). Die AWG, eine hundertprozentige Tochter des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Donau-Wald, betreibt die seit 1977 in Betrieb befindliche Restmülldeponie der Deponiekategorie II (Hausmülldeponie) in Außernzell im Landkreis Deggenhofen. Heute wird sie nur noch zur Ablagerung mineralischer Abfälle und als Umladestation genutzt.

Mit der umfassenden Sanierung und Ertüchtigung der Sickerwasserfassung und -ableitung, der Deponiegaserfassung und dessen Leitungssystem, der Errichtung einer Sickerwasserfiltration zum raschen Abbau der Organik im Müllkörper sowie den Bau einer innovativen Oberflächenabdichtung ist die Deponie Außernzell nach Pietruskas Worten bestens für die Nachsorge vorbereitet.

Die ökologisch hochwertige Begrünung der Deponie passe sich bestmöglich den umliegenden Lebensräumen an. Im Verbund mit der sinnvollen Nutzung von Teilflächen auf der Deponie zur regenerativen Energieerzeugung sowie mit der Bereitstellung von Recycling- und Entsorgungsangeboten an die Bevölkerung aus der näheren Umgebung sei eine ideale Nachnutzung der Deponie Außernzell umgesetzt worden. **DK**



Neuer LKW für Kreisrecyclinghof

Der Landkreis Aschaffenburg hat für den Bereich Abfallwirtschaft einen neuen LKW für den Kreisrecyclinghof in Dienst gestellt. Das Fahrzeug wird überwiegend in den 29 gemeindlichen Recyclinghöfen die kleinteiligen Wertstoffe einsammeln und zusammenführen. Dadurch wird die Organisation der dezentralen Erfassungseinrichtungen optimiert und weiterhin werden kurze Anlieferwege für die Bürgerinnen und Bürger garantiert. Außerdem wird somit die hochwertige Verwertung der Wertstoffe gesichert, die die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Aschaffenburg verbindlich sortenrein gesammelt haben. Gemäß dem Slogan „Geben Sie uns den Rest – wir machen das Beste daraus“ werden neben einem wertvollen Beitrag zum Umweltschutz durch Ressourcenschonung auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt. Unser Bild zeigt Landrat Dr. Ulrich Reuter (l.) und Dr. Norbert Schupp, Leiter der Abteilung für kreiseigene Einrichtungen, bei der Präsentation des neuen LKW. **□**

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

Donau-Kraftwerk Regensburg www.rmd.de

RMD

RHEIN-MAIN-DONAU

REGENERATIV

MODERN

DYNAMISCH

Die Top-Trends der CeBIT 2014

Hannover. Mit ihrer diesjährigen Ausgabe schärfte die CeBIT ihr Profil als weltweit wichtigstes IT-Event für Top-Entscheider. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Themen Datability und Security.

Big Data und Industrie 4.0: Daten als Rohstoff des 21. Jahrhunderts

Das Thema Big Data zog sich wie ein roter Faden durch die Messe. Mit der Breite der vorgestellten Anwendungen bewies die CeBIT 2014, dass im richtigen Umgang mit dem rasant wachsenden Datenvolumen für sämtliche Wirtschaftszweige große Chancen stecken. Auch in Deutschland steht Big Data vor dem Durchbruch, wie eine im Rahmen der CeBIT vorgestellte BITKOM-Umfrage ergab. Fast jedes zehnte Unternehmen setzt bereits Big-Data-Lösungen ein. 31 Prozent haben konkrete Pläne, dies zu tun.

Praxisbeispiele

Welche enormen Möglichkeiten die Auswertung der Datenströme eröffnet, zeigte die CeBIT anhand zahlreicher Praxisbeispiele. So präsentierten Aussteller wie die Software AG Lösungen, die es Firmen erlauben, mit dem ungläublichen Datenwachstum im Internet der Dinge Schritt zu halten. Nötig sind ultraschnelle Softwarearchitekturen („Intelligent Business Operations“).

Bereits heute nimmt der Automotive-Sektor eine zentrale Rolle im boomenden Markt der Machine-to-Machine-Kommunikation ein. Deshalb wird die CeBIT für Autohersteller immer wichtiger: Der Volkswagenkonzern stellte in diesem Jahr auf mehr als 900 Quadratmetern Konzepte zur automatisierten IT-Zukunft in Hannover vor. Herausragend war dabei das Audi-Simulationsmodell „James 2025“, das mit einem virtuellen Cockpit veranschaulichte, wie in einigen Jahren das pilotierte Fahren aussehen könnte.

„Unsere Autos sind heute schon rollende Rechenzentren mit 1,5 Kilometern Kabeln, mehr als 50 Steuergeräten und der Rechnerleistung von 20 hochmodernen PCs“, erklärte der Vorstandsvorsitzende des Volkswagen-Konzerns, Martin Winterkorn, auf der CeBIT. Nun gelte es, die Mobilität gemeinsam mit der IT-Branche intelligenter zu gestalten. Ein erster Schritt ist die Implementierung von schnellem LTE-Datenfunk im Fahrzeug. Dafür stellte Vodafone auf der CeBIT eine „Global SIM“ vor, die bei Temperaturen von minus 40 bis plus 85 Grad Celsius arbeitet.

Zukunftsweisend ist auch ein Industrie-4.0-Projekt, das Microsoft mit der Krones AG umgesetzt hat, ein großer Hersteller von Anlagen für Prozess-, Abfüll- und Verpackungstechnik für Getränke. Das Konzept illustrierte die Chancen der horizontalen und vertikalen Vernetzung von Mensch und Maschine.

Viel Aufmerksamkeit wurde auf der CeBIT einer innovativen Anwendung von SAP zuteil, die Trainingsdaten der deutschen Fußball-Nationalspieler sammelt und dem Team bei der Vorbereitung auf die Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien helfen soll. Dazu werden die Stützen der Kicker mit speziellen Sensoren ausgestattet. Teammanager Oliver Bierhoff stellte die Smartphone-App, mit der sich die Stärken und Schwächen der Spieler visualisieren lassen, in Hannover vor.

Sogar das Reisen wird durch die Vernetzung komfortabler und sicherer, wie die Deutsche Telekom auf ihrem Messestand mit der Ortungslösung Bag2Go unterstrich: Der Besitzer des intelligenten Koffers von T-Systems, Airbus und RIMOWA kann den Aufenthaltsort seines mit einem Mobilfunkchip und GPS ausgerüsteten Gepäckstücks jederzeit per App kontrollieren.

Konkurrenzlos breites Angebot an neuen Security-Lösungen

Mehr als 500 Unternehmen präsentierten auf der weltgrößten IT-Schau digitale Sicherheitslösungen – so viele wie noch nie. Darunter waren zahllose prominente Namen wie ESET, Kaspersky Lab, Secusmart oder Trend Micro. Die Bandbreite der vorgestellten Sicherheitslösungen reichte von der aufwändigen End-to-end-Verschlüsselung über hochsichere Smartphones wie das „Kanzler-Phone“ von Secusmart bis hin zu neuen Antiviren-Programmen für Smartphones und Tablets. Schließlich werden immer mehr Geräte, Programme oder Dienste parallel im beruflichen und privaten Umfeld genutzt (Bring your own device).

Voll im Trend lagen auf der CeBIT Apps für Mobilgeräte, mit denen sich eine Verschlüsselung für Sprache und Textnachrichten sicherstellen lässt. Dafür tauschen zwei Endgeräte, auf denen die Security-App installiert ist, temporäre Verschlüsselungskodierungen

aus. Da der Schutz sensibler Daten immer stärker an Bedeutung gewinnt, erobern zunehmend biometrische Identifikationsverfahren den Markt. So zeigte Fujitsu auf der CeBIT ein Ultrabook mit Handvenen-Scanner, während bei DERMALOG der nach Firmenangaben weltweit kleinste optische Fingerabdruck-Scanner Premiere feierte. Seine Größe: gerade 29 mal 43 Millimeter.

Start-ups geben Gas: Die CeBIT 2014 war die jüngste aller Zeiten

Mehr als 300 Jungunternehmen – so viele wie noch nie – präsentierten sich in diesem Jahr auf der Messe, 50 von ihnen beim Startup-Wettbewerb CODE_n zum Messeschwerpunkt Big Data. Hier machte zum Beispiel das Projekt streetspot auf sich aufmerksam: Europas größte Smartphone-Workforce erledigt dank der dahinterstehenden Community Aufträge an vielen Orten. Und das Münchner Start-up Cosinuss präsentierte den ersten Herzfrequenzmesser fürs Ohr – selbstverständlich mit Bluetooth-Übertragung aufs Smartphone. Der CODE_n-Award-Gewinner als bestes Start-up 2014 wurde am Mittwochabend gekürt: Das Londoner Start-up Viewsy überzeugte die Jury mit einer Big-Data-Lösung für Einzelhändler, die Besucherströme misst und auswertet, um Kundenservices zu verbessern.

Nicht nur bei CODE_n zeigte das Partnerland, wie innovativ Großbritannien ist: Auch am Partnerlandstand in der Halle 6 präsentierten britische Jungunternehmer ihre Lösungen. Und weil Start-ups den großen Durchbruch nur mit der Unterstützung von Investoren schaffen, trafen der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies und mehr als 120 Investoren bei space:d auf ausgewählte Start-ups.

Pflicht für junge Besucher, die Karriere im IT-Umfeld machen wollen, war ein Besuch der „job and career at CeBIT“. Ganz nebenbei konnte man in diesem Bereich auch die neue Indoor-Navigationstechnologie iBeacon von Apple ausprobieren.

E-Government: Künftige Grenzkontrollen und Demokratie aus der Wolke

Im Public Sector Parc bot die CeBIT eine große Bandbreite an aktuellen und künftigen IT-Lösungen für Bund, Länder und Gemeinden. So stellte die Bundesdruckerei ein Konzept vor, wie

künftig effiziente Grenzkontrollen auf höchstem Sicherheitsniveau aussehen könnten. Die Full ID | Border-Lösung umfasst modernste eGate-Technologie mit intelligenten Steuerungs- und Monitoringsystemen via Tablet oder Handy. Einen vielbeachteten Schritt Richtung Demokratie 2.0 macht die auf der CeBIT vorgestellte „Bürger-Cloud“ des Sicherheits-spezialisten ecsec, die Volksbefragungen über das Internet ermöglichen soll. Als Voraussetzung gilt der Personalausweis mit elektronischem Identitätsnachweis. Vor einer Abstimmung sollen Interessierte Infos zum jeweiligen Projekt aus der Datenwolke laden können.

Brandneue Smartphones, Tablets und Gadgets

Auch Hardware-interessierte Fachbesucher kamen in Hannover auf ihre Kosten. Nicht nur Samsungs brandneues Top-Smartphone Galaxy S5 feierte auf der CeBIT Deutschlandpremiere. Auch die neuen Business-Tablets von Samsung, HUAWEI und Nokia zogen in den Messehallen viele Blicke auf sich. Der Sicherheits-spezialist secunet zeigte auf der Messe sein neues hochsicheres SINA Tablet auf Basis des Microsoft-Modells Surface Pro 2. Der Elektronikversender Pearl brachte die simvalley MOBILE-Smartwatch GW-420 zur CeBIT, ein Smartphone fürs Handgelenk mit Freisprecher und Webzugang. Der chinesische Aussteller Yifang Digital Technologies zeigte ebenfalls eine Android-Smartwatch. Viele weitere Neuheiten gab es im Planet Reseller mit mehr als 230 Ausstellern zu sehen.

Künstliche Intelligenz im Fokus

Zu den spannendsten Erlebnissen jeder CeBIT zählt ein Blick hinter die Kulissen von Universitäten und Forschungseinrichtungen. Das war in diesem Jahr nicht anders. So demonstrierte beispielsweise das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), welche Vorteile Roboter durch eine flexible Wirbelsäule und mit Sensoren ausgestattete Füße erlangen.

Auch der größte autonome Unterwasser-Roboterschwarm mit 20 U-Booten lockte zahlreiche Neugierige an. Inspirieren ließen sich die Forscher aus dem Artificial Life Lab der Karl-Franzens-Universität Graz sowie mehrerer anderer Universitäten von sozialen Insekten wie Ameisen oder Bienen. Die Roboter kommunizieren mit „Blue-Light“, elektrischen Potenzialfeldern, Schall und Funk. Schon bald sollen ähnliche Spezialflotten in Gewässern Giftmüll oder versunkene Gegenstände aufspüren.

Nachdem Maschinen und Produktionsnetzwerke immer stärker ins Visier von Datendieben geraten, stellten Forscher des Fraunhofer-Instituts für Sichere Informationstechnologie SIT auf der Messe Sicherheitswerkzeuge für die Industrie 4.0 vor, die Fabrikationsdaten schon bei deren Entstehung verschlüsseln. Damit können Computer und Maschinen über einen sicheren Transportkanal kommunizieren.

Die erweiterte Realität stand im Zentrum einer weiteren Premiere des DFKI und des Software-Clusters. Weil sich Landmaschinen schon bald in mobile Agrarleistungsmittel mit GPS, Touch-Bedienung und Sensoren verwandeln werden, präsentierten die Forscher innovative Augmented-Reality-Reparaturhandbücher, die per Head-Mounted-Display ins Sichtfeld des Benutzers eingeblendet werden können und anschaulich alle Arbeitsschritte erläutern. Mit diesem Beispiel untermauerte die CeBIT: Selbst die Landwirtschaft kommt in naher Zukunft nicht mehr an moderner IT-Technik vorbei. □



Thementag Personenstandswesen auf der CeBIT

Der Messemittwoch stand dieses Jahr erstmals ganz im Zeichen des Standesamts. Zum Thementag Personenstandswesen besuchten auf Einladung des Verlags für Standesamtswesen rund 70 Standesbeamte den Messestand, um sich über aktuelle Entwicklungen rund um AutiSta und den ePR-Server zu informieren. Darüber hinaus fand die Livepräsentation der elektronischen Sammelakte großes Interesse – ebenso wie der dabei auch gezeigte Versand und Empfang von XPersonenstandsnachrichten, die dann in der elektronisch geführten Sammelakte abgelegt werden können. Der Verlag für Standesamtswesen hatte die Präsentation gemeinsam mit der HannIT vorbereitet.

Es wurden zahlreiche Gespräche mit Vertretern kommunaler IT-Dienstleister geführt – auch um neue Projekte mit den Fachverfahrensherstellern aus dem DATABUND zu initiieren. □

AKDB präsentiert das elektronische Mandat für die Online-Lastschrift

Auf dem CeBIT-Messestand des Bundesinnenministeriums hat die AKDB der Öffentlichkeit das sogenannte eMandat präsentiert. Es ist eine wichtige Voraussetzung für medienbruchfreie digitale Verwaltungsdienstleistungen, da es die bewährte Lastschrift in Zeiten von SEPA erfolgreich in die digitale Welt überträgt.

Mit dem Start von SEPA zum 1. Februar 2014 ist für die Bezahlung per Lastschrift ein Mandat erforderlich. Damit legitimiert der Zahler den Gläubiger, die Abbuchung vornehmen zu dürfen.

Das dafür notwendige Formular ist vom Zahler zu unterschreiben. In der Online-Welt ist ein Pendant zur Papiervariante bisher nicht vorgesehen. Das stellt die besonders in der kommunalen Verwaltung etablierte und vom Bürger akzeptierte Bezahlvariante Lastschrift in Frage. Viele Verwaltungsdienstleistungen, wie etwa die Beantragung einer Meldebekanntmachung oder eines Führungszeugnisses, sind aber mit

Gebühren verbunden, die vom Bürger in der Vergangenheit bequemer per Lastschrift beglichen wurden.

Das eMandat ermöglicht es nun, Bezahlungen per Lastschrift und via neuen Personalausweis online abzuwickeln. Mit dem eMandat der AKDB kann sowohl ein Online-Einzelmandat innerhalb eines Online-Antragprozesses zur Bezahlung per Lastschrift, als auch in Form eines Sammelmandats für alle künftigen Lastschriften erzeugt und genutzt werden. An die Stelle der manuellen Unterschrift tritt online die eID-Funktion des neuen Personalausweises. □

Staatssekretär Albert Füracker:

Besuch im neuen Breitbandzentrum Amberg

Der 2. Schulungsblock für Breitbandmanager ist in Amberg zu Ende gegangen. „Ein flächendeckendes „schnelles Internet“ in Bayern ist eine der bedeutsamsten Aufgaben für die Infrastruktur der Zukunft. Bayern will bis 2018 ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz schaffen und das modernste Breitband zum Standard machen. Dies ist ein zentraler Standortfaktor. Und auch wesentlich für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Freistaat“, stellte Staatssekretär Albert Füracker bei seinem Besuch des neuen Breitbandzentrums in Amberg fest. Dort fanden in den vergangenen Wochen Schulungen der Breitbandmanager statt.

Das Bayerische Breitbandzentrum ist als Geschäftsstelle des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung eingerichtet, das zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH) gehört. Die Mitarbeiter sind zentraler Ansprechpartner für alle Beteiligten am Breitbandausbau in Bayern.

Erst- und Einstiegsberatungen für Kommunen

Kommunen und Netzbetreiber bekommen dort alle Informationen rund um das Thema Breitbandnetze und Breitbandförderung. Bayerische Kommunen erhalten neutrale Erst- und Einstiegsberatungen über das neue Breitbandförderprogramm. Die Breitbandmanager der Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung unterstützen die Kommunen entlang des gesamten Förderverfahrens nach der neuen Breitbandrichtlinie (BbR). „Dies geschieht umfangreich, kostenfrei und vor Ort“, betonte Füracker. Jeder Landkreis hat damit einen Berater mit Kenntnis der kommunalen Struktur und der Bedürfnisse vor Ort.

Angesichts der Bedeutung des Themas nimmt der Freistaat viel Geld in die Hand: 1,5 Milliarden Euro bis 2018, hob Füracker hervor. „Die Bayerische Breitbandstrategie beruht auf drei Säulen: Förderrichtlinie vereinfachen, Förderung verbessern, Beratung effektiver. Wir wollen Datenautobahnen bauen und jede Gemeinde muss eine eigene Ausfahrt bekommen.“ □



The experts for networks.

Die Netzwerkprofis

Ihr zuverlässiger Netzwerkpartner in Sachen

- ▶ Beratung
- ▶ LAN und WAN Infrastruktur
- ▶ Sicherheit
- ▶ Projektmanagement
- ▶ IT-Outsourcing
- ▶ W-LAN für Unternehmen

Eisenkramergasse 6 | info@crystal.de
82362 Weilheim | www.crystal.de

Webkongress Erlangen 2014:

Reger Austausch zwischen Webentwicklern und -nutzern

Das Regionale Rechenzentrum Erlangen (RRZE), IT-Dienstleister der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU), lud bereits zum vierten Mal zum Webkongress Erlangen (WKE). Zwei Tage lang beschäftigten sich die Gäste dabei mit den Themen Content-Management, Webdesign und Barrierefreiheit im Web.

Die Veranstaltung richtete sich an Schaffende, Verantwortliche und Interessierte aus der Wirtschaft, städtischen, kommunalen und staatlichen Einrichtungen sowie wissenschaftliche Vertreter von Hochschulen. Ziel des WKE ist es, möglichst viele Bereiche der IT-Welt abzudecken, denn egal ob Programmierer oder Grafiker einer Agentur, freischaffender Webentwickler oder Kollegen von der universitären Datenverarbeitung: Die Schaffung leicht handhabbarer Benutzeroberflächen stellt in vielen Bereichen einen generellen Anspruch dar.

Innovationen aus der Internet-Welt

Teilnehmer aus ganz Deutschland kamen an die FAU, um diese Plattform für den Austausch unter Experten zu nutzen und um 22 hochkarätigen Referenten zuzuhören, die Innovationen und Entwicklungen aus der Internet-Welt präsentierten. Um technisches Praxiswissen der Entwickler ging es dabei ebenso wie um

benutzerfreundliche User-Interfaces oder modernes Design für die Nutzer.

Webprojekte

Dirk Jesse, Entwickler des CSS-Frameworks YAML, referierte beispielsweise über die Bedeutung von Usability bei der Umsetzung von Webprojekten. Andre Jay Meissner – er beschäftigt sich bei Adobe Systems mit Webstandards – erklärte Webentwicklern, wie sie ihren Auftraggebern die Relevanz von Testings vermitteln. Matthias Mees und Nicolai Schwarz widmeten sich dem ständig an Bedeutung gewinnenden Feld der Content Management Systeme. Und Dr. Rüdiger Heimgärtner, Gründer und Inhaber der Firma Intercultural User Interface Consulting (IUIIC), führte in seinem Vortrag Entscheider in die Thematik Barrierefreiheit von WebSites ein.

Zunächst stellte Heimgärtner gesetzliche Anforderungen dar, gefolgt von erläuternden Beispielen. Eine Art Leitfaden sollte es dem Entscheider hierbei

ermöglichen, festzustellen, was unbedingt umzusetzen ist (Pflicht) und was zusätzlich sinnvoll wäre (Kür). Dabei erläuterte und veranschaulichte Heimgärtner wichtige Grundlagen aus Richtlinien und Verordnungen. Geklärt wurden u. a. folgende Fragen: Was ist Barrierefreiheit? Welche Richtlinien und Verordnungen gibt es? Wer muss Barrierefreiheit in WebSites umsetzen? Was ist unbedingt bzw. optional umzusetzen? Wie wird Barrierefreiheit umgesetzt? Und: Wer ist dabei involviert?

Netzneutralität

Prominente Unterstützung erhielt der Webkongress von der Bayerischen Staatsregierung: Neben Innenminister Joachim Herrmann, der sein Grußwort – wie es sich für einen Webkongress gehört – virtuell übermittelte, war auch Staatssekretär Johannes Hintersberger mit von der Partie. In Vertretung von Finanzminister Dr. Markus Söder stellte er fest: „Eine gute Netzversorgung für alle Gemeinden in Bayern ist Voraussetzung für Digitale Teilhabe, für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Sicherstellung gleichwertiger Lebensbedingungen. Wir werden dafür sorgen, dass Bayern bis 2018 flächendeckend mit Hochgeschwindigkeitsinternet ausgestattet wird. Bayern fördert den Breitbandausbau mit bis zu 1,5 Mrd. Euro. Wir bekennen uns zur Netzneutralität und den unterschiedlichen Transports der Datenpakete von Computer zu Computer. Bayern schließt die Breitbandlücke und bekennt sich zu einem diskriminierungsfreien Zugang zum Internet.“

Barrierefreiheit

Die Web-Auftritte sollten alle Menschen ansprechen und für alle Menschen ohne Einschränkung nutzbar sein, appellierte Hintersberger an die Teilnehmer des Kongresses. Barrierefrei gestaltete Auftritte seien meistens sogar besser strukturiert. „Sie können helfen, die Welt ein wenig besser und gerechter zu machen. Wissenschaft, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung können hier gemeinsam viel bewegen. Wo immer sich Barrieren in der Digitalisierung auftun, Bayern räumt sie zur Seite.“

Den Menschen müsse die Angst vor den Neuerungen der

digitalen Welt genommen werden, führte der Staatssekretär weiter aus. Technologische Kompetenzen sollten in der Gesellschaft durch Schule, Ausbildung, Studium und Weiterbildung aufgebaut werden. Eine breite Medienkompetenz sei der Schlüssel für eine „digitale Souveränität“. „Dazu haben wir in Bayern das Projekt Digitales Bildungsnetz Bayern begonnen. Damit schaffen wir die technischen Rahmenbedingungen für modernes Lernen und Lehren“, stellte Hintersberger fest.

Digitales Bildungsnetz Bayern

Das Projekt „Digitales Bildungsnetz Bayern“ verfolge das Ziel, ein Gesamtkonzept für den IT-gestützten Unterricht in Bayern in den rund 5.800 Schulen, für die rund 1,8 Millionen Schüler und 100.000 Lehrer zu entwickeln. Durch das Digitale Bildungsnetz werde eine gemeinschaftlich nutzbare IT-Infrastruktur entstehen, die in den Bereichen Schul-, Erwachsenen- und Berufsbildung zum Einsatz kommen soll. Bayern schließe so die Digitale Kluft in der Ausbildung.

Hintersberger zufolge sollen staatliche Behördendienstleistungen künftig überall dort, wo es technisch machbar und praktisch sinnvoll ist, auch online wahrgenommen werden können: „Dazu gehört, dass wir das Digitale Handelsregister vollenden, das Digitale Grundbuch schaffen und den Elektronischen Rechtsverkehr einrichten. Um mit sinnvollen und standardisierten Lösungen den Bürgern einen Mehrwert zu bieten, ist es mir wichtig, auch die kommunale Seite eng einzubinden.“ DK

Landkreis Bayreuth:

Start des AKDB-Bürgerservice-Portals

Der Landkreis Bayreuth hat als erster Landkreis die eGovernment-Plattform Bürgerservice-Portal gestartet, die von Landkreis und Kommunen gemeinsam betrieben wird. Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder nahm gemeinsam mit Landrat Hermann Hübner und dem AKDB-Vorstandsvorsitzenden Alexander Schroth an der Eröffnung teil.

Mit dem neuen Angebot baut die Region Bayreuth ihren Bürgerservice weiter aus und reduziert gleichzeitig Behördengänge in Rathäuser oder ins Landratsamt.

Gemeinsam mit 22 kreisangehörigen Kommunen bietet der Landkreis Bayreuth digitale Verwaltungsdienstleistungen an, wie zum Beispiel den Antrag zur Fahrzeugzulassung, die Einreichung elektronisch unterschriebener Formulare sowie die Beantragung einer Meldebestätigung. Das alles kann nun unabhängig von Ort und Zeit von rund 105.000 Bürgern genutzt werden.

Staatsminister Markus Söder, der Bayern zur Leitregion des digitalen Aufbruchs machen möchte, begrüßte den Start des landkreisweiten Bürgerservice-Portals. Nach seiner Aussage stellt das Thema eGovernment neben Breitbandausbau und Datensicherheit eines der Top-Themen bei der Digitalisierung Bayerns dar.

Das Online-Angebot des Landkreises basiert auf dem Bürgerservice-Portal der AKDB. Mit dem gemeinsamen landkreisweiten Bürgerkonto müssen sich Bürger künftig nur noch einmal registrieren und können die Onli-

ne-Angebote des Landkreises und der Heimatkommune sowie des Freistaates Bayern in Verbindung mit dem neuen Personalausweis zur Authentifizierung übergreifend und sicher nutzen. Integrierte Online-Bezahlverfahren des Bürgerservice-Portals wie Kreditkarte und GiroPay wickeln auch gebührenpflichtige Verwaltungsdienstleistungen vollständig digital ab.

AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth zeigte sich überzeugt: „Mit über 150 Kommunen, die sich mittlerweile für das Bürgerservice-Portal der AKDB entschieden haben, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Digitalisierung Bayerns. Umso mehr freut es uns, dass durch den Landkreis Bayreuth die Vorteile einer landkreisweiten Lösung mit Bürgerkonto aufgegriffen und nutzbar gemacht werden.“

Einer der wichtigsten Gründe des Landkreises Bayreuth für die Entscheidung pro Bürgerservice-Portal war nach Angaben des IT-Leiters Stefan Zeiler, dass das Portal alle Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit erfüllt: Es werde nämlich im BSI-zertifizierten Rechenzentrum der AKDB betrieben. □

Stadt und Landkreis Neu-Ulm:

Neue Geodaten-App

Seit Rosenmontag können die Inhalte des gemeinsamen Geodaten-Internetportals von Stadt und Landkreis Neu-Ulm auch mit dem Smartphone oder Tablet abgerufen werden. Die Anwendung kann im Internet unter www.geoapp.neu-ulm.de oder im App-Store kostenlos heruntergeladen werden.

Die Geodaten-App stellt dem Nutzer aktuelle Flur- und Ortskarten, Luftbilder, Bebauungspläne und Bodenrichtwertkarten, jeweils mit den zugehörigen Fachinformationen, zur Verfügung. Sie eignet sich sowohl für den verwaltungsinternen Einsatz wie für Bürger und Unternehmen.

Praktisch und informativ

Die Sachbearbeiter von Stadt oder Landkreis können nun ihre Außenarbeiten komfortabler, schneller und fehlerfreier erledigen. Übertragungsfehler werden minimiert, da die gesammelten Daten vor Ort direkt ins GIS (Geographisches Informationssystem von Stadt und Landkreis) laufen und nicht mehr vom Blatt

Papier in den PC abgetippt werden müssen.

Auch für die Öffentlichkeit ist die neue Geodaten-App praktisch und informativ: Mit Hilfe der GPS-Positionsanzeige kann sie sich in Stadt oder Landkreis Neu-Ulm orientieren. Zu den auf dem Weg oder in der Nähe liegenden Gebäuden oder Sehenswürdigkeiten sind fundierte Informationen abrufbar.

Die App ergänzt das gemeinsame Geodaten-Angebot von Stadt und Landkreis Neu-Ulm. Seit fast drei Jahren gibt es das Geodaten-Portal im Internet. Über 2000 Nutzer greifen seither monatlich auf den eGovernment-Baustein zu, der - wie die entsprechende Smartphone-Anwendung - auf dem GIS basiert. DK

EU-Kommission will Verwaltung des Internets reformieren

Die EU-Kommission hat ihr Konzept für eine grundlegende Reform vorgestellt, wie das weltweite Internet in Zukunft organisiert und verwaltet werden soll. Sie fordert einen klaren Zeitplan, um die bisher in den USA angesiedelte Vergabe der Domännennamen und IP-Adressen zu globalisieren.

Bisher koordiniert die in den USA angesiedelte Organisation ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) die Vergabe der Domännennamen und teilt die IP-Adressen zu. Die EU-Kommission strebt an, dass eine internationale Beobachtungsstelle für Internet-Politik als Online-Plattform in der Internet-Politik für mehr Transparenz sorgen soll. Außerdem will die Kommission Lösungen für widersprüchliche nationale Rechtsvorschriften finden.

Partizipatives Governance-Modell

Die Kommission unterstützt nachdrücklich ein multilaterales

und partizipatives Governance-Modell für das Internet, das auf der vollen Einbeziehung aller wichtigen Akteure und Organisationen beruht. „Einige verlangen, dass die Internationale Fernmeldeunion die Kontrolle über die Schlüsselfunktionen des Internets übernehmen soll. Ich bin zwar auch der Meinung, dass die Regierungen eine wichtige Rolle spielen müssen, aber Top-Down-Konzepte sind nicht die richtige Lösung. Wir müssen das Multi-Stakeholder-Modell stärken, damit das Internet ein schneller Innovationsmotor bleibt“, sagte die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission Neelie Kroes dazu.

Die Mitteilung legt den Grundstein für eine gemeinsame europäische Position in weltweiten Verhandlungen, wie z. B. der Tagung Netmundial in São Paulo, Brasilien (April 2014), dem Internet-Governance-Forum (Ende August) und der hochrangigen ICANN-Tagung. Dieses Verhandlungskonzept wird nun mit dem Europäischen Parlament und dem Rat weiter ausgearbeitet.

„Die kommenden zwei Jahre sind für die Neuordnung der weltweiten Internet-Governance entscheidend. Europa muss dazu beitragen, dass ein glaubwürdiger Weg hin zu einer globalen Internet-Governance gefunden wird. Europa muss eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht zu bestimmen, wie das künftige Internet aussehen wird“, machte Kroes abschließend deutlich. □



AKDB

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Michael Diepold,
Leiter des Geschäftsfelds
eGovernment der AKDB



Bürgerservice

Echtes eGovernment beginnt mit dem
Bürgerservice-Portal der AKDB

Das Bürgerservice-Portal ermöglicht den Kommunen ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Bürgerdienste. Es setzt Maßstäbe bei der Umsetzung sicherer und effizienter Online-Angebote mit dem neuen Personalausweis. Der Bürger kann bequem von zu Hause aus seine Meldebestätigung oder Wahlunterlagen beantragen oder sein neues Auto anmelden.

Das Bürgerservice-Portal wird im Rechenzentrum der AKDB betrieben und lässt sich problemlos auch in alle kommunalen Webauftritte integrieren.

Sprechen Sie mit uns: +49 89 5903-0

www.akdb.de



Software, die dem Menschen dient!

Einführung von Dokumentenmanagementsystemen (DMS):

Vorteile und Notwendigkeit der interkommunalen Zusammenarbeit

Von Felix Hasse und Wigand Grabner (PwC)

Dass die Arbeitsprozesse einer Verwaltung mit einem Dokumentenmanagementsystem (DMS) effizienter gestaltet werden können, ist hinlänglich bekannt. Voraussetzung hierfür ist natürlich die richtige Form der Einbindung und die Ausrichtung der Prozesse hierauf. Bislang war dessen Einführung insbesondere hinsichtlich der Verbindlichkeit von elektronischen Akten mit rechtlichen Fragezeichen versehen.

Durch das am 1. August 2013 in Kraft getretene E-Government Gesetz (EGovG) des Bundes (sowie die noch folgende Verkündung des bayerischen E-Government Gesetzes) wurden und werden diese rechtlichen Fragen nun geklärt.

Allerdings gehen damit auch Pflichten u. a. für die Kommunen einher – so gilt gem. § 1 Abs. 2 das EGovG auch für die Behörden der Länder und Gemeinden, wenn diese Bundesrecht ausführen (z. B. im Bereich des Jobcenters, der KFZ-Zulassung oder bei der Ausstellung des neuen Personalausweises), so dass die betroffenen Verwaltungsabläufe dem EGovG bis zum Jahr 2020 angepasst werden müssen. Kommunen müssen dann z. B. einen elektronischen Zugang eröffnen, Online-Bezahlmöglichkeiten anbieten, elektronische Dokumente anfordern, akzeptieren und revisionssicher verwahren können sowie auf Unterschriftserfordernisse verzichten, wenn diese nicht gesetzlich vorgeschrieben sind.

In der Vergangenheit hat sich jedoch gezeigt, dass DMS-Einführungsprojekte sehr komplex

und kostenintensiv sind, häufig auf halbem Weg scheitern und der erwartete Nutzen auch nach deren Einführung häufig nicht realisiert werden kann*. Gründe sind das mangelnde Verständnis dieser Projekte als primär organisatorische Projekte sowie der mit der Einführung einhergehende kulturelle Wandel einer Verwaltung, der durch intensives Veränderungsmanagement begleitet werden muss, um die Beschäftigten bei dieser Transformation der Verwaltung mit zu nehmen. Zudem bestreiten viele Kommunen diesen Weg nicht im Zusammenschluss mit weiteren Kommunen sondern alleine. Dieses individuelle Vorgehen hat wesentliche Nachteile:

- das aufwändige Ausschreibungsverfahren inkl. Anforderungsdefinition zur Beschaffung eines DMS ist selbst durchzuführen,
- der Erfahrungsaustausch mit anderen, in der Nachbarschaft befindlichen Kommunen (sowohl zu organisatorischen als auch fachlichen und technischen Fragestellungen), der auch hilft eigene Fehler zu vermeiden, gestaltet sich schwierig,
- Dienstleistungen (von der

Einführungsberatung über Schulungen bis zum DMS-Systembetrieb) können nicht interkommunal und zentral zur Verfügung gestellt werden sondern müssen jeweils einzeln – pro Kommune – erfolgen und verursachen sowohl in der Einführung als auch im Betrieb z. T. vermeidbare Kosten sowie

• bei Änderungsanforderungen oder der Unzufriedenheit mit der Dienstleistung des Softwareherstellers hat eine Einzelkommune eine schlechte Verhandlungsposition inne. Ein westdeutsches Flächenland hat einen anderen Weg bestritten, der auch für die Kommunen in einzelnen Regionen Bayerns beispielhaft sein sollte: Nach Durchführung einer europaweiten Ausschreibung durch den kommunalen IT-Dienstleister des Landes wurde ein Rahmenvertrag mit einem Softwarehersteller geschlossen, den alle Kommunen ohne eigene Ausschreibung nutzen können. Zudem wurde eine interkommunale Arbeitsgruppe gegründet, die einen landesweit kommunalen Einheitsaktenplan, der aufgaben- und nicht organisationsbezogen strukturiert ist, ebenso wie eine gemeinsame Geschäftszeichensyntax und einheitliche Schriftgutstrukturen definiert hat.

Auf Grundlage dieser einheitlichen Definition konnten DMS und Scan-Software vorkonfigu-

riert allen interessierten Kommunen bereits in dieser angepassten Konfiguration zur Verfügung gestellt werden. Neben deutlichen Kosteneinsparungen bei Beschaffung und Konfiguration der Software werden somit auch grundsätzliche organisatorische Mängel bei der DMS-Einführung (z. B. keine

standardisierte Schriftgutverwaltung) vermieden.

Durch einen zentral zur Verfügung gestellten DMS-Einführungsleitfaden wurde den Kommunen zudem ein Dokument zur Verfügung gestellt, das diese bei der weiteren Einführung unterstützt. Auch der DMS-Betrieb, der erhebliche

Anforderungen hinsichtlich Datensicherheit und Datenschutz nach sich zieht, kann zentral erfolgen. Durch gemeinsam durchgeführte Administrator- oder Anwenderschulungen wird ebenso wie durch einen regelmäßigen interkommunalen Erfahrungsaustausch weiterer Nutzen realisiert.

Eine Übertragung dieses Modells auf die Kommunen des Freistaats Bayern (z. B. durch Zusammenschluss der Kommunen innerhalb von Regierungsbezirken oder von Kommunen eines Landkreises) wäre sowohl im Sinne einer erfolgreichen Projektdurchführung als auch der Vermeidung unnötiger Kosten erstrebenswert. Schließlich gilt: DMS werden obligatorisches Werkzeug der Verwaltung und müssen erfolgreich eingesetzt werden.

*Siehe hierzu auch „Revisionssichere Speicherung von Dokumenten in der öffentlichen Verwaltung: Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zur Sicherstellung einer revisionssicheren elektronischen Aktenhaltung“, PwC/IMTB, 2010.

Unsere Autoren



Felix Hasse, Partner bei PwC im Bereich öffentlicher Sektor
felix.hasse@de.pwc.com



Wigand Grabner, Senior Manager/Prokurist bei PwC im Bereich öffentlicher Sektor
wigand.grabner@de.pwc.com

Kommunales Immobilienportal KIP:

200 Kommunen und Landkreise betreiben eigene Immobilienbörse

Hanau – Immer mehr Kommunen und Landkreise erkennen die Notwendigkeit, den regionalen Immobilienmarkt aktiv im Internet zu präsentieren. Die Beweggründe sind dabei so unterschiedlich wie die Städte und Gemeinden, die das kommunale Immobilienportal der Hanauer Wunschgrundstück GmbH im Einsatz haben: Innerörtlicher Leerstand, Ansiedlung von Gewerbe, Abvermarktung von Neubaugebieten, Gewinnung von Neubürgern oder Bürgerservice für örtliche Makler und private Immobilienanbieter.

Mit dem Bauland- und Immobilienportal wunschgrundstueck.de betreibt die Hanauer Wunschgrundstück GmbH bereits seit 2007 eine erfolgreiche Immobilienbörse im Internet. Knapp eine halbe Million Besucher pro Monat informiert sich dort über verfügbares Bauland sowie über Häuser, Wohnungen und Gewerbeimmobilien zum Kauf und zur Miete.

KIP ist kostenfrei

Insbesondere die ganzheitliche Darstellung von Wohn- und Gewerbegebieten zeichnet das Portal aus. Hier haben die Portalbetreiber eine enge Beziehung zu Kommunen und regionalen Wirtschaftsförderern aufgebaut, woraus im Jahr 2011 auch die Idee des kommunalen Immobilienportals (KIP) entstanden ist. „Mit KIP bieten wir jeder Kommune und jedem Landkreis in Deutschland die Möglichkeit, ein eigenes Portal zur Darstellung des regionalen Immobilienmarktes zu betreiben“, erläutert Dipl.-Ing. Bo Nintzel, einer

Breitbandausbau:

Gemeinden bekommen finanzielle Soforthilfe

Den wegen Finanzierungsschwierigkeiten immer wieder verzögerten und nur sehr schleppend laufende Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandnetzes in Bayern will jetzt Finanzminister Markus Söder (CSU) beschleunigen. Kommunen, die in die Planungen zum Breitbandausbau eintreten, sollen ab sofort 5.000 Euro Startgeld erhalten.

Dadurch würden Kommunen zum Einstieg in das Verfahren ermuntert, erklärte der Finanzminister. Der Freistaat unterstütze mit der als „Startgeld Netz“ bezeichneten Förderung die Gemeinden bei der verwaltungstechnischen Abwicklung des Förderprogramms.

Unkomplizierte Ausbezahlung

Das Startgeld könnten alle Kommunen erhalten, die beim Breitbandförderprogramm ein-

der beiden Geschäftsführer der Wunschgrundstück GmbH. Der Clou dabei: KIP ist für Städte, Gemeinden und Landkreise kostenfrei und muss lediglich einmalig durch die Kommunalverwaltung eingerichtet und freigeschaltet werden. Neben kommunalen Immobilienangeboten können in das jeweilige Portal auch Bürger und gewerbliche Immobilienanbieter ihre örtlichen Immobilienangebote einstellen. So wird der Immobilienmarkt ganzheitlich abgebildet und Suchende können sich umfassend über das Angebot vor Ort informieren.

Wenige Schritte

„Gerade hat die Stadt Braunfels im Lahn-Dill-Kreis ihr KIP in wenigen Schritten freigeschaltet und von der kommunalen Homepage verlinkt“, informiert Dipl.-Ing. Ceyhan Budak, ebenfalls Geschäftsführer der Wunschgrundstück GmbH. „Damit haben nun 200 Kommunal- bzw. Kreisverwaltungen

unser Produkt KIP im Einsatz.“

Zu den Nutzern zählen Städte wie Darmstadt, Hanau, Viersen oder Bad Segeberg, aber genauso ländlich geprägte Gemeinden und Kleinstädte, wie etwa das nordhessische Wanfried, das rund 30 leerstehende Fachwerkhäuser in der Kernstadt in ihrem kommunalen Immobilienportal präsentiert und bereits zahlreiche Gebäude erfolgreich vermitteln konnte. Auch 14 Landkreise aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben KIP als wichtiges Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung im Einsatz. Sogar überregional wird die Technologie der Wunschgrundstück GmbH bereits eingesetzt. So betreibt die Hessen Trade & Invest GmbH seit Oktober 2013 das Standortinformationssystem des Landes Hessen auf Basis von KIP.

Neue Produktlinie

Budak und Nintzel sind sich sicher, dass die Verbreitung und die Bekanntheit von KIP in naher Zukunft noch weiter zunehmen wird. Gerade hat die Wunschgrundstück GmbH eine komplett neue Produktlinie als Ergänzung zu KIP fertiggestellt. „Mit unserem Produkt goINSIDE geben wir Kommunen wichtige Werkzeuge für eine erfolgreiche Innenentwicklung an die Hand“, so Ceyhan Budak. Hintergrund ist die Novellierung des Baugesetzbuchs im vergangenen Jahr. Dadurch wird der Fokus in der Bauleitplanung in Zukunft auf die Innenstädte gerichtet. „Bei der Ausweisung neuer Baugelände im Außenbereich ist es beispielsweise zwingend erforderlich, dass auch eine Erhebung von innerörtlichen Potenzialflächen durchgeführt wird“, erläutert Nintzel. Mit goINSIDE ermöglichen wir den Kommunen, diese Potenziale zu katalogisieren, nachhaltig zu verwalten und aktivierte Areale am Markt zu platzieren. Neben einer Online-Datenbank stellt die Wunschgrundstück GmbH dazu Erfassungswerkzeuge, wie etwa eine iPad-Anwendung und ein Bürgermeldetool zur Verfügung. Gleichzeitig können für die Dialogphase mit Investoren und Eigentümern umfangreiche Exposés erstellt und online präsentiert werden.

E-PLUS GRUPPE



Wirtschaftskraft für starke Kommunen



Der Ausbau der Mobilfunknetze für schnelle, mobile Datendienste bringt Ihre Region nach vorne: für mehr Flexibilität und kürzere Reaktionszeiten in Unternehmen, für neue Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.

rechnet. **rm**



Memminger Stadtrat 1960-1966: Oberbürgermeister Rudolf Machnig im Kreis der damals zwei Stadträtinnen und 24 Stadträten. Foto Kroll, Stadtarchiv Memmingen

Tag der Archive 2014:

Das Stadtarchiv Memmingen im digitalen Zeitalter

Zahlreiche neue Quellen sind seit dem „Tag der Archive“ im Memminger Stadtarchiv online zugänglich. Die Auswahl reicht von den Werken des slowenischen Kirchenreformators Primo Trubar über Hilfsmittel für Familienforschungen bis hin zu Erschließungsdaten zu Stadtteilarchiven und Sammlungen.

Den Abschluss bilden die Sachregister zu den frühneuzeitlichen Ratsprotokollen (1595-1802), die Verwaltungsberichte des Stadtmagistrats (1871-1914) sowie am kommenden Wochenende Informationen über die Mitglieder politischer Gremien Memmingens seit 1919. In einer Beta-Version wurden Mitte März Daten über die Mitglieder des Stadtrats 1919-1945 und Tags darauf ebensolche Daten für den Zeitraum von 1946 bis 2014 freigeschaltet.

Die Dokumentation der Ratsmitglieder basiert auf amtlichen Unterlagen (Archivbestand B Akten und Wahlbekanntmachungen) sowie Unterlagen der Parteien und Wählergemein-

schaften (Archivbestand E Wahlprogramme etc.) und enthält Geburts- und Sterbedaten, Foto, Dauer der Stadtratstätigkeit sowie Hinweise auf ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Verbänden.

Bürger sollen die Daten ergänzen

Zu einem späteren Zeitpunkt ist vorgesehen, die Dokumentation der Ratsmitglieder um die Zeitabschnitte 1347-1551, 1551-1804, 1804-1818 und 1818-1919 sowie um Verzeichnisse der (Ober-)Bürgermeister zu erweitern. Auch eine Dokumentation der Gemeinderäte in den 1972-1978 eingemeindeten Dörfern

Amendingen, Buxach, Dickenschulden, Ferthofen, Steinheim und Volkshofen ist vorgesehen. Alle Bürgerinnen und Bürger, alle Parteien und Wählergemeinschaften sind nun eingeladen, die Daten zu korrigieren oder zu ergänzen. □

Breitbandversorgung im Stadtgebiet Würzburg;

Stadtrat legt vorläufiges Erschließungsgebiet fest

Ein so genanntes vorläufiges Kumulationsgebiet hat der Würzburger Stadtrat (geplantes vorläufiges Erschließungsgebiet) für den Breitbandausbau in Würzburg beschlossen.

Unter diesen Fachbegriff fallen alle schlechter versorgten Bereiche im Stadtgebiet, die nach den Vorgaben des derzeit geltenden bayerischen Förderprogramms, der so genannten „Breitbandrichtlinie“, ausgebaut werden dürfen. In diesen Bereichen dürfen keine Telekommunikationsanbieter vertreten sein, die eine Bandbreite von mindestens 25 Mbit/s im Download garantieren.

Die Festlegung eines vorläufigen Kumulationsgebietes ist im Förderverfahren nach der Breit-

bandrichtlinie vorgeschrieben. Das festgelegte Gebiet umfasst u. a. Teilbereiche der Stadtteile Rottenbauer, Steinbachtal, Versbach und Dürrbachau sowie viele Würzburger Gewerbegebiete.

Als nächster Verfahrensschritt folgt die Ermittlung des Breitbandbedarfs im vorläufigen Kumulationsgebiet. Hierbei werden die in diesem Gebiet ansässigen Unternehmen und Gewerbetreibenden über die Homepage der Stadt Würzburg befragt.

Da die Bedarfsermittlung ein wichtiger Schritt innerhalb des Förderverfahrens ist, bittet die Stadt Würzburg alle Unternehmen und Gewerbetreibenden, die ihren Sitz innerhalb des vorläufigen Kumulationsgebietes haben, sich an der Bedarfsermittlung zu beteiligen und der Stadt Würzburg ihren Breitbandbedarf mit dem auf der Internetseite der Stadt Würzburg eingerichteten Formblatt mitzuteilen.

Nach Ende der Bedarfsermittlung und Auswertung der Ergebnisse schließt sich die so genannte Markterkundung an. Hierbei werden die im vorläufigen Kumulationsgebiet vertretenen Telekommunikationsanbieter zu ihren Ausbauplänen befragt. Die Verwaltung strebt an, diese Verfahrensschritte noch vor der Sommerpause abzuschließen. □



Staatssekretärin Cornelia Rogal-Grothe im Gespräch mit den Mitgliedern des DATABUND-Vorstands Dr. Günther Metzner (Geschäftsführer des Standesamtsverlags) und Stephan Hauber (Geschäftsführer der HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH) sowie mit dem DATABUND-Vorstandsvorsitzenden Ulrich Schobinski. □

DATABUND –Gemeinschaftsstand:

Startschuss gefallen

IT-Beauftragte der Bundesregierung informiert sich über bürgerorientierte digitale Verwaltung

Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen eröffnete der DATABUND den Gemeinschaftsstand seiner Mitgliedsunternehmen fulminant. Bei einem längeren Gespräch mit Cornelia Rogal-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik, erläuterte der DATABUND-Vorstand die wesentlichen Eckpunkte einer bürgerorientierten digitalen Verwaltung 2020.

Positionspapier

Der Verband übergab ein Positionspapier mit der Bitte, die sehr spezifischen Belange der kommunalen Verwaltungsebene bei der Erstellung der Agenda vertreten zu dürfen.

Eine spezielle Veranstaltung mit Vorträgen und einer Ge-

sprächsrunde in der DATABUND-Lounge beschäftigte sich am Nachmittag des ersten Tages mit Möglichkeiten, die bestehenden XÖV-Standards noch stabiler und sicherer in die Fläche zu bringen.

Testcenter für XÖV-Standards

Hierfür stellte Frank Steimke, Leiter der KoSiT das Modell eines Testcenters für XÖV-Standards und ihre Umsetzungen vor. Alle DATABUND-Mitglieder waren mit den Fachbesucherkontakten am ersten Tag zufrieden. Der DATABUND-Gemeinschaftsstand hat sich als erster Anlaufpunkt für Kommunen und öffentliche Verwaltungen etabliert. Nirgendwo sonst ist das Gespräch mit den Fachverfahrensherstellern auf so komprimiertem Raum möglich. □

Vom Blatt zum Byte

Modernisierung der bayerischen Verwaltung

Geht es nach dem Willen von Finanzminister Markus Söder, sollen lästige Behördengänge in Bayern künftig weitestgehend überflüssig werden. Hierzu will der Minister ein Bayernportal etablieren, auf dem die Bürger den Besuch auf der Amtsstube elektronisch erledigen können - egal, ob es sich um staatliche oder kommunale Ämter handelt. Ein entsprechendes einheitliches Angebot soll es auch für Unternehmen geben. Begleitet wird dies von einem E-Government-Gesetz, das die Rechtsgrundlage für die elektronische Verwaltung auf Landesebene schaffen soll. Söder sprach von einem „neuen Zeitalter der Verwaltung - vom Blatt zum Byte“.

Bisher gibt es keine einheitliche Standardseite für die verschiedenen Angebote der elektronischen Verwaltung. Wer das Bayernportal künftig für seine Behördengänge nutzen will, braucht dafür den neuen digital lesbaren Personalausweis und ein Lesegerät, das zwischen 10 und 50 Euro kostet. Die Kommunen nehmen freiwillig teil.

Gerade einmal 142 bayerische Gemeinden bieten Söder zufolge den Bürgern aktuell die Nutzung des digitalen Ausweises für elektronische Behördengänge an. Allerdings geht der Minister davon aus, dass auch bisher sich noch zurückhaltende Gemeinden im Laufe der nächsten Jahre mitmachen werden. DK

Kundenorientierung, Servicequalität und Flexibilität erfolgreich getestet

Energie Südbayern: TÜV-Zertifikat bestätigt erneut hohe Qualität beim Kundenservice

Als regional verwurzelter Energiedienstleister steht Energie Südbayern seit jeher aus Überzeugung für eine hohe Qualität des eigenen Kundenservice-Angebots. Der TÜV SÜD hat die Servicekompetenz des Unternehmens erneut getestet und ein weiteres Mal mit einem Siegel ausgezeichnet.

Energie Südbayern hat das eigene Serviceangebot jüngst zum wiederholten Male den strengen Kriterien einer TÜV-Zertifizierung unterzogen, um die Qualität der Kundenbetreuung auf höchstem Niveau zu halten. In Rahmen der Überprüfung wurden auch zahlreiche Kunden-Interviews durchgeführt. Das Ergebnis: Bei allen relevanten Bereichen liegt Energie Südbayern über den vom TÜV geforderten Werten – dieses erfolgreiche Ergebnis belegt, dass Energie Südbayern auch in wichtigen Kernbereichen wie Kundenorientierung, dem fairen und respektvollen Kundenumgang und der Servicekompetenz ganz weit vorne liegt. „Seit mehr als 50 Jahren ist Energie Südbayern mit ihrer südbayerischen Versorgungsregion in Sachen Energieversorgung eng verbunden“, erklärt Helmut Schmidbauer, Fachbereichsleiter Vertrieb, „nun freuen wir uns über das erneute TÜV-Siegel für Kundenzufriedenheit, das schon

seit 2012 die Qualität unseres Serviceangebots und die enge Verbundenheit mit unseren Kunden beweist.“

Kompetente Antworten auf alle Kundenfragen Bei Punkten wie Freundlichkeit, Erreichbarkeit, Servicezeiten des Kundencenters und Geschwindigkeit bei der Beantwortung von Anfragen liegt Energie Südbayern weiter deutlich über dem Branchendurchschnitt. Im ESB KundenCenter stehen unter der kostenlosen Servicenummer 0800-0372372 allen Kunden persönliche Ansprechpartner und Spezialisten zu den einzelnen Themengebieten mit Rat und Tat zur Seite. Im Online-KundenCenter des regionalen Energieversorgers können sich Kunden darüber hinaus rund um die Uhr über ihren Energieverbrauch informieren, aus attraktiven Erdgas- und Ökostrom-Produktangeboten wählen, Vertragsänderungen übermitteln oder Zählerstände einfach online eingeben. Schon seit letztem Oktober können sich Privatkunden von Energie Südbayern zudem für das neu entwickelte TreuePlus-Programm anmelden und ihre Erdgas- und Stromkosten über ein Rabattsystem senken.

Weitere Informationen: www.esb.de/kundenservice □



Energiedatenmanagement für Kommunen – transparent, effizient, wirtschaftlich

Für die Analyse und Optimierung des Energieeinsatzes in kommunalen Liegenschaften sind wir Ihr idealer Partner. Mit unseren Dienstleistungen rund um das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ bieten wir eine ganzheitliche Lösung für mehr Energieeffizienz in Kommunen. Vereinbaren Sie jetzt einen persönlichen Beratungstermin unter Telefon 089 68003-0 oder per E-Mail unter service@esb.de

Energie Südbayern GmbH | www.esb.de/kems

ESB
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

Bilanz der Bayerischen Sparkassen:

Heimische Wirtschaft gestützt – Vertrauen gestärkt

Trotz engerem Spielraum gutes Ergebnis für 2013

„Unser Verbund spielt eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, den Menschen bei ihrer Lebensbewältigung zu helfen“, versicherte Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, der in diesen Tagen aus seinem Amt scheidet. Gemeinsam mit den zahlreichen Töchter- und Schwester-Unternehmen würden Bayerns Sparkassen die Finanzdienstleistungen für die Bürger im Freistaat in hervorragender Weise gewährleisten.

Vor dem Hintergrund von Niedrigzinsen und teilweise kostenintensiver Regulierungen konnten die bayerischen Sparkassen 2013 ein in dieser Höhe nicht erwartetes gutes Ergebnis erzielen, so der Präsident. „Sie haben sich in ihrer Geschäftspolitik auf das Umfeld eingestellt und die Herausforderungen gut bewältigt. Das versetzt sie in die Lage, ihre Aufgabe zur Versorgung der bayerischen Regionen mit Finanzdienstleistungen, weiterhin erfolgreich wahrzunehmen.“ Ein neuerliches Kreditwachstum um 2,7 Prozent auf 113 Milliarden Euro und ein Einlagenwachstum um 2,2 Prozent auf 142 Milliarden Euro wertet Zellner als Beweis für die herausragende Rolle der Sparkassen im Wirtschaftskreislauf Bayerns und als Vertrauenszuwachs bei den Kunden.

Stärkung des Eigenkapitals

Das umfangreiche Zahlenwerk erläuterte Vizepräsident Roland Schmautz im Detail. Danach steigt die addierte Bilanzsumme der bayerischen Sparkassen im Jahr 2013 auf 182 Milliarden Euro (2012: 179 Milliarden Euro). Dabei erzielten sie gemeinsam ein Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1,8 Milliarden Euro. Dies sind rund 71 Millionen Euro weniger als 2012. Durch dieses vor allem infolge der Niedrigzinsphase rückläufige operative Ergebnis und die leicht erhöhte Risikoversorge verringerte sich das vorläufige Jahresergebnis der

bayerischen Sparkassen auf 348 Millionen Euro (2012: 388 Millionen Euro). Inclusive zuvor erfolgter Zuführungen zu den Vorsorgereserven war dennoch eine deutliche Stärkung des Eigenkapitals möglich. Die bayerischen Sparkassen sieht Schmautz jetzt mit einer Kernkapitalquote von 14,6 Prozent insgesamt gut gerüstet für die aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Deutliche Belastungen durch Regulierungseifer

Sparkassenpräsident Zellner betonte allerdings, dass das wirtschaftliche Umfeld von der Niedrigzinsphase bis zur internationalen Finanzmarktregulierung deutliche Belastungen für die regionalen Sparkassen mit sich bringe: „Im Regulierungseifer der zurückliegenden Jahre wurde oft nicht ausreichend nach Geschäftsmodellen und Risikoprofilen der unterschiedlichen Bankengruppen differenziert. Die Folge: Die Regulierungsmaßnahmen sind nicht immer risikoadäquat, weil sie am Geschäftsmodell der Großbanken ausgerichtet sind. Sie führen zu einer Überforderung und Fehlbelastung gerade kleiner Banken und Sparkassen“, so Zellner. Er führte dazu den europäischen Abwicklungsfonds an, aber auch neue europäische Vorschläge zur verstärkten Förderung der Kapitalmarktfinanzierung von Unternehmen. Denn Sparkassen bedienen vorrangig mittelständische Unternehmen,

für die eine Kapitalmarktfinanzierung schon aufgrund der dazu notwendigen Emissionsvolumina im zweistelligen Millionenbereich nicht in Frage käme.

Einfluss der Niedrigzinsen

Die Ergebnisse des abgelaufenen Jahres stehen unter dem Einfluss der Niedrigzinsen erläuterten Präsident und Vizepräsident. Die bayerischen Sparkassen müssen für 2013 eine Einbuße von rund 54 Millionen Euro aus dem Rückgang des Zinsüberschusses feststellen. Dies gibt auch den Ausschlag für die Entwicklung der Cost-Income-Ratio: Sie erreicht mit 62,1 Prozent immer noch einen ordentlichen Wert.

Bei der Vorlage der Geschäftszahlen unterstrich Vizepräsident Schmautz den Zuwachs an Kundeneinlagen und das gute Kreditneugeschäft. Die Kundeneinlagen stiegen 2013 auf 142 Milliarden Euro, der Kreditbestand auf 113 Milliarden Euro. Die Kreditbestände der bayerischen Sparkassen an Unternehmen und Selbstständige wuchsen dabei 2013 um knapp 2 Prozent auf 57,2 Milliarden an. Bei der Vergabe von Wohnungsbaukrediten erreichten die bayerischen Sparkassen ihr Vorjahresniveau von 10,8 Milliarden Euro und sind mit einem Marktanteil von über 35 Prozent weiterhin Marktführer im privaten Wohnungsbaugeschäft.

Finanzdienstleister für die heimische Region

Schmautz betonte, dass sich die bayerischen Sparkassen künftig auf ein verändertes Anspruchs- und Nutzungsverhalten ihrer Kunden einstellen müssen. Der demografische Wandel und die zunehmende Digitalisierung sei-

en Herausforderungen für die Sparkassen, die die Regionen Bayerns durch ihr flächendeckendes Netz an Geschäftsstellen mit Finanzdienstleistungen versorgen. „Da derzeit aber nur wenige Kunden ihre Bankgeschäfte ausschließlich online abwickeln, verfolgen die Sparkassen weiterhin eine Multikanalstrategie und begleiten ihre Kunden im Netz und vor Ort“, so Schmautz.

Gerade der ländliche Raum sei auf die Finanzdienstleistungen

der Sparkassen angewiesen. In jüngster Zeit hätten sich zudem vermehrt Jobsharing-Filialen und gemeinsame Modelle, die genossenschaftlich organisierte Institute gemeinsam mit Sparkassen betrieben, hervorragend bewährt, ergänzte Zellner, der in einem sehr persönlich gehaltenen Resümee eine Bilanz seiner eigenen Amtszeit als bayerischer Sparkassenpräsident zog und dabei die Bedeutung der Sparkassen für die heimische Wirtschaft betonte. □



Präsident Theo Zellner und Vizepräsident Roland Schmautz (v. l.)

sich die BayernLB allein 2013 von weiteren rund 50 direkten und indirekten Beteiligungen und reduzierte ihr Portfolio damit – die ungarische MKB Bank und einige kleinere Gesellschaften ausgenommen – auf einen für das Geschäftsmodell angemessenen Umfang. Die Konzern-Bilanzsumme sank durch diese und weitere Maßnahmen zur Fokussierung der Bank im Jahresverlauf nochmals deutlich um gut 31 Mrd. Euro auf 255,6 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2013. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verringerte sich um mehr als 1.300 auf gut 8.500.

Häusler: „Die BayernLB ist knapp fünf Jahre nach der Krise eine andere Bank. Wir haben energisch unsere zweite Chance genutzt, die wir nach der Beendigung des EU-Beihilfeverfahrens erhalten hatten. Dazu verknüpfte unsere Bank ihr traditionell starkes Kreditgeschäft mit ihrer Kapitalmarktexpertise und verzichtete auf Kreditersatzgeschäft. Heute steht der Kunde im Fokus.“

Ungeschminktes Bild

Das Kerngeschäft als tragendes Fundament des BayernLB-Konzerns entwickelte sich 2013 trotz des Niedrigzinsumfelds und der Investitionszurückhaltung der deutschen Wirtschaft erfreulich robust. Die Kundenbeziehungen mit Unternehmen, Immobilienwirtschaft, Sparkassen, öffentlicher Hand und Privatkunden brachten Erträge von mehr als 1.900 Mio. Euro ein und übertrafen damit die Planungen. Der Gewinn der Kernaktivitäten belief sich vor Steuern und Restrukturierungsaufwand auf 586 Mio. Euro.

Der Verlust der hochdefizitären MKB in Höhe von -409 Mio. Euro „verhagelte“ leider das Gesamtergebnis. Wegen der Belastungen bei der ungarischen Konzerntochter schlugen -475 Mio. Euro (Vj.: 28 Mio. Euro) zu Buche. Ausschüttungen auf Stille Einlagen und Genussrechtsverbindlichkeiten erfolgen daher nicht. Für weitere Kapital-Zahlungen an den Freistaat Bayern

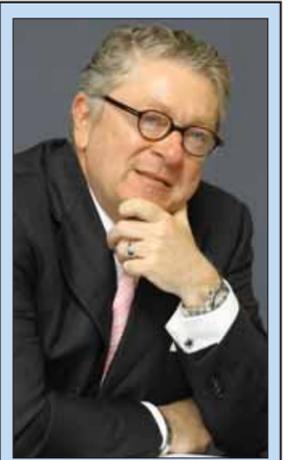
im Zusammenhang mit dem abgeschlossenen Beihilfeverfahren ist das HGB-Ergebnis derzeit jedoch von untergeordneter Bedeutung. Entscheidend für die notwendige Zustimmung der Aufsichtsbehörden ist vor allem die Eigenkapitalausstattung.

Verpflichtungskatalog

Den mit der Europäischen Kommission im abgeschlossenen Beihilfeverfahren vereinbarten Verpflichtungskatalog setzt die BayernLB weiterhin konsequent um. Dazu gehört unter anderem die weit fortgeschrittene Abgabe von Beteiligungen und der Abbau der Randaktivitäten, während das Kerngeschäft auch wachsen darf. Darüber hinaus schüttete die BayernLB im Jahr 2013 weiteres als Beihilfe erhaltenes Eigenkapital an den Freistaat Bayern aus und überwieb seit dem November 2012 insgesamt 931 Mio. Euro, die auf das auferlegte Zahlungsziel von fast fünf Milliarden Euro bis 2019 anrechenbar sind. Unter Berücksichtigung der Gebühren für den ABS-Garantieschirm sowie der Wiederauffüllung der Stillen Einlage erbrachte die Bank mehr als 1,6 Mrd. Euro an wirtschaftlichen Leistungen an den Freistaat Bayern. Durch die zur Jahresmitte 2013 von den bayerischen Sparkassen vorgenommene Kapitalerhöhung erhöhte sich deren über den Sparkassenverband Bayern gehaltener Anteil an der BayernLB auf rund 25 Prozent, während sich der Anteil des Freistaats Bayern nunmehr auf rund 75 Prozent beläuft.

Verwaltungsaufwand gesunken

Der Verwaltungsaufwand sank um 6,5 Prozent auf 1.533 Mio. Euro. In diesem Betrag sind vorsorglich Rückstellungen für mögliche Aufwendungen wegen der Anpassung der betrieblichen Altersvorsorge enthalten. Darüber hinaus sind im Verwaltungsaufwand Abschreibungen im Zusammenhang mit Investitionen in eine moderne Systemlandschaft für die verkleinerte BayernLB enthalten.



Wichtige Korrektur: GVB muss es heißen!

„Wie kann das passieren?“, wird sich mancher Leser verwundert gefragt haben. In unserer GZ-Ausgabe Nr. 6 vom 20. März berichteten wir über die Bilanzpressekonferenz des Genossenschaftsverbands Bayern – der natürlich mit „GVB“ abgekürzt wird. Wie das vollkommen falsche „GKV“ den Weg in unsere Überschrift fand, ist fast nicht entschuldbar. Es war der Präsident der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken, Prof. Dr. Stephan Götzl, der sich namens des GVB über die Brüsseler Regulierungsflut beklagte. Wir bitten herzlich um Verzeihung! □

BayernLB legt Konzern-Bilanz 2013 vor:

Kapitalquoten so hoch wie nie, solides Kerngeschäft

MKB beeinträchtigt Gesamtergebnis / Fokus auf Bayern und Deutschland / Randaktivitäten weitgehend abgebaut

Der BayernLB-Konzern hat im Jahr 2013 bei solide laufendem Kerngeschäft wesentliche Randaktivitäten abgebaut und weitere Kapitalreserven angelegt. Die nach den Maßgaben der European Banking Authority (EBA) ermittelte Kernkapitalquote lag zum Jahresende mit 15,2 Prozent auf einem neuen Höchststand und stieg damit gegenüber dem Vorjahreswert um 3,6 Prozent an.

Vor dem Hintergrund der seit November 2012 erbrachten wirtschaftlichen Leistungen von mehr

als 1,6 Mrd. Euro an den Freistaat Bayern in Folge des EU-Beihilfeverfahrens ist das besonders be-

merkenswert. Bei vollständiger Anwendung der Basel III-Vorschriften unter IFRS („fully loaded“) ist die BayernLB mit einer im Branchenvergleich guten Core-Tier-1-Quote von 12,6 Prozent zum 31. Januar 2014 ausgestattet. Gestützt auf diese Kapitalbasis kann die Bank künftigen geschäftlichen oder auch regulatorischen Herausforderungen mit Zuversicht entgegen sehen. Diese Bilanz zog der noch amtierende Vorstandsvorsitzende der BayernLB Gerd Häusler vor der Presse in München.

Transformation weitgehend abgeschlossen

Die BayernLB verbesserte ihre Kapitalquoten insbesondere durch den Eigenkapital freisetzenden Abbau von Nicht-Kerngeschäft, der vergangenes Jahr in hohem Tempo voranging. Die Bank veräußerte beispielsweise ihre Anteile an der Lufthansa AG, der GBW AG und der SaarLB. Außerdem verkaufte sie im vierten Quartal wesentliche Anteile an der Fondsgesellschaft KGAL und übertrug das Privatkundengeschäft der Luxemburg-Tochter LBLux an die Banque de Luxembourg. Nach den bereits in den Vorjahren erfolgten Transaktionen trennte



Würdigung zum Abschied: Ministerpräsident Horst Seehofer bedankte sich während eines Empfangs beim Vorstandsvorsitzenden der BayernLB Gerd Häusler, der in schwierigen Zeiten die Kommandobrücke des Zentralinstituts der bayerischen Sparkassen übernommen hatte. □

Ausblick für das Jahr 2014

Die BayernLB wird im angelegenen Geschäftsjahr 2014 ihr kundenorientiertes Kerngeschäft weiter vorantreiben und plant ein Wachstum ihres Geschäftsvolumens. Die Bank dürfte dabei ei-

BayernLB-Geschäftsbericht im Internet

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2013 steht ab dem 15. April auf der Webseite www.bayernlb.de zum Download bereit. □

nerseits von der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Belebung im Kernmarkt Deutschland profitieren. Andererseits werden die Erträge auch weiterhin durch das auf absehbare Zeit niedrige Zinsumfeld beeinflusst werden.

Zudem steht die Finanzbranche in Europa vor erheblichen Herausforderungen in Hinblick auf den laufenden Asset Quality Review der Europäischen Zentralbank und den anschließenden Stresstest. Die BayernLB ist aufgrund ihrer komfortablen Kapitalausstattung und ihres robusten Geschäftsmodells ausreichend stabil aufgestellt, um den genannten Entwicklungen im Jahr 2014 sowie etwaigen Belastungen aus Altlasten (unter anderem MKB) erfolgreich zu begegnen. □

Bayerischer Qualitätspreis 2014:

Auszeichnung für wirtschaftsfreundliche Gemeinden

Bei einem Festakt in der Münchner Residenz wurden die Gewinner des Bayerischen Qualitätspreises 2014 des bayerischen Wirtschaftsministeriums prämiert. Der Bayerische Qualitätspreis schafft seit 1993 Anreize für Höchstleistungen und wirbt branchenübergreifend für ein konsequentes Qualitätsmanagement.

In den Kategorien Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleister wurden neun bayerische Unternehmen ausgezeichnet, die mit umfangreichen Qualitätssicherungskonzepten und innovativen Lösungen vorangehen. Außerdem prämierte die Jury, bestehend aus zwei unabhängigen Expertengremien unter Vorsitz von Prof. DDR. h.c. mult. Wildemann vom Forschungsinstitut für Unternehmensführung, Logistik und Pro-

duktion der Technischen Universität München, drei bayerische Gemeinden, die wirtschaftsfreundliche Bedingungen schaffen und dabei den Qualitätsgedanken konsequent umsetzen. Zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit wurde in diesem Jahr zum zweiten Mal auch der Sonderpreis für innovative Kooperationsprojekte mehrerer Kommunen mit Modellcharakter vergeben.

200 Jahre Unterfranken in Bayern:

Aushängeschild für den Freistaat

Heuer jährt sich die Eingliederung wesentlicher Teile Unterfrankens in den neubaierischen Staat zum 200. Mal. Nach den Aktivitäten zur 150-Jahr-Feier im Jahre 1964 und zur 175-Jahr-Feier im Jahre 1989 wird auch 2014 diesem bedeutenden historischen Ereignis angemessen Rechnung getragen.

So hat der Bezirk Unterfranken in Zusammenarbeit mit der Julius-Maximilians-Universität und den Freunden Mainfränkischer Kunst und Geschichte Würzburg den Historischen Atlas „Unterfranken in Bayern 1814-2014“ herausgegeben. Erstmals liegt damit ein historischer Atlas zur unterfränkischen Geschichte der vergangenen 200 Jahre vor. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Markus Naser von der Julius-Maximilians-Universität Würzburg haben sich fast 30 namhafte Autoren zusammengefunden, Unterfrankens politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Geschichte der vergangenen 200 Jahre auf annähernd 60 Karten zu dokumentieren und in begleitenden Texten zu erläutern.

Begleitend zum Atlas hat der Bezirk gemeinsam mit dem Amt für Ländliche Entwicklung eine Wanderausstellung konzipiert, die wichtige Stationen der gemeinsamen unterfränkisch-bayerischen Geschichte dokumentiert. Im Rahmen eines Festakts in der Würzburger Neubaikirche übernahm diesen Part Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer. Er verwies darauf, dass „im Zuge des Niedergangs des (alten) Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, der umwälzenden Ereignisse und Umbrüche der napoleonischen Zeit, damit einhergehend der sich wiederholte ändernden Allianzen der früheren Herrschaftshäuser, das Großherzogtum Würzburg 1814 durch einen Vertrag Bayerns mit Österreich damals wieder und damit endgültig zu Bayern kam“.

Historie

Der Vertrag wurde durch die Wiener Schlussakte vom 9. Juni 1814 bestätigt. Die Bevölkerung des seinerzeitigen Großherzogtums und früheren Hochstifts Würzburg zählte nun zu den Untertanen des bayerischen Königs Max I. Josef und gehörte damit zu dem bereits 1806 entstandenen Königreich Bayern. Ebenfalls bayerisch wurde am 26. Juni 1814 das Fürstentum Aschaffenburg, das heute dem Gebiet des Bayerischen Untermaines entspricht und bis dato eine eigene historische Entwicklung aufwies.

Mit dem Jahr 1814 wurden somit der mainfränkische Raum und der Untermain Teil der gesamt-bayerischen Geschichte. Die neugewonnenen Landesteile erhielten zunächst den Namen „Untermainkreis“ und ab 1838 den Namen „Unterfranken und Aschaffenburg“. Die Bezeichnung Unterfranken wurde damit amtlich. Un-

ter dem Motto „Vom neuen zum modernen Bayern“ wurden bereits 2006 die 200-Jahr-Feierlichkeiten anlässlich der Erhebung Bayerns zum Königreich begangen. Aus unterfränkischer Sicht im Jahr 2006 etwas zu früh angesetzt war dagegen laut Beinhofer die Landesausstellung „200 Jahre Franken in Bayern“ in Nürnberg, nachdem sich für Unterfranken der Zusammenschluss erst im Jahr 1814 auf Dauer ergab. „Letztlich wurde – und dies kann man durchaus mit Selbstbewusstsein sagen – der neue, moderne bayerische Staat erst durch das Hinzukommen des heutigen Unterfranken geographisch, wirtschaftlich und politisch „vervollständigt“, um nicht zu sagen „vollendet“, betonte Beinhofer.

Bayerns deutsche Mitte

Erst durch das Hinzukommen Unterfrankens sei Bayern als geschlossenes Staatsgebiet unmittelbar auch geographisch in die deutsche Mitte gerückt und habe damit direkt Anschluss an die dynamisch sich entwickelnden dortigen Wirtschaftsräume über Franken hinaus erhalten. Beinhofer: „Unterfranken war und ist Bayerns deutsche Mitte. Und: Seit dem letzten Jahr, genau genommen seit dem 1. Juli 2013 mit dem Beitritt Kroatiens, liegt auch der Mittelpunkt der EU in Unterfranken - in Westermgrund, Landkreis Aschaffenburg.“

Auch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer würdigte die Bedeutung Unterfrankens für Bayern: „Seit 200 Jahren bereichert Unterfranken Bayern. Unterfranken ist reich an kulturellen Schätzen, hat sich zu einem starken Industrie- und Dienstleistungsstandort entwickelt und verfügt über eine ausgezeichnete Bildungs- und Forschungsinfrastruktur als Basis für Innovationen. Heute ist Unterfranken ein kulturelles, wirtschaftliches und technologisches Aushängeschild für den Freistaat.“

Unterfranken sei eine dynamisch wachsende High-Tech-Region, stellte Seehofer fest. Die Region verfüge mit ihrer Traditionsuniversität in Würzburg, den Hochschulen Würzburg-Schweinfurt und Aschaffenburg sowie einer Vielzahl an außeruniversitären Forschungseinrichtungen über eine ausgezeichnete Bildungs- und Forschungslandschaft. Unterfranken sei mit seinen herausragenden kulturellen Schätzen Heimat für alle, die hier leben und ein beliebter Anziehungspunkt für Besucherinnen und Besucher aus nah und fern.

„Produkte und Dienstleistungen ‚made in Bavaria‘ überzeugen durch ihre exzellenten Qualitätsstandards“, betonte Bayerns Sozialministerin Emilia Müller in Vertretung von Staatsministerin Ilse Aigner. Dieses Höchstmaß an Qualität sichere die Attraktivität des bayerischen Wirtschaftsstandorts. Müller: „Dazu leisten die Preisträger einen großen Beitrag.“

Marktheidenfeld

Als eine von drei „wirtschaftsfreundlichen Gemeinden“ erhielt die Stadt Marktheidenfeld den Bayerischen Qualitätspreis. Ers-

te Bürgermeisterin Helga Schmidt-Neder nahm die Auszeichnung entgegen. Sie zeigte sich stolz auf und glücklich über diesen Preis. „Damit hat die jahrzehntelange Arbeit, hier eine wirtschaftsfreundliche Gemeinde zu gestalten, Anerkennung gefunden“, betonte Schmidt-Neder. „Auf diesen Lorbeeren dürfen wir uns jetzt aber nicht ausruhen, sondern die Rahmenbedingungen für Unternehmen müssen weiterhin ausgebaut und optimiert werden.“

Breiter Branchenmix

In der Laudatio heißt es: „Marktheidenfeld - da geht's dir gut! - so lautet der Slogan der Stadt. Und in der Tat bietet Marktheidenfeld seinen Bürgern und Unternehmen eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur, ein breites Angebot für Familien und alle Generationen, kulturelle Vielfalt und einen nicht weniger ausgezeichneten Freizeitwert. Das Ergebnis kann sich heute sehen lassen. Marktheidenfeld zeichnet sich durch einen breiten Branchenmix aus und auch der Einzelhandel floriert. Dies beeindruckt nicht nur Bürger und Gäste, sondern auch die Jury des Bayerischen Qualitätspreises.“

Forchheim

Zum ersten Mal wurde die Stadt Forchheim mit dem Bayerischen Qualitätspreis - Wirtschaftsfreundliche Gemeinde ausgezeichnet. Insbesondere wurde die Schaffung von rund 2.000 neuen Arbeitsplätzen seit 2007 in der Großen Kreisstadt Forchheim als Beleg für die optimalen wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen für ortsansässige Unternehmen im

Handwerk und der Industrie hervorgehoben. Oberbürgermeister Franz Stumpf, Bürgermeister Franz Streit und das Team der Wirtschaftsförderung um Birgit Müller und Viktor Naumann nahmen die Urkunde entgegen.

Mehrwert für die Stadt

„Wir sind stolz, diesen Preis gewonnen zu haben und werden damit in der Zukunft für unseren Wirtschaftsstandort werben! Die Verleihung des Qualitätspreises 2014 an unsere Stadt ist eine besondere Auszeichnung und zeigt die positive wirtschaftliche Entwicklung - gerade in den letzten Jahren - nach dem massiven Strukturwandel in der Vergangenheit. Durch unseren pro-aktiven Wirtschaftskurs und die effektive Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den regionalen Unternehmen schaffen wir gemeinsam neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze und erzielen einen Mehrwert für die Stadt Forchheim“, stellte OB Stumpf fest.

Holzkirchen

Auch die oberbayerische Gemeinde Holzkirchen mit Bürgermeister Josef Höß an der Spitze durfte sich über den Bayerischen Qualitätspreis freuen. Alexandra Killisperger, im Rathaus mit der Standortförderung befasst, hatte im Vorfeld eine 70-seitige Bewerbungsmappe erstellt.

Hauptamtliche Standortförderung

Viele Punkte sammelte Holzkirchen allein durch die Tatsache, dass es eine hauptamtliche Standortförderung gibt. Höß war anfangs skeptisch, ob ein Standortförderer sein Geld wert ist. „Aber Frau Killisperger hat mich eines Besseren belehrt, es war damals die richtige Entscheidung des Gemeinderats.“ Die Firmen wüssten sehr zu schätzen, einen direkten Ansprechpartner im Rathaus zu haben.

Gewerbegebiet Föching

Killispergers Gesellenstück ist die Vermarktung des Gewerbegebiets Föching. „Die Gemeinde achtet hier genau darauf, dass Flächenverbrauch und Arbeitsplätze in einem guten Verhältnis stehen“, bemerkte Höß. Der Technologie-Riese Bosch wurde angelockt, zuletzt auch die Josef Weiß Plastik GmbH aus Brunn-

thal. Schon jetzt sind laut Höß 350 neue Arbeitsplätze abzusehen. „Und dabei sind erst 40 Prozent der Fläche vergeben.“ Eindruck machte bei der Jury auch das Technologie- und Gründerzentrum, in dem sich Tüftler und Start-Ups ihre ersten Spuren verdienen können.

Nicht zuletzt entschloss sich die Gemeinde vor kurzem, ein eigenes Glasfasernetz für Hochgeschwindigkeits-Internet aufzubauen. „Für Unternehmen ist das einer der wichtigsten Standortfaktoren“, hob Killisperger hervor.

Sonderpreis

Um die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern, wurde in diesem Jahr zum zweiten Mal auch der Sonderpreis für innovative Kooperationsprojekte mehrerer Kommunen mit Modellcharakter vergeben. Hier ging die Auszeichnung an das gemeinsame Kommunalunternehmen „Gewerbeflächenpool Wirtschaftsband A9“ mit den beteiligten Orten Pegnitz, Creußen, Gesees, Gräfenberg und Obertrubach.

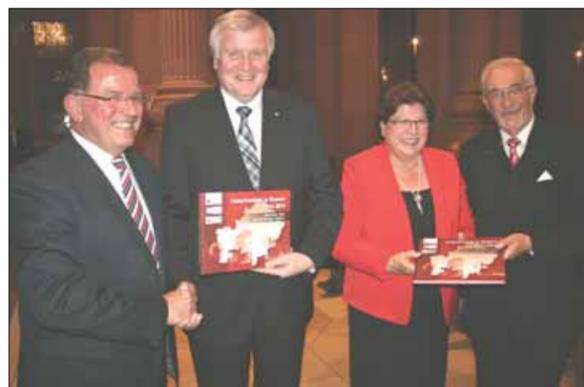
Strategien

Die Repräsentanten der beteiligten Kommunen und der Vorsitzende des Kommunalunternehmens, A 9-Projektmanager Michael Breitenfelder, zeigten sich bei der Preisverleihung stolz, auch wenn die Auszeichnung „nur“ aus einer Urkunde und einer Glaspypiramide besteht.

Die übergeordnete Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz setzt sich aus drei Strategielinien zusammen: 1. Anpassung kommunaler Aufgaben an zukünftige Gegebenheiten, 2. Inwertsetzung von Landschaft und Kultur, 3. Innovation und Unternehmensentwicklung. Die Umsetzung dieser Strategielinien erfolgt in fünf Handlungsfeldern: „Landschaft und Landwirtschaft“, „Dörfliche und städtebauliche Entwicklung“, „Tourismus und Naherholung“, „Wirtschaft“ sowie „Kultur - Soziales - Lebensqualität“.

Handlungsfelder

Insgesamt werden in den fünf Handlungsfeldern mehr als 50 Projektvorschläge sowie viele weitere Projektideen aufgelistet. Diese Projektansätze wurden in den Arbeitskreisen, Regionalforen und in den Gemeinden erarbeitet und diskutiert. DK



Jeweils ein druckfrisches Exemplar des historischen Atlanten „Unterfranken in Bayern 1814-2014“ überreichten Bezirkspräsident Erwin Dotzel (l.) und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (r.) an Ministerpräsident Horst Seehofer und Landtagspräsidentin Barbara Stamm. Bild: Mauritz

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Jeden Sonntag um 17.45 Uhr auf der Frequenz von RTL. www.tvbayernlive.de

Bilanzpressekonferenz der Flughafen München GmbH:

Erneute Spitzenwerte

Höhere Gewerbesteuereinnahmen für die Umlandgemeinden

Auf ein erfolgreiches Jahr 2013 blickt die Flughafen München GmbH (FMG) angesichts der Passagierzahlen und Wirtschaftsergebnisse zurück. Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa und der Konsolidierungsmaßnahmen zahlreicher europäischer Airlines zeigte sich der Vorsitzende der Geschäftsführung der FMG, Dr. Michael Kerkloh, mit der stabilen Entwicklung des Münchner Flughafens zufrieden: „Der anhaltende wirtschaftliche Erfolg stärkt unsere Kapitalmarktfähigkeit ebenso wie die Investitionskraft, die wir insbesondere für unsere strategischen Ausbauprojekte benötigen.“

Mit rund 38,7 Millionen Fluggästen wurde Kerkloh zufolge das Vorjahresaufkommen um rund 300.000 Reisende bzw. ein Prozent übertroffen. „Die Passagierfrage nach Flügen von und zum Münchner Airport steigt also weiterhin an, wenn auch derzeit eher moderat.“ Kerkloh wies in

diesem Zusammenhang darauf hin, „dass wir mit unserem bestehenden Bahnsystem ungeachtet der Rückgänge im Bewegungsaufkommen auch im Jahr 2013 in den Verkehrsspitzen regelmäßig an der Kapazitätsgrenze operieren. Zusätzliche Starts oder Landungen, die von den Fluggesell-

schaften nachgefragt werden, können in diesen Zeiten nicht mehr realisiert werden. Dieser Sachverhalt ist übrigens in dem Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof durch die Ausführungen einer Mitarbeiterin des Flughafenkoordinators der Bundesrepublik Deutschland noch einmal ausdrücklich bestätigt worden.“

Insofern sei es auch irreführend, „die reale Entwicklung der Flugbewegungen immer wieder mit vermeintlichen Jahreswerten aus einer Bedarfsprognose zu vergleichen“. Die Bedarfsprognose unterstelle ein engpassfreies Wachstum, das am Flughafen München aufgrund der bestehenden Unterkapazitäten nicht mehr möglich ist. Das aktuelle Aufkommen bilde also nicht die reale Nachfrageentwicklung, sondern vielmehr bereits die Auswirkungen der Kapazitätsdefizite ab.

Wie der FMG-Geschäftsführer weiter feststellte, stieg die Auslastung der Flugzeuge um 0,7 Prozentpunkte auf 75,2 Prozent, den bisher höchsten Wert seit der Inbetriebnahme des Airports im Jahre 1992. Die Anzahl der im Passagierverkehr pro Flug durchschnitt-

lich angebotenen Sitzplätze nahm im Jahr 2013 von 138 auf 144 zu.

Rund 382.000 Starts und Landungen wurden am Münchner Flughafen durchgeführt, vier Prozent weniger als im Vorjahr. Die gestiegene Passagierfrage konnte auch 2013 noch durch den Einsatz größerer Flugzeuge aufgefangen werden. Die Transportleistungen im Bereich der Luftfracht lagen 2013 am Münchner Flughafen annähernd auf Vorjahresniveau. Insgesamt wurden rund 270.000 Tonnen Luftfracht umgeschlagen.

Als stabilisierender Faktor erwies sich im vergangenen Jahr einmal mehr der Drehkreuzverkehr. So blieb der Umsteigeranteil mit 39 Prozent auf dem Vorjahresniveau, das Gleiche gilt für das Angebot an Destinationen und Sitzplätzen. Die stärksten Zuwächse beim Passagieraufkommen wurden mit jeweils rund zwei Prozent im Europaverkehr und im Interkontinentalverkehr erzielt. Dagegen gingen die Fluggastzahlen im innerdeutschen Verkehr nicht zuletzt aufgrund der nachfragegedämpften Wirkung der Luftverkehrssteuer um rund drei Prozent zurück.

Mit den Verkehrsergebnissen des Jahres 2013 konnte der Flughafen München seine Position im internationalen Wettbewerb festigen. Bezogen auf das Fluggastaufkommen rangiert das bayerische Luftverkehrsdrehkreuz wie im

Flughafen München:

Nummer eins in Europa

Jedes Jahr kürt das britische Consulting-Unternehmen Skytrax im Rahmen der „World Airport Awards“ die besten Flughäfen des Planeten. Grundlage hierfür bildet eine Umfrage zur Zufriedenheit von Passagieren in aller Welt. Fast 13 Millionen Kunden aus 110 Ländern nahmen an der Befragung teil. Einen Satz nach vorne machte im Vergleich zum Vorjahr der Flughafen München. Er verbesserte sich um drei Plätze und landete 2014 auf dem dritten Rang. Damit ist der Münchner Flughafen der Beste in Europa. **DK**

Vorjahr innerhalb Europas wieder auf Platz 7 und im weltweiten Vergleich auf Platz 30.

Der wirtschaftliche Erfolg des Flughafenkonzerns manifestiert sich nach Kerklohs Worten in einem Gesamtergebnis nach Steuern, das nach den noch vorläufigen Berechnungen bei 95 Millionen Euro und damit auf Vorjahresniveau liegt. Auch der Konzernumsatz bewege sich mit knapp 1,2 Milliarden Euro wieder in der Größenordnung des Vorjahreswertes. Vom guten Wirtschaftsergebnis des Münchner Flughafens profitierten nicht zuletzt die Umlandgemeinden, die mit höheren Gewerbesteuereinnahmen rechnen dürfen: „Für 2013 werden wir demnach insgesamt knapp 30 Millionen Euro an Gewerbesteuer an die Umlandgemeinden auszahlen, über fünf Millionen mehr als im vergangenen Jahr.“

Dass der Flughafen München

im Jahr 2014 gute Voraussetzungen hat, seine erfolgreiche Entwicklung fortzuschreiben, macht laut Kerkloh ein Blick auf den neuen Sommerflugplan deutlich. Gerade im Interkontinentalverkehr stünden den Reisenden nunmehr äußerst attraktive neue Verbindungen zur Verfügung.

Rund 220.000 Starts und Landungen haben die Fluggesellschaften für die 30 Wochen dauernde Flugplanperiode angemeldet. Den Reisenden stehen am Flughafen München während der Sommersaison 229 Ziele in weltweit 63 Ländern zur Auswahl. Neben 17 innerdeutschen Zielen und 167 Destinationen auf der Mittelstrecke werden auch 45 Langstreckenziele regelmäßig angefliegen. **DK**

Regionaler Planungsverband München:

Handwerk als feste Größe

Ein Vortrag des Präsidenten der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Heinrich Traublinger, MdL a. D., stand im Zentrum der jüngsten Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes München unter dem Vorsitz von Neufahrns Erstem Bürgermeister Rainer Schneider. Traublinger gab einen dezidierten Überblick über die aktuellen politischen Herausforderungen auf Bundes-, Landes- und insbesondere Kommunalebene.

„In der Planungsregion München ist das Handwerk eine feste Größe“, stellte Traublinger fest. Zum 31. Dezember 2013 waren knapp 47.000 Handwerksbetriebe in der Planungsregion registriert, die einen Umsatz von 18,6 Mrd. Euro erwirtschafteten. Damit konnte der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % nominal gesteigert werden. Auch bei der Zahl der tätigen Personen sei ein leichtes Plus von 0,4 % zu verzeichnen. Im Jahresdurchschnitt lag deren Zahl bei 163.000. Das Handwerk habe damit in der Region einen Anteil von 11,5 % an den Unternehmen, 10,1 % an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und von 4,2 % an allen Umsätzen. „Es ist ein wichtiger Teil der sogenannten Münchner Mischung aus international erfolgreichen Großunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen“, betonte der Präsident.

Eine besonders wichtige Funktion erfülle das Handwerk traditionell bei der Ausbildung des Berufsnachwuchses. Insgesamt werden in der Planungsregion München derzeit 11.800 Lehrlinge im Handwerk ausgebildet. Damit hat jeder vierte Auszubildende eine Lehrstelle im Handwerk. Im Jahr 2013 wurden 4.136 Lehrverträge neu abgeschlossen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass rund jeder siebte vom Handwerk angebotene Ausbildungsplatz nicht besetzt werden konnte.

„Diese Zahlen untermauern den Stellenwert des Handwerks als Wirtschaftskraft, als Arbeitgeber und als Ausbilder. Die Bedeutung des Handwerks für die Lebensqualität in der Region geht aber weit darüber hinaus. Schließlich steht unser Wirtschaftsbereich auch für Wohnortnähe, für individuelle Produkte, fachmännische Dienstleistungen und umfassenden Service“, so Traublinger.

Mit Blick auf einige Trends, denen sich das Handwerk stellen muss und die in der nahen Zukunft die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung prägen werden, nannte Traublinger die gewaltigen Veränderungen im Energiebereich. Im Handwerk selbst sei umfangreiches Know-how vorhanden, um die Energiewende den Zielen ein Stück näher zu bringen und zukunftsfähige und vor allem auch wirtschaftliche Lösungen zu verwirklichen. Etwa 30 Berufe im Handwerk böten Leistungen in energierelevanten Sektoren an. Handwerksbetriebe seien Problemlöser bei Gebäudesanierung, erneuerbaren Energien, aber auch effizienten konventionellen Energiekonzepten. Dieses Po-

tenzial müsse zur Entfaltung gebracht werden.

Die Handwerkskammer für München und Oberbayern unterstützt die Unternehmen durch die Entwicklung eines entsprechenden Weiterbildungsangebots, damit diese die Potenziale auch nutzen können. „Wir sind zusammen mit vier weiteren Handwerkskammern und sechs Innungen aus dem Kfz- und Elektrobereich beteiligt am Verbundprojekt Smart Advisor, das im Rahmen des Schaufens Bayern-Sachsen „ELEKTRO-MOBILITÄT VERBINDET“ durchgeführt wird. Im Mittelpunkt des Projekts steht die Entwicklung eines Weiterbildungslehrgangs Elektromobilität Erfahrung Smart Advisor zum Berater beziehungsweise zur Beraterin für Elektromobilität (HWK). Damit stellen wir sicher, dass interessierte Handwerker für diese Herausforderung von Anfang an bestens gerüstet sind“, erläuterte Traublinger.

Da für die kleinen und mittleren Unternehmen aber vor allem die Verhältnisse vor Ort entscheidend seien, diene das Handwerk als eine Art Eckpfeiler für die Nähe von Wohnen, Arbeiten und Versorgung. Das Handwerk sei immer Teil einer lebendigen Ortsmitte gewesen und habe damit auch die Kommunen historisch geprägt. Leider würden diese erfolgreichen und die Lebensqualität maßgeblich fördernden Strukturen immer mehr gefährdet. Einzelhandels-großprojekte auf der grünen Wiese bedrohten die mittelständischen Unternehmen und förderten eine Verödung der Innenstädte und ein weiteres Anwachsen der Verkehrsströme. „Hier müsste die Raumplanung einen Riegel vorschieben“, forderte Traublinger. Stattdessen sei aber durch die vor kurzem erfolgte Überarbeitung des Systems der Zentralen Orte die Zahl der Kommunen, die für Einzelhandels-großprojekte in Frage kommen, sogar verdoppelt worden.

Mit Blick auf den Öffentlichen Personennahverkehr plädierte der Handwerkskammerchef dafür, insbesondere das S-Bahn-Angebot in der Region zu verbessern. Die Stammstrecke zwischen Laim und Ostbahnhof werde in Stoßzeiten mehr und mehr zum Nadelöhr und sei daher anfällig für Störungen. Deshalb erachte er die 2. Stammstrecke als unverzichtbar. Nicht zuletzt sei für eine schnellere Erschließung des Flughafens München und einen Ausbau der S-Bahn-Außenäste bzw. eine Verkürzung der Taktzeiten die vollständige Realisierung des Bahnknotens München erforderlich.

„Schläft ein Lied in allen Dingen“

1. Internationales Festival des Liedes „Dein LIED“ feiert im Mai in Rothenburg Premiere

Rothenburg (oh) Das Kunst- und Volkslied hat gerade im deutschen Sprachraum eine sehr hohe Qualität entwickelt. Zudem böten die alten Lieder den Menschen Wurzeln und Orientierung in einer immer unübersichtlicheren Welt, sagt der Opernsänger Christoph von Weitzel. Deshalb lädt er vom 22. bis 25. Mai zum 1. Internationalen Festival „Dein Lied“ nach Rothenburg ob der Tauber ein.

In Workshops und Konzerten können Teilnehmer und Gäste Liedgut aus aller Welt entdecken. Der Veranstaltungsort im Mittelfränkischen ist dabei kein Zufall: Rothenburg selbst gilt mit seiner herrlichen Lage an der „Romantischen Straße“, seiner Architektur und der langen Geschichte als Inbegriff der Deutschen Romantik. In derselben Zeit erlebte das romantische Kunstlied im deutschen Bildungsbürgertum seine Hochblüte. Als Inspiration dienten die alte Weisen und Volkslieder.

Wie aber kam Opernsänger Christoph von Weitzel auf das Volkslied? Schon in seiner Familie habe man die Tradition des gemeinsamen Singens gepflegt, erinnert sich der Bariton. Und auch seine Klassenlehrerin habe zu Schulzeiten ein Lied nach dem anderen mit der Klasse einstudiert. Von Weitzel studierte Gesang bei Barry Mora an der Oper Frankfurt

und Professor John Lester (USA). Der Meisterkurs bei Elisabeth Schwarzkopf, besonders jedoch die Arbeit mit Walter Berry, prägten seinen künstlerischen Werdegang. Es folgten Engagements an zahlreichen Opernhäusern. Doch obwohl der charismatische Sänger an vielen großen Opernproduktionen mitwirkte - das Lied in seiner enormen Vielfalt und seine Entwicklungspotentiale bilden den Mittelpunkt seines künstlerischen Schaffens.

Im Zeitalter des Internet, in dem elektronische Medien und soziale Netzwerke für die meisten Menschen nicht mehr wegzudenken sind, stelle vor allem auch die flächendeckende Breitbandversorgung einen entscheidenden Standortfaktor dar. Besonders für Betriebe im Zulieferbereich ist es nach Traublingers Auffassung wichtig, „dass die weißen Flecken bei der Breitbandversorgung geschlossen werden, damit diese den Anschluss an die vernetzte Wirtschaft halten können“. Darüber hinaus benötigten die Handwerksbetriebe an ihren Erfordernissen orientierte, mittelstandsgerecht parzellierte und bezahlbare Gewerbeflächen. Vor allem aber dürften bestehende Betriebsstandorte nicht gefährdet werden. Insbesondere herannahende Wohnbebauung führe immer wieder zu Problemen. „Auch hier sehe ich eine große Verantwortung der Gemeinden“, so Traublinger abschließend. **DK**

wie Sinn gebende Welt versetzt. Doch zurück zum Volkslied. Was genau darunter zu verstehen ist, hat die Wissenschaft bis heute nicht beantwortet, sagt Weitzel. Deshalb wagt er sich selbst an eine Definition: Ein Volkslied sei ein Lied, das im Volk bekannt sei, vom Volk gesungen werde und im entsprechenden Sprachraum verwurzelt sei. Die ältesten bekannten Volkslieder im deutschen Sprachraum reichen zurück bis ins späte Mittelalter. Bis heute entsteht ständig neues Liedgut.

Nichts zu tun hat das Volkslied laut Weitzel mit volkstümlicher Musik. Anders indes sieht es mit Blick auf das Kunstlied aus, das seine Hochblüte im 19. Jahrhundert erfuhr und sich erst auf Basis der Volkslied-Tradition entwickeln konnte. „Die Qualität des deutschen Volksliedes ist zum Teil derart hoch, dass es nahezu ebenbürtig neben dem Kunstlied steht“, sagt von Weitzel. Da verwundert es nicht, dass selbst große Komponisten wie Johannes Brahms Volkslieder vertonten und eigene Volkslieder schufen. „Guten Abend, gut Nacht“ wurde in der Brahmschen Vertonung unter dem Titel „Wiegenlied“ zu einem der bekanntesten Schlaflieder der Welt.

Christoph von Weitzel liegt bei seiner Arbeit auch daran, über das Volkslied die Freude der Menschen am Kunstlied zu wecken. Selbiges bezeichnet er als „eines der wertvollsten Kulturgüter, um das uns die ganze Welt beneidet“.

Das Internationale Festival „Dein Lied“ hat von Weitzel auch als ein Forum internationaler Begegnungen konzipiert und ins Leben gerufen. Ein besonderer Leckerbissen dürfte das große Galakonzert „Europa im Lied“ am Freitag, 23. Mai, mit Gesangstarn aus Spanien, Schweden und Deutschland sein. „Das Medium Lied ist ein sehr schöner Weg, um andere Menschen und Kulturen kennenzulernen, aber auch, um unserer gemeinsamen Wurzeln bewusst zu werden“, sagt Weitzel. Nicht nur das Liedgut selbst, sondern auch Rothenburgs historische Kulisse kann dazu einen Beitrag leisten. **DK**



Christoph von Weitzel. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Theresa Flotzinger (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Ergebnisse des IW-Regionalrankings 2014:

Der Süden bleibt Spitze

Landkreis München mit Abstand erfolgreichste Region in Deutschland

Regionen stehen miteinander im Wettbewerb. Vor allem die Regionen im Süden Deutschlands haben sich eine starke Position erarbeitet. Wie das Regionalranking der IW Consult (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) ausweist, liegen 88 der erfolgreichsten 100 Regionen in Baden-Württemberg und Bayern. Der Aufholprozess Ostdeutschlands scheint dagegen ins Stocken geraten zu sein. Unter den 50 dynamischsten Regionen finden sich lediglich zehn aus Ostdeutschland. Sieger des Niveauvergleichs ist der Landkreis München.

Anhand einer Reihe von Indikatoren hat die IW Consult im Regionalranking 2014 das Niveau und die Entwicklung der sozioökonomischen Lage in 402 Städten und Kreisen in Deutschland seit 2007 untersucht. Die Indikatoren aus den Bereichen Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt und Lebensqualität wurden dabei unterschiedlich nach ihrem Einfluss auf den regionalen Erfolg gewichtet.

Aktiv und innovativ

Auf Basis des IW-Regionalrankings 2014 ist der Landkreis München die mit Abstand erfolgreichste Region in Deutschland. Der Sieger vereint die innovativste und aktivste Wirtschaftsstruktur, den zweitattraktivsten Arbeitsmarkt (hinter der bayerischen Stadt Erlangen) und die drithöchste Lebensqualität (hinter dem bayerischen Landkreis Starnberg und dem hessischen Darmstadt).

Das Ranking zeigt generell, dass Regionen mit einer überdurchschnittlich hohen Industriedichte erfolgreicher sind als andere. Industrieunternehmen können im Durchschnitt aufgrund ihrer größeren Produktivität höhere Löhne als Dienstleistungsunternehmen zahlen. Dies erhöht wiederum den Wohlstand der Region. Während die nominale Bruttowertschöpfung je Stunde in der Industrie 51 Euro im Jahr 2013 be-

trug, lag sie in der Gesamtwirtschaft bei nur 42 Euro. Das führte dazu, dass auch die Arbeitnehmerentgelte mit 36 Euro je Stunde in der Industrie rund 25 Prozent höher lagen als in der Gesamtwirtschaft mit 29 Euro (Statistisches Bundesamt, 2014).

In direktem Zusammenhang mit einem hohen Anteil von Industrieunternehmen steht auch die Patentintensität einer Region: Im Jahr 2012 bestritten Industrieunternehmen gut 87 Prozent aller Ausgaben für Forschung und Entwicklung (Stifterverband, 2013) und 74 Prozent aller Innovationsaufwendungen (ZEW, 2012). Dies erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriesektors, so dass in den vergangenen Jahren die starke Stellung im Markt gefestigt und weiter ausgebaut werden konnte.

Größerer Spielraum

Darüber hinaus verzeichnen Standorte mit den Hauptsitzen von Konzernen überdurchschnittliche Steuereinnahmen. Zum Beispiel erzielen Autoproduktionsstandorte eine um über 50 Prozent höhere Steuerkraft je Einwohner. Dies führt zu einem höheren finanziellen Gestaltungsspielraum, der wiederum durch eine höhere Investitionsneigung die Attraktivität der Regionen steigern kann.

Das Regionalranking zeigt auch: Ländliche Räume müssen

sich nicht hinter städtischen Wirtschaftszentren verstecken. Landkreise wie Erlangen-Höchstadt in Franken und Kelheim in Niederbayern schneiden besonders gut ab, weil sie wirtschaftlich bereits auf einem hohen Niveau waren und dieses sogar noch steigern konnten. Beide Kreise profitieren von ihrer Nähe zu Wirtschaftszentren, also zu Erlangen und Ingolstadt bzw. Regensburg. Den ansässigen Unternehmen kommen zudem die gute Verkehrsanbindung und nahe gelegene Hochschulen zugute.

Viele Regionen in Ostdeutschland kämpfen dagegen mit wirtschaftlichen Problemen. Von den schwächsten 40 Regionen des Dynamikvergleichs liegt rund die Hälfte im Osten. Besonders in den Bereichen Bildung und Innovation besteht Handlungsbedarf, denn die Schulabbrecherquote ist relativ hoch und es gibt zu wenige Patentanmeldungen im Vergleich zum Westen.

Kreative Strategien

Der Erfolg von Regionen hängt laut IW Consult vor allem davon ab, dass sie in folgenden Bereichen aktiv werden:

- Demografischer Wandel: Deutschland wird in Zukunft massiv Einwohner verlieren und braucht qualifizierte Fachkräfte – auch durch Zuwanderung
- Industrie: Industriestarke Regionen sollten die Rahmenbedingungen weiter verbessern – etwa durch wirtschaftsfreundliche Verwaltungen und Firmennetzwerke
- Attraktivität: Ländliche Regionen können vor allem durch kreative Marketingstrategien und Gründungswettbewerbe Anreize für Unternehmensansiedlungen setzen.
- Investitionen in die Infrastruktur: Ein attraktiver Lebens- und Arbeitsraum sowie eine gute Anbindung an wirtschaftlich starke Zentren sind im Wettbewerb der Regionen entscheidende Faktoren.

Das Niveau ranking zeigt ebenfalls, dass Automobilstandorte erfolgreicher abschneiden. Auf den vorderen Plätzen des Rankings positionieren sich neben Wolfsburg auch Ingolstadt (Audi), Regensburg und Dingolfing-Landau (BMW). Die Automobilbranche weist einige Erfolgsfaktoren auf, so dass sie grundsätzlich auch in Krisenzeiten vergleichsweise gute Voraussetzungen hat.

Auf Rang eins des Dynamikvergleichs und mit einem deutlichen Vorsprung ausgestattet befindet sich die Stadt Wolfsburg. Dahinter folgt mit dem bayerischen Ingolstadt ein Standort, der ähnliche Strukturen aufweist. Bemerkenswert ist, dass die Regionen Bayerns trotz ihres schon erreichten hohen Wohlstandsniveaus in den vergangenen Jahren an die erfolgreiche Entwicklung anknüpfen konnten. In Baden-Württemberg ist dies nicht zu beobachten. **DK**

posium mit Künstlern aus Deutschland, Tschechien und der Ukraine stattfinden. Die Gemeinde hat sogleich einen Zuschuss für die Durchführung gewährt.

Fruchtbare Kooperation

Die Kooperation zwischen der Gemeinde und den Kuns(tr)äumen kann, obwohl es das Ausstellungshaus erst seit einem dreiviertel Jahr gibt, schon als sehr fruchtbar bezeichnet werden. Und mit der Dalí-Ausstellung können beide Seiten zufrieden sein. Der Zuspruch der Besucher war so groß, dass die Ausstellung bis Anfang April verlängert wurde.

Info unter: www.kunstraume-grenzenlos.de □

Ein Blick in Dalís Hirn

Salvador Dalí grafische Meisterwerke in Bayerisch Eisenstein

Er war eine schrille Persönlichkeit, provozierte gerne und war immer gut für einen öffentlichkeitswirksamen Skandal. Noch heute wird Salvador Dalí (1904–1989) vielfach als Exzentriker und Tabubrecher wahrgenommen, doch zählt er auch zu den weltweit bekanntesten Künstlerpersönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Die Welt des Unbewussten und die Welt der Träume standen im Mittelpunkt seines künstlerischen Schaffens.

Es gibt wohl kaum jemanden, dem Dalí zerfließende Uhren oder die Elefanten mit Spinnenbeinen nicht schon vor Augen gekommen sind. Seine Ölbilder hängen in den bedeutendsten Museen der Welt. Die erst Ende Juli 2013 eröffneten Kuns(tr)äume grenzenlos in Bayerisch Eisenstein widmen sich einem anderen Aspekt von Dalí umfangreichem Werk. In fast 300 originalen, signierten Arbeiten wird ein tiefer Einblick in das grafische Schaffen des populären Surrealisten gegeben.

Imposante Werkschau

Die Besucher erwartet eine imposante Werkschau des Ausnahmekünstlers Salvador Dalí. Die Ausstellung ermöglicht einen einzigartigen Blick in sein eigenwilliges Universum und seinen künstlerischen Gestaltungswillen. Dalí kehrt hier seine tiefsten Seelenzustände nach außen und zeigt die Beweggründe für seinen extraordinären Lebensstil, der geprägt war von der Suche nach sich selbst.

Die Gemeinde Bayerisch Eisenstein zeigte sich offen und unterstützte die Kuns(tr)äume und die Dalí-Ausstellung nach allen Möglichkeiten. Die Anfrage, im Ortsgebiet, Werbeschilder für die Sonderschau aufzustellen wurde

vom Gemeinderat sogar begrüßt und fand einstimmige Befürwortung. Man sei stolz, dass so eine Attraktion im kleinen Bayerisch Eisenstein gezeigt werden könne, war die einhellige Meinung. Auch von Seiten der Eisensteiner Touristinfo war die Bereitschaft zur Mithilfe groß.

Werbemaßnahmen

Vor Ausstellungsbeginn wurde mit den Verantwortlichen der Kuns(tr)äume am runden Tisch besprochen, welche Werbemaßnahmen sinnvoll seien und was man gemeinsam auf die Beine stellen könne. So wurde die Touristinfo selbst aktiv in Sachen Werbung. Gemeinsam mit Bürgermeister Thomas Müller wurde zum Beispiel der Kontakt zur Arbeiter-Bergbahn hergestellt und die Möglichkeiten einer Kooperation ausgelotet. Bergbahn-Betriebsleiter Thomas Liebl zeigte sich aufgeschlossen, so dass neben anderen Aktionen die von Bürgermeister Müller ins Spiel gebrachte „Dalí-Gondel“, eine mit Dalí-Motiven gestaltete Gondel, verwirklicht werden konnte.

Dass sich die Zusammenarbeit mit der Gemeinde auch weiterhin positiv gestalten wird, zeigt sich schon beim nächsten Projekt der Kuns(tr)äume. Mitte Juni wird ein internationales Bildhauersym-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Zwischen der Gemeindeordnung und dem imperativen Mandat muss doch Platz für so etwas wie Verantwortungsbeusstsein und Loyalität sein.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las kopfschüttelnd über einige Fälle in Bayern, in denen gewählte Mandatsträger ihr Amt nicht angetreten haben oder schon vor dem Zusammentritt der neuen Ratsversammlung ihrer politischen Formation von der Fahne gegangen sind.

Natürlich kann kein Stadt-, Gemeinde- oder Kreisrat gezwungen werden, auf ewig und unbestimmt in der Fraktion, Partei oder Wählergruppe zu bleiben, die ihn für Wahlen aufgestellt hat. Tatsächlich geht das Kommunalrecht vom Idealbild des engagierten Bürgers aus, der sich für das Gemeinwohl in einer Ratsversammlung einsetzen will und dafür von den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen bekommt. Die

politischen Gruppen bei der Gestaltung des Gemeinwesens zeigen. Sie um alles zu kümmern und von allem etwas zu verstehen, das mag in sehr kleinen Orten noch möglich sein. Aber in einer Stadt wie unserer ist arbeitsteiliges Arbeiten unabdingbar. Hier setzt die andere Seite eines großen persönlichen Erfolges bei einer Wahl an: Die Verantwortung den Wählerinnen und Wählern gegenüber. Ein überzeugender Vertrauensbeweis an der Wahlurne sagt doch nur aus, dass einem zugehört wird, mit Engagement, Biss und einem offenen Ohr für die Leute Politik zu machen. Keiner erwartet einen fachlichen Tausendsassa, der die Feinheiten der Abfallbeseitigung und des Kanalbaus ebenso aus dem Eff Eff beherrscht, wie die Schulbauverordnung, die Immissionsschutzanforderungen oder die kommunale Verantwortlichkeiten regelnden Teile des Sozialgesetzbuchs.

So werden aus einstmals hochgeachteten Ratsherren (hier versagt meine Freude am dergerechten Formulieren, weil es doch Hand aufs Herz meistens Männer sind) oftmals belächelte Narren, wenn sie als Einzelkämpfer oder in einer kleinen Absplittung, die nichts anderes als der Streit mit den ehemaligen Parteikollegen zusammenhält, meinen, ihre wahren Talente besser ausleben zu können und beim Abstieg von den lichten Höhen eines überragenden Wahlergebnisses in die Niederungen der Ebene, also der täglichen Arbeit, immer wieder in den Abgrund der eigenen Inkompetenz blicken.

Kein Platz für Egotrips

Parteien und Wählergruppen sind dabei nolens volens notwendige Mittel zum Zweck, die politische Willensbildung in geordnete und strukturierte Bahnen zu lenken. Dass es auch anders geht, zeigen einige kleinere Gemeinden, in der manchmal nur eine oder zwei Bürgerlisten aufgestellt werden, in die sich alle einreihen, die glauben, etwas zur Entwicklung des Dorfes beitragen zu können. Gewählt wird querebete ohne groß auf die Listennummer oder die interne Reihung der Liste zu achten.

Bayern hat ja das demokratischste Kommunalwahlrecht überhaupt mit dem Grundsatz, dass jeder Wähler so viele Stimmen hat wie es Ratssitze gibt, der Möglichkeit, einem Kandidaten mehrere Stimmen zu geben oder quer durch die Listen tüchtige Leute mit den Geschicken des Gemeinwesens zu betrauen. Das stärkt die Bedeutung der einzelnen Gewählten im Verhältnis zu ihrer Wählergruppierung ungemein und krönt immer mal wieder „Häufelkönige“, die sich in dem Bewusstsein sonnen können, dass besonders viele Leute bewusst ihren Namen mit einer schmucken „3“ bedacht haben.

Dennoch sollten auch diese zu Recht selbstbewussten und stolzen Matadore in stillen Stunden etwas Demut und Respekt vor der Rolle von

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ja auch Vorsitzender des städtischen Verbandes seiner Partei. Auch er hatte es natürlich in seiner langen Laufbahn schon mit Diven zu tun, die – bildlich gesprochen – den Ratssaal mit der Arena von DSDS verwechselt haben und sich auf der schiefen Bahn zum Egotrip bewegen. Aber mit seiner ausgleichenden Art, seiner kühlen Rationalität und auch mit Machtwillen hat er solche Situationen immer noch bereinigen können. Zur Aufmunterung poste ich einen Spott von G. B. Shaw: „Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.“

the Sabriul

„Ausgezeichneter“ Dorfläden Niederrieden

Weiterbildung zahlt sich aus! Alle Dorfläden, die im Netzwerk der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL), an Veranstaltungen teilnehmen, verzeichnen Umsatzsteigerungen bis zu 16 %. Darüber freut sich Geschäftsführerin der SDL Gerlinde Augustin. Dorfläden dienen nicht nur als Einkaufsstätten, sondern sind ein sozialer Mittelpunkt des Dorfes, oft der Einzige. Die Koppelung von ehrenamtlicher und hauptamtlicher Tätigkeit sind Modelle der Zukunft. Diese Modelle werden in unseren Dorfläden gelebt und sind immer Ausdruck einer funktionierenden Dorfgemeinschaft. Auch in Niederrieden haben viele Freiwillige angepackt, um die ortsbildprägende „Alte Schule“ in einen Dorfladen umzubauen.

„Nachbarschaftsläden erfolgreich führen“ lautete das Seminar der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL), das speziell für aktive Geschäftsführer und leitende Angestellte der Dorfläden in Niederrieden, Landkreis Unterallgäu, durchgeführt wurde.

Kreativität und Engagement

Der Höhepunkt des Seminars war der Store-Check im Dorfladen in den verschiedensten Kategorien: Von Obst-Auslage, Sauberkeit, Beleuchtung, Freundlichkeit und Fachkompetenz des Personals bis Barrierefreiheit, wurde der Dorfladen von den anderen Teilnehmern genau unter die Lupe genommen. „In Niederrieden spürt man Kreativität und Engagement“, sagte begeistert eine Teilnehmerin. Gelobt wurden die kompetente und freundliche Bedienung an der Verkaufstheke sowie die schöne Obst- und Gemüsetheke und die Kaffecke. Der Dorfladen wurde von der SDL Thierhaupten und von den Teil-

nehmern mit dem Prädikant „Hervorragend“, ausgezeichnet.

Neue Ideen sammeln

Wie kann mein Dorfladen langfristig attraktiv bleiben? Wie muss er organisiert werden, um seine Existenz zu festigen und dadurch die Versorgung der Bürger zu gewährleisten? Über Fragen der Warenlieferung, Preisgestaltung, Direktvermarktung sowie über die Produktpalette wurde ausgiebig diskutiert. Jeder Laden stellte sein eigenes Profil und besondere Marketingaktivitäten vor.

Sowohl „Neulinge“, deren Eröffnung noch bevorsteht, als auch erfahrene Dorflädenleiter profitieren vom „Kreativitäts- und Erfahrungspool“ der anderen Teilnehmer. Des Weiteren wurde über die bessere Vermarktung regionaler Produkte, Verbesserung der Marktabstimmung pro Einwohner diskutiert. Hierzu gab es viele nützliche Informationen und Tipps. Empfohlen wird „Aktivverkauf und Aktionen“ von hochwertigen Produkten. Das steigert den Erlebniswert

und der Dorfladen bleibt attraktiv, so Berater Wolfgang Gröll.

Eine Exkursion in die Allgäu-Brennerei führte die Teilnehmer in die faszinierende Welt der Edeldestillate ein. Intensiv wurde auch über die Vor- und Nachteile der Genossenschaft und der Unternehmensgesellschaft (still) diskutiert.

Umsatzsteigerung bis zu 16 % in allen Dorfläden

„Die Vermarktung regionaler Produkte wird immer wichtiger“, meint Seminarleiter Wolfgang Gröll. Dienten früher die Dorfläden besonders der Nahversorgung, so sind die neueren Dorfläden vor allem auch auf Regionalisierung polarisiert. Denn diese Angebote stellen einzigartige Verkaufsargumente gegenüber den großen Supermärkten dar. Wichtig sei auch die Warenpräsentation, so Seminarleiter Wolfgang Gröll. In unseren Dorfläden verkaufen wir nicht nur Lebensmittel, sondern auch Emotionen wie Freundlichkeit und Gemeinschaftserlebnisse. Die Kunden werden mit Namen angesprochen, oft ergibt sich ein spontanes Gespräch. Dies bestärkt auch begeistert eine Kundin im Dorfladen Niederrieden, die besonders die gemütliche Kaffecke schätzt.

Ein gutes Dorfladenteam ist das „A und O“ und ein Erfolgsgarant. Der Kunde spürt das verbindende Engagement. Personalführung, Teamentwicklung und Umgang mit Problemen waren auch Inhalt der Veranstaltung. □

„Ich fühle mich hier behütet und geschützt“

Clearingstelle im Kinderzentrum St. Vincent vor zehn Jahren eröffnet

Regensburg, (osr) „Verletzte Seelen“, die intensive Hilfen und Begleitung brauchen – so sieht Gesamtleiter Wolfgang Berg die Kinder und Jugendlichen, die in der Clearingstelle im Kinderzentrum St. Vincent leben. Eine von ihnen schildert: „Ich war abhängig, bin nicht zur Schule gegangen, bin bei Erziehern handgreiflich geworden, habe Sachen beschädigt.“ Über ihren Aufenthalt in St. Vincent sagt sie: „Ich fühle mich hier behütet und geschützt und habe gelernt, dass ich ohne Gewalt und ohne Abhauen weiterkomme.“

Entstanden ist die Einrichtung der Katholischen Jugendfürsorge zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität für so genannte „hoffnungslose Fälle“. Zum zehnjährigen Bestehen der über Bayern hinaus tätigen Einrichtung machte die bayerische Sozialministerin Emilia Müller am Dienstag deutlich, welche schweren Traumatisierungen bei jungen Menschen vorliegen und wo die Hintergründe für ihr delinquentes Verhalten liegen.

Erfolgsgeschichte

„Die jungen Menschen brauchen eine ernst gemeinte Chance und einen besonderen Rahmen, um für sich konstruktive Lebensperspektiven entwickeln zu können.“ Die Ministerin weiter: „Es erfordert einen sehr hohen Aufwand und große Anstrengungen, die zum Teil schwer kriminell gewordenen Kinder, die häufig auch durch ihr Verhalten auffällig sind, auf diesem Weg zu begleiten und zu unterstützen. Aber das müssen uns die Kinder wert sein.“ Nach zehn Jahren sei klar: Die Arbeit und Mühen haben sich gelohnt. Wolfgang Berg: „Es ist eine wahre Erfolgsgeschichte.“

KJF-Direktor Michael Eibl zog zum Zehnjährigen das Fazit: „Die intensiv-therapeutische geschlossene Gruppe hat sich bewährt. Die Kinder und Jugendlichen finden in der Clearingstelle wieder Halt und Sicherheit.“ In Bayern gibt es drei Clearingstellen, in Regensburg, in Würzburg und in Hallbergmoos bei München, die jeweils sieben Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 14 Jahren betreuen, um ihrer Kriminalität wirksam zu begegnen. In offenen Formen der Jugendhilfe könnten sie nicht betreut werden und mit ihrem Verhalten gefährdeten sie sich selbst und andere.

Die familiären Umstände der Kinder sind meist hoch belastet. Oft spielt Gewalt, auch sexuelle, in den Familien eine tragische Rolle. Deshalb sollen sie so rasch wie möglich aus ihrer Situation herausgelöst werden und in den schützenden Rahmen der Clearingstelle kommen. Hier arbeiten Kinder- und Jugendpsychiater, Pädagogen, Psychologen und Lehrer eng zusammen, um den jungen Menschen einen Weg in die Zukunft zu eröffnen, in den nächsten Lebensabschnitt. Alles in allem ein hoch qualifiziertes Fachpersonal, „das täglich Schwerstarbeit leistet“, wie

es die Ministerin formulierte. Bei den Clearingstellen handelt es sich um eine der intensivsten Formen der Jugendhilfe. Manche sehen darin einen „Kinderknast“. Aber es geht vielmehr darum, den Betroffenen Schritt für Schritt immer mehr Freiheiten und damit auch Eigenverantwortung zurückzugeben. Das oben zitierte Mädchen: „Das ist im Prinzip mein zweites Zuhause.“ Nach einer durchschnittlichen Verweildauer von acht Monaten verlassen die jungen Menschen die Clearingstelle wieder.

Akute Krisenintervention

„Geschlossen untergebracht“ bedeutet laut Berg nicht, dass man hier eingesperrt sei. Es gebe begleitete Ausgänge, Beurlaubung am Wochenende, Stadtausgänge, Kinobesuche oder Schwimmbadbesuche. Alles unter der Devise, „Schritte in eine positive Zukunft“ zu ermöglichen.

„Mit unserer Clearingstelle bieten wir eine akute Krisenintervention, greifen gezielt ein und schützen die jungen Menschen“, sagt KJF-Direktor Eibl, denn die familiären Umstände der Kinder seien extrem problematisch und gefährdend. Oberstes Ziel sei es, Negativkarrieren zu unterbrechen und einen positiven Entwicklungsverlauf anzustoßen.

Wie das in der Praxis aussieht, schildert Wolfgang Berg: Massiv dissoziales Verhalten, wiederholte Verstöße gegen Strafgesetze, Eigentumsdelikte, Körperverletzungen, Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, Schulabsentismus – „die Aufzählung ist schockierend“. In der Clearingstelle gehen die jungen Menschen zur Schule, sie erhalten pädagogisch-therapeutische Einzelmaßnahmen und sie arbeiten in Gruppen zu-

sammen. Die bisherige Statistik besagt, dass 84 Prozent der jungen Menschen anschließend in offene Jugendhilfemaßnahmen integriert werden können.

Im Regensburger Kinderzentrum St. Vincent werden derzeit 180 Kinder im Wohn- und Schulbereich betreut, gefördert und erzogen. Integriert ist die intensiv-therapeutische Gruppe mit Clearingstelle als eine Einrichtung der Akutintervention mit sieben Plätzen für Mädchen und Buben ab zehn Jahren. Für diese Anlaufstelle, die Unterkunft und den Schutz in Regensburg stellt der Freistaat jährlich eine Dreiviertelmillion Euro bereit. Und auch das sei gesagt: Die Plätze waren immer voll belegt. □



Glückwünsche zum 10-jährigen Bestehen überbrachten zahlreiche Gäste, darunter auch Sozialministerin Emilia Müller (3. v. l.). Bild: osr

dynAlp-nature:

Gemeinden für den Naturschutz

Natur und Artenvielfalt in den Alpen schützen, das wollen 25 Gemeinden und Regionen aus sieben Alpenländern. Sie arbeiten seit Anfang des Jahres über die Grenzen hinweg zusammen und bringen BürgermeisterInnen, GemeindefachkräfteInnen und vor allem die Menschen in den Berggemeinden an einen Tisch – mit dem Ziel, in Einklang mit der Natur zu leben. Handfeste Aktionen veranschaulichen deren Engagement.

Chambéry métropole/F setzt einen Aktionsplan zum Schutz und zur Renaturierung seiner Feuchtgebiete um und holt sich Expertise aus dem österreichischen Krummbach. Kranjska Gora und Kamnik/SI legen in ihrem Gemeindegebiet Obstgärten mit alten Sorten an und teilen damit die Sorge um ökologisch wertvolles Siedlungsgrün mit Gemeinden aus Frankreich, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz. Das Besondere an diesen Projekten: Die Gemeinden arbeiten länderübergreifend zusammen, finden gemeinsam Lösungen. Insgesamt nehmen 25 Gemeinden und Regionen aus den sieben Alpenländern teil.

Die Natur beachtet keine Gemeinde- oder Staatsgrenzen. Man muss sie gemeinsam schützen. In vier Kooperationsprojekten tauschen sich die AidA-Gemeinden zu den Themen Besucherlenkung, ökologisch wertvolles Siedlungsgrün, Feuchtgebiete und Vermark-

tung regionaler Produkte aus. „Die Projekte geben den Gemeinden die Gelegenheit, über den Teller- rand hinauszuschauen und etwas anzuschreiben, wozu ihnen sonst die Mittel fehlen würden“, so Marc Nitschke, Bürgermeister von Übersee/D und Vorsitzender von „Allianz in den Alpen“.

Internationale Unterstützung

So sehen das auch die Gemeinden. Kamnik/SI hat bereits in einem DYNALP-Projekt mitgewirkt. In dynAlp-nature sind sie Teil der Kooperation zum Thema Siedlungsgrün. Die Programmschiene DYNALP gibt es nun bereits seit zehn Jahren. Barbara Strajnar aus Kamnik schätzt die Internationalität der Programme: „Kamnik hat mit Dynalp wichtige Erfahrungen gesammelt, einen breiteren Blickwinkel und internationale Unterstützung erfahren. Wir

haben die Bestätigung bekommen, dass wir gut arbeiten und die Arbeit nützlich und notwendig ist.“

Der respektvolle Umgang mit der Natur verbindet und schafft Identität. Die Beteiligung engagierter Bürger ist deshalb ein Kernelement des Programms. Nachhaltigkeit heißt auch, dass vor allem die junge Generation eingebunden wird. dynAlp-nature will den jungen Menschen eine Stimme geben und sie in die laufenden Projekte einbinden und begeistern.

An den Jahrestagungen des Gemeindefachkräfte-Netzwerks „Allianz in den Alpen“ nimmt dynAlp-nature einen wichtigen Platz ein. Dort treffen sich die Projektgemeinden, dort können sich weitere Interessierte informieren und mitdiskutieren. Das nächste Treffen der Projektteilnehmer und der AidA-Mitglieder generell findet am 27. und 28. Juni 2014 in Tux im Zillertal/AT statt. Zum Projektschluss halten die Gemeinden ihre Ergebnisse schriftlich fest und erarbeiten Empfehlungen für künftige Handlungen zu diesen Themenbereichen. So entstehen Grundlagen für die Weiterführung der Projekte, so kann das gesamte Netzwerk von dynAlp-nature profitieren. □

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 17. April 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten Briefmarkenauktionshaus Schulz Frauentorgarten 73 • 90443 Nürnberg Telefon: 0911 / 2 40 68 70

15. Mai 2014

2. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausGESTADTet

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG • 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

26. Juni 2014

7. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Masing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen • Wertstoffhöfe • Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de • info@laumer.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

Constanze von Hassel

Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Theresa von Hassel

Telefon 081 71.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Holzpellets

SCHMIDMEIER
NaturEnergie

Wir liefern Industriepellets

Tel (0)941 696 69-82 Fax -60
industriepellets@schmidmeier.com

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energiedienstleister

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.green-city-energy.de/keb
peter.keller@green-city-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger • Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 • www.hailo-professional.de

November 2014

2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de